

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 25. Januar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Sturmeskünder.

Von Maxim Gor'ki (St. Petersburg.)

Ueber grauen Meeresflähen
Sammeln Winde Wetterwolken,
Zwischen Wolken und dem Meere
Schwebet stolz der Sturmeskünder,
Einem schwarzen Blitze gleichend,

Bald im Flug die Wellen streifend,
Pfeilschnell bald zur Höh' sich schwingend,
Schreit er — und die Wolken hören
In dem Schreie kühne Freude.

In dem Rufe Kampfeshehnen!
Jornesmut und Kraft und Feuer,
Zuversicht und Siegeshoffnung
Hören in dem Ruf die Wolken.

Röben höhnen vor dem Sturm,
Stöhnen, flattern über'm Meere;
Und auf seinem Grund sich bergen
Möchten sie aus Angst vor Stürmen.

Dumme Pinguine bergen
Ihren feisten Leib im Felsen.
Nur der stolze Sturmeskünder
Schwebt in kühnem, freiem Fluge
Ueber grauem Meereschaume.

Immer finst'rer, immer tiefer
Reigen sich zum Meer die Wolken;
Und die Wellen jauchzen, tanzen
In die Höh', dem Blitz entgegen.

Donnerrollen. Wütend schäumen,
Stöhnend streiten Wind und Wellen.
Da ergreift der Wind, umflonnet
Fest der Wellen trug'ge Scharen,
Wirft sie dann mit einem Male
Voller Wut so auf die Felsen,
Dah' die glänzend großen Wellen
Zäh in Staub und Schaum zerschellen.

Schreiend schwebt der Sturmeskünder;
Einem schwarzen Blitze gleichend
Dringt er pfeilschnell durch die Wolken,
Streift den Wellenschaum im Fluge.

Sieh: da schwebt er — wie ein Dämon —
Stolz und schwarz: ein Sturmesdämon.
Und bald lacht er und bald weint er...
Und den Wolken gilt sein Lachen,
Und vor Freude muß er weinen.

Denn er merkt, daß im Erschlaffen
Längst die Jorneskraft des Donners,
Und er weiß, die Sonne können
Nie die Wolken ganz verdecken,
Werd'n sie durch nichts verdecken.

Winde wüten... Donner dröhnen...

Und im blauen Licht erglänzen
Ueberm Meer die Wolkenmassen.
Drauf empfängt die See die Blitze,
Löscht sie aus in ihren Fluten
Und wie Flammenschlangen winden
Sich im Meere und verschwinden
Jener Blitze grelle Bilder.

„Sturm! Bald wird ein Sturm erschallen!“

So der kühne Sturmeskünder —
Schwebend stolz dort zwischen Blitzen,
Ueberm Meer, das zornig heultet,
Also ruft der Siegeskünder:

„Mag der Sturm noch stärker schallen!
Bilder mag das Wetter wüten!“

Kohlenarbeiter-Streik in England und Kohlenarbeiter-Streik in Deutschland.

Ein Vergleich.

Es sind jetzt über elf Jahre her, seit England einen gewaltigen Bergarbeiter-Ausstand hatte, der aus verschiedenen Gründen den Vergleich mit dem jetzigen Ausstand der westfälischen Bergarbeiter herauffordert. Es war ein riesen Kampf, der an Ausdehnung dem Ausstand der westfälischen Bergarbeiter nicht nachstand, ihn vielleicht noch übertraf. Er erstreckte sich über das ganze weite Gebiet der Mittelgraftschafte Englands (Yorkshire, Lancashire, Staffordshire, Gloucestershire, Leicestershire usw.), Teile des nördlichen Wales der Graftschafte Cumberland, gewisse Regionen Schottlands und sah mehr als dreihunderttausend Grubenarbeiter außer Arbeit.

Um es vorauszusagen: sein Ausgang war — nach nahezu viermonatlicher Dauer! — ein entschiedener

*) Uebersetzt von Eugen Lebina in der „Frankfurter Zeitung“.

Sieg der Arbeiter. Offenlich werden wir dies auch vom Ausgang des westfälischen Streiks sagen können.

Der Gegenstand des Kampfes war, zum Unterschied von dem der westfälischen Bergarbeiter, lediglich die Lohnfrage. Die anderen Forderungen, um welche heute in Westfalen gekämpft wird, waren zumeist in England keine Forderungen mehr, sondern anerkannte Rechte der Arbeiter. So war ihnen das Recht auf Erwählung eigener Wagenkontrollen schon 1860 gesetzlich zuerkannt und die Stellung dieser Wagenkontrollen der Arbeiter durch spätere Gesetze — zuletzt 1887 — gegen Schikanen des Unternehmertums sichergestellt worden, so daß ihre Kontrolle aufs beste funktionierte.

Auch das Koalitionsrecht der Arbeiter stand nicht in Frage. Die Gewerkschaft der Arbeiter — der große Britische Bergarbeiter-Verband — wurde von den verbündeten Unternehmern von Anfang bis zu Ende des Kampfes als die berufene Vertretung der Arbeiter anerkannt, vor, während und am Abschluß des Kampfes ward offiziell von den Unternehmern mit ihr verhandelt. Will man in der Geschichte des englischen Kohlenbergbaus Beispiele für einen Unternehmernstandpunkt suchen, wie ihn Herr Matthias Stinnes und seine Gesinnungsgenossen vertreten, so muß man gut zwei Menschenalter zurückgehen, bis auf den famosen Lord Londonderry, von dem Engels in der „Lage der arbeitenden Klassen“ und die Webbs in der Geschichte des englischen Trades-Unionismus erzählen. Dieser Feindherrscher war es, der gegen Ende der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts seinen Unternehmertumabsolutismus mit der jetzt von Herrn Stinnes aufgeworfenen Frage zu verteidigen suchte: „Mann ich mit meinem Eigentum nicht tun was ich will?“ was schon damals auch in bürgerlichen Kreisen mit einem sehr kräftigen Nein! beantwortet wurde.

Ganz aus eigener Machtvollkommenheit den Lohn zu bestimmen, beanspruchten denn auch die englischen Kohlengruben-Unternehmer schon lange nicht mehr. Ueberall bestanden schon aus Vertretern der Unternehmer und der organisierten Arbeiter zusammengesetzte gemischte Lohnämter, die je nach der Marktlage bzw. dem Verkaufspreis der Kohle den Lohnsatz bestimmten.

Nun hatten aber die Arbeiter herausgefunden, daß es mit der Bemessung der Löhne nach dem Verkaufspreis der Kohle seinen bösen Haken hat. Sie sahen die Unternehmer in die Lage, bei der Jagd um Lieferungsverträge die wahnsinnigste Unterbietungspolitik zu betreiben. Fällt dann der notierte Marktpreis der Kohle, so müssen die Löhne nach, und nicht die Unternehmer, sondern die Arbeiter haben den Schaden.

Auf diese Weise waren in den achtziger Jahren Kohlenpreise und Bergarbeiterlöhne im Verbandsgebiet auf einen jammervollen Stand gesunken. Knapp 5 M. kostete die Tonne Kohlen ab Grube, und auf kaum 16 M. pro Woche stellte sich das Durchschnittseinkommen vieler Arbeiter. Da rafften sich die Arbeiter, deren Organisation ziemlich in Verfall geraten war, endlich wieder auf, und von 1888 ab setzte allmählich eine Besserung ein. Langsam stiegen die Löhne, indem die Unternehmer angefaßt der sich bessernden Marktlage schrittweise Aufschläge auf den Lohnsatz von 1888, der als Grundlage galt, bewilligten. 1893 war der allgemeine Lohnsatz 40 Proz. über 1888. Mittlerweile war aber die Konjunktur wieder schlechter geworden, und so verlangten die Unternehmer, daß die Arbeiter in eine größere Lohnermäßigung willigten. Sie sollten von den 40 Proz. Aufschlag den größten Teil fallen lassen und sich mit 15 Proz. über 1888 begnügen. Wie leicht auszurechnen, bedeutete das eine Lohnreduktion von 15 Prozent.

Darauf wollten die Arbeiter unter keinen Umständen eingehen. Das Lohnniveau von 1888 war in ihren Augen ein so unmenslich niedriges, daß jede Annäherung an dieses wie eine Pest gemieden werden mußte. Unter einem zum Leben einigermaßen auskömmlichen Lohn — a living wage, wie sie ihn nannten — sollte nicht mehr heruntergegangen werden, und als solcher sollte fortan der damalige Lohn gelten. Den dies für unmöglich erklärenden Unternehmern hielt aus einer im Juni 1893 abgehaltenen gemeinsamen Konferenz der Bergarbeiterführer Benjamin Vidard entgegen, daß die Arbeiter beim Aufschlag von 40 Proz. Halt gemacht hätten, trotzdem die Kohlenpreise noch lustig bis auf 70 Proz. über den Satz von 1888 weiter gestiegen seien, es könne daher von ihnen nicht verlangt werden, in eine Reduktion zu willigen, bloß weil der Preis von dieser Höhe zurückweiche. Außerdem würden sie von dem „Lohn zum Leben“ nicht abgehen. Man solle auf andere Mittel zur Behebung des Preisdrucks sinnen.

„Das geht nicht,“ erklärten die Unternehmer. „Dann haben wir somit die Schreden des Krieges vor uns,“ erwiderte Vidard.

Worauf der Präsident des Unternehmerverbandes verlegend zurückgab: „Bitte, nennen Sie es nicht Krieg.“

Es ward aber Krieg. Am 30. Juni ward von den Unternehmern durch Anschlag bekannt gegeben, daß vom 28. Juli ab alle Gruben geschlossen werden würden, wo die Arbeiter nicht in die Lohnreduktion willigten. Die Arbeiter blieben jedoch fest, und so trat die Arbeitssperre in Kraft, auf die die Arbeiter im Verbandsgebiet mit dem Generalstreik antworteten.

Er machte durch ganz England gewaltiges Aufsehen. Ein großer Zeitungskampf über Recht oder Unrecht, der beiden Parteien erhob sich. Doktrinaire und interessierte Anwälte des Unternehmertums warfen den Arbeitern Hochverrat an den Gesetzen der politischen Ökonomie vor, unparteiische, bürgerlich-radikale und sozialistische Blätter erklärten die Sperre für ein Mandat der Unternehmer, die Kohlenpreise in die Höhe zu treiben. In der Tat gingen die Preise mit Eintritt der Sperre schnell in die Höhe und die

Gruben konnten ihre aufgehäuften Vorräte mit fetten Profiten an den Mann bringen. Unter anderem ward festgestellt, daß die Grubengesellschaft, der der Präsident des Unternehmerverbandes angehörte, am Verlauf ihrer Vorräte 60 000 Pfd. Sterling — d. h. eine und ein Fünftel Million Mark — über den alten Preis erzielt habe. Die Grubenbesitzer konnten den Krieg ruhig mit ansehen, die Kosten fielen auf die Arbeiter und das Publikum.

Ganz besonders schwer hatten die Arbeiter zu leiden. In den wenigen guten Jahren, die dem Geschäftsdruk der achtziger Jahre gefolgt waren, hatten sie nicht so ansehnliche Fonds aufhäufen können, wie sie für einen sich über Monate hinausziehenden Generalstreik erfordert waren. Der Gauerband Yorkshire z. B. hatte bei Beginn des Ausstandes 100 000 Pfd. Sterling (3 200 000 M.), Lancashire 80 000 Pfd. Sterling (1 600 000 M.) in der Kasse. Das sind ganz anständige Summen, aber wie bald waren sie erschöpft, wo Yorkshire über 70 000, Lancashire nahezu ebensviel Bergarbeiter zu unterstützen hatte! So stellte sich nach Verlauf der ersten sechs Wochen fast überall tiefe Ebbe in den Kassen ein, und die Arbeiter waren auf Hilfe aus anderen Quellen angewiesen.

Sie ward ihnen auf die verschiedenste Weise zuteil. Da der Frühjahrsernt gekommen war, fanden diejenigen Arbeiter, die Feldgärten bewirtschafteten, an ihren Kartoffel- usw. Ernten eine gewisse Hilfe. Vielen ward ihre Zugehörigkeit zu Arbeiter-Konsumvereinen zum Segen, aus denen sie ihre Guthaben und Rückvergütungen herausnehmen konnten, und die ihnen auch sonst mancherlei Erleichterungen zuteil werden ließen. Ueberhaupt benahmen sich die Arbeiter-Konsumvereine in dieser Sache viel solidarischer, als eine Anzahl der größeren Gewerkschaften, die es bei verhältnismäßig geringen Unterstützungen bewenden ließen. Die Großeinlaufs-Gesellschaft der englischen Konsumvereine bewilligte schon im September eine Gabe von 100 000 M. für die Ausständigen.

Auch aus den Kreisen des großen Publikums flossen ansehnliche Beiträge. Zwei liberal-radikale Londoner Blätter („Daily Chronicle“ und „Sun“) brachten allein unter eine halbe Million Mark auf. Wie die Not größer und das Wetter kälter wurde, bildeten sich in vielen Revieren Notstandskomitees, die Suppen usw. ausstteilten. Geistliche predigten von der Kanzel zugunsten der Ausständigen und liehen nach der Predigt für sie sammeln, Lehrer veranstalteten Sammlungen unter ihren Schülern. In Derbyshire leisteten dortige bürgerliche Abgeordnete dem Gauerband der Bergarbeiter Bürgerschaft für ein Darlehen von über 300 000 M. Auch verschiedene Staatsminister zeigten namhafte Beiträge für die Arbeiter. So der Unterrichtsminister Acland (über 4000 M.), der Unterstaatssekretär für die Lokalverwaltung, Sir Walter Foster, und — etwas für Herrn Müller! — der Minister für Handel und Gewerbe, Mundella.

Natürlich fehlte es nicht an Vermittlungsversuchen aller Art. Sie schlugen indes lange fehl, weil die Arbeiter von der Forderung ihres „Lohnes zum Leben“ nichts ablassen, die Unternehmer eine größere Lohnreduktion durchsetzen wollten. Nur in einigen Bezirken der südlichen Mittelgraftschafte und gewissen vereinzelten Gruben verzichteten die Unternehmer auf die Reduktion und ward den Arbeitern vom Verband gestattet, die Arbeit daraufhin wieder aufzunehmen. Sonst aber ward der Generalausstand aufrecht erhalten.

Selbstverständlich wurde mit dem Fortgang des Kampfes die Stimmung eine immer gereiztere. Doch kam es nur an ganz vereinzelten Stellen zu Tumulten. Ein solcher, und obendrein mit blutigem Ausgang, fand vor der Feste Beadherstone bei Doncaster (Yorkshire) statt. Aber die Masse der Erzgedanten waren gar keine Bergarbeiter gewesen, wurden vielmehr von diesen sehr entschieden desavouiert.

Kurze Zeit nach diesem Vorkommnis fand in Seanor in der Graftschafte Derbyshire eine öffentliche Versammlung statt, in der der Redner des Tages laut Verärgern der großen Presse folgendes ausübete: „Er gratuliere den Bergarbeitern zu der von ihnen beizügten höchsten Form des Mutes, d. h. daß sie trotz Hungerleidens geduldig für ein Prinzip ausdarrten. Mit leerem Magen standhaft bleiben, sei echtes Heldentum. Tapferkeit unter solchen Umständen zu zeigen, sei eine Ehre für England! Die Arbeiter seien mit Recht darüber bestimmt gewesen, daß man Truppen in ein Revier gesandt habe; glücklicherweise seien die Truppen aber bald wieder abberufen worden. Er halte nichts von der Phrase von Angebot und Nachfrage. Er ziehe die Menschlichkeit im Gewerbe vor, wie sie in der Forderung des „Lohnes zum Leben“ formuliert sei; ein solcher sollte die erste Pflicht jeder Unternehmung sein, sonst sei die Arbeit Sklaverei. Er hoffe, die Arbeiter würden den Kampf bald zu seinem Ende führen, den sie jetzt schon fast gewonnen hätten.“

Der so sprach, war — und das ist etwas für den Reichsanzler — der vormalige Unterstaatssekretär Sir Walter Foster, Mitglied des damaligen Ministeriums, also ein Regierungsmann!

In der Tat war der Kampf seinem Ende nahe. Am 25. Oktober hatte die vormalige Versammlung stattgefunden; am 3. und 4. November fand in London im Bureau des Ministeriums des Auswärtigen unter dem Vorsitz des Ministers Lord Rosebery eine Konferenz von Vertretern des Unternehmerverbandes und des Bergarbeiterverbandes statt, in der man sich dahin verständigte, daß die Arbeit zunächst zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen werden sollte, d. h. die Unternehmer verzichteten bis auf weiteres auf eine Lohnermäßigung. Des weiteren wurden die Grundzüge für spätere Lohnkonferenzen vereinbart — der sogenannte „Rosebery-Vertrag“ — die unter Vorsitz eines vom Sprecher des Hauses der Gemeinen zu ernennenden Unparteiischen tagen sollten, und die seitdem auch wiederholt in Wirkung getreten

And. Nur darin gaben die Arbeiter, als die Konferenz das erste Mal zusammentrat, etwas nach, daß der Mindestlohn nicht auf 40, sondern nur auf 30 Proz. über den Satz von 1888 normiert wurde. Dafür hatten aber die Unternehmer, die erst von keinem Mindestlohn etwas hatten wissen wollen, diesen nun fastlich in einer Höhe anerkannt, die sie auf den früheren Konferenzen als ganz unmöglich bezeichnet hatten, und von dem aus bei besserer Konjunktur der fehlende Rest bald nachgeholt werden konnte. Der letzte mir vorliegende Bericht des Reichlichen Arbeitsamtes — 1902 — verzeichnet den Normallohn der Bergarbeiter im Verbandsdistrikt als 45 Proz. über den Satz von 1888. Die Arbeiter haben die Forderung durchgesetzt, daß der Lohn auf solcher Höhe, wo er ihnen eine ausreichende Existenz gewährt, von den Schwankungen der Markt- konjunktur unbeeinträchtigt bleiben, eine feste Verpflichtung für die Produktion bilden soll, wie es deren andere gibt. „Jeder Versuch, daran zu rütteln“, schreiben die Webbs im Wortlaut zur neuesten Auflage ihrer Geschichte des Trades-Unionismus, „würde von den Arbeitern mit der äußersten Energie bekämpft werden.“ Indes ist von solchem Versuch noch nichts zu verspüren gewesen. Englands Kohlenindustrie aber blüht, sie gehört zu denjenigen Industrien Englands, die noch fortwährend ihre Arbeiterzahl über den Prozentsatz der Bevölkerungszunahme erhöhen.

Das war der letzte große englische Kohlenarbeiter-Ausstand im großen Distrikt des Bergarbeiter-Verbandes. Später spielte dann noch der Kampf im südlichen Wales, aber da handelte es sich nur darum, das zu erreichen, was im Verbandsgebiet schon erklämpft war: die Beseitigung des „bodenlosen“ Wandeltarifs, die Anerkennung des auskömmlichen Mindestlohnes. Sonst gibt es wohl lokale Konflikte, aber keine Niesenämpfe mehr. Und zwar nicht obwohl, sondern gerade weil die Unternehmer den Verband der Arbeiter anerkennen, mit ihm als gleichberechtigten Faktor im Gewerbe verhandeln, nicht obwohl, sondern weil die Regierung darauf verzichtet, den Arbeitern die starke Faust zu zeigen. Von der Heathcottoner Episode abgesehen, und im ganzen, mächtigen Kampfgebiet die ganze Zeit über Truppen unsichtbar gewesen. Statt vor den Unternehmern auf den Knien zu liegen, haben dagegen sich die Regierungsmitglieder teils jedes Urteils enthalten, teils aber offen auf die Seite der Arbeiter gestellt und ihre Sympathie mit deren Sache durch die Tat bekundet. Warum durften sie das? Nun, Englands maßgebendes Parlament wird auf Grund eines Wahlrechts gebildet, das manche Mängel hat, aber eines nicht kennt: die preussische Klasseneinteilung. Es wird von der großen Masse der mündigen männlichen Bevölkerung auf Grund gleichen Wahlrechts gewählt. Das erklärt alles.

Ed. Bernstein.

Kohlenarismus.

So fremdartig die Einzelheiten der russischen Revolution der westeuropäischen Kultur klingen, so zeigt doch auch eine Urkunde, daß Formen und Wesen des großkapitalistischen Unternehmertums in Rußland keine anderen sind wie in der kapitalistischen Welt sonst. In der russischen amtlichen Darstellung über die Ursachen des Generalstreiks finden sich einige Ausführungen über das Verhalten der Arbeitgeber gegenüber den Forderungen der russischen Arbeiter. Bas hier die russische Zensur nach Westeuropa verbreiten läßt, könnte ebenso gut im Ruhrrevier abgefaßt sein. Die Befriedigung einiger Ansprüche, so heißt es in dem russischen Dokument, müßte ein vollständiges Sinken der Industrie zur Folge haben. Man kennt das Lied. Sowie die Arbeiter etwas fordern, geht die Industrie zu grunde. Die russischen Unternehmer hätten auch die Bereitwilligkeit ausgesprochen, mit den Arbeitern zu verhandeln, aber dies sei bei der Organisation der Ausständigen unmöglich. Verhandlungen wären nur mit Arbeitern einzelner Fabriken möglich gewesen, damit wären die Arbeiter aber nicht einverstanden gewesen. Wieder ganz der Stil der Herren vom deutschen Kohlenyndikat: Kein Verhandeln mit den Organisationen der Arbeiter, sondern höchstens mit dem einzelnen Arbeiter!

Wenn es nach dem deutschen Unternehmertum ginge, so hätten wir auch im Ruhrrevier die Zustände, wie sie in den Volksschlachten in Rußland aufschreiben. Es ist kein Unterschied zwischen den Großkapitalisten, die soeben in Vaku Zehntausende von Arbeitern in den Streik geholt haben, um die Preise des russischen Petroleums in die Höhe zu schrauben, und den Herren Kirdorf, Thyssen, Stinnes, welche die deutschen Arbeiter so lange mißhandelt haben, bis sie nicht anders konnten, als die Arbeit niederzulegen und dem Syndikat die Möglichkeit zu geben, die Kohlenpreise aufwärts zu treiben.

Die ganze öffentliche Meinung Deutschlands ist gegen das Kohlenyndikat. Wenn werltätige Hilfe für die streikenden Arbeiter im wesentlichen auch nur im Kreise des Proletariats zu finden ist, so wagen doch selbst Nationalliberale und Konservern nicht mehr, das Kohlenyndikat zu verteidigen. Auch der düpierte Minister des Kohlenyndikates, Herr Möller, mußte am letzten Sonnabend einlenken.

Aber alles das sind Stimmungen, Worte, die auf den Kohlenarismus im Ruhrrevier nicht den mindesten Eindruck machen. In einer Unterredung mit einem Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“, die telegraphisch übermittelt wird, hat der Leiter des Kohlenyndikates seine und seiner Stumpen Anschauungen dahin ausgesprochen, daß an ein Nachgeben gegenüber den Forderungen der Bergarbeiter nicht zu denken sei. Das Kohlenyndikat vertritt, genau wie das russische Unternehmertum, nicht etwa gemeinste materielle Interessen, bewahre, sondern, wie Herr Kirdorf ausführte, die heiligsten Güter der Nation; die Zehnjehntausend verteidigen nicht materielle Interessen, sondern U e r z u g e n ! Was das für Ueberzeugungen sind, hat Herr Kirdorf nicht verraten, aber es ist offenbar die Ueberzeugung, daß in der deutschen Industrie nur ein Herr sein dürfe, nämlich das Kohlenyndikat.

Die 14 Forderungen der Bergarbeiter bezeichnete Herr Kirdorf nach Meinung aller Kohlengrößfürsten für gänzlich unannehmbar; daher wären Verhandlungen aussichtslos. Sähren die Zehnjehntausend eine Möglichkeit von Verhandlungen, bei denen irgend etwas herauskommen könnte — nämlich ein Profit für die Unternehmer! — so würde man über die rein grundsätzliche Frage der Anerkennung der Gewerkschaftsvertreter vielleicht hinwegsehen können. Schließlich stellte Herr Kirdorf das Ultimatum: Keine Verhandlungen, kein Entgegenkommen, keine Verträge! Herr Kirdorf führte diese Gedanken wie folgt aus:

Es liegt mir daran, Sie davon zu überzeugen, daß wir nicht Fragen sind, die nur ihre Geldsachinteressen kennen, sondern daß auch wir Ueberzeugungen haben, denen wir bis zur letzten Konsequenz, und sollte man uns absehn, treu bleiben wollen. Verteidigen wir nur materielle Interessen, so müßten wir ja zu Verhandlungen bereit sein. Aber Pflicht und Gewissen lagen uns, daß jederlei Verhandlung nur die eine Folge hätte, den gegenwärtigen Konflikt in die Länge zu ziehen und die Streikenden im Widerstand zu beharren.

Die vierzehn von den Delegierten der Arbeiter uns unterbreiteten Forderungen sind nach unserer aller Ansicht gänzlich unannehmbar, und Verhandlungen darüber wären aussichtslos. Sähren wir die Möglichkeit von Verhandlungen, bei denen irgend etwas herauskommen könnte, so würde man über die rein grundsätzliche Frage der Anerkennung der Gewerkschaftsvertreter vielleicht hinwegsehen können.

Zehn Prozent der Arbeiterschaft hat sich dem Streik nicht angeschlossen. Die Bewegung kann nur damit enden, daß die Ausständigen einsehen, bei dem Streik komme nichts für sie heraus, und daß sie sich allmählich den vorhandenen Arbeitswilligen angliedern und sie vermehren.

Wenn Regierung und öffentliche Meinung uns zu Verhandlungen zwingen wollen, so mögen sie sehen, wie es kommt. Wir haben alle politischen Parteien gegen uns. Die Regierung fürchtet die Massen. 1889 verhandelte Hamacher in Berlin und redete uns Verpflichtungen auf. Wir haben inzwischen gelernt. Wir wollen lieber geschädigt werden, als einen faulen Frieden eingehen, der immer wieder zu neuen Streiks führen würde. Wir lassen uns durch Kontraktbruch keine Zugeständnisse abtrotzen. Wir haben Ueberzeugungen und wollen mit ihnen stehen und fallen.

Wir dünken uns menschlich nicht mehr, als unsere Arbeiter, und sehen durchaus nicht auf sie herab. Mit jedem einzelnen wollten wir gern verhandeln und auf ganz gleichem Fuße. Wollten wir Arbeiterausstände zugehen, so schäfen wir den Sozialdemokraten in unseren eigenen Betrieben Agitationsherde.

Das Wagenmüllen durch Strafen zu erlegen, hat sich als unpraktisch erwiesen. Lohnkürzen sind undurchführbar, Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Schicht bedeutete Erhöhung der Betriebskosten und Kohlenpreise auf absehbare Zeit in der vollen Relation. Kein Gewerbe steht so unter Aufsicht, wie der Bergbau.

Wenn wirklich allgemeine Mißstände vorhanden sind, so kann die Regierung das leicht feststellen. Es ist unbegründlich, daß die Revierbeamten noch keinen Auftrag dazu erhalten haben.

Der Streik war voranzufahren, wenn auch erst für den Frühling. Die Sozialdemokraten und die christlich-sozialen gewerkschaftlichen Fanatiker haben zuviel geheult. Die Kohlenvorräte des Syndikats reichen noch vier Wochen, die Kohlenvorräte sind freilich geringer. Was den Bezug ausländischer Kohle betrifft, so hat das Syndikat viel Angebote erhalten und seinen Abnehmern seine kostenlose Vermittlung zur Verfügung gestellt.

Man sieht, das deutsche Kohlenyndikat redet durchaus russisch! Es sähe am liebsten, wenn auch die schwarzen Schutthalben Arbeiterblut röten würde. Zum mindesten will man das Weißbluten des Hungers.

So eng auch die Schranken der kapitalistischen Ordnung sind, so wäre es doch geradezu eine Verleumdung des Kapitalismus, wenn man die provokatorischen Ausschreitungen des Kohlenarismus im Ruhrrevier für notwendige unermessliche Erscheinungen der kapitalistischen Ordnung erklären würde. Kein unüberwindlicher Zwang des kapitalistischen Mechanismus erfordert das Wagenmüllen, die kontraktbrüchige Verlängerung der Schichtzeit, die Willkür in der Entlohnung, die körperlichen Mißhandlungen und Beschimpfungen, die brutale Diktatur des Unternehmertums. Alle Forderungen der Bergarbeiter können ohne weiteres sofort angenommen werden, ohne daß die kapitalistische Ordnung auch nur an der Haut geritzt wird. Weder würde die Industrie zugrunde gehen, noch würden die Millionäre des Kohlenyndikates zu hungern brauchen. Die Widerständigkeit des Kohlenyndikats ist ein reiner Willkürakt, der nicht unmittelbar in der Wirtschaftsordnung begründet ist, sondern in Erzeugen der Interessenten dieser Wirtschaftsordnung. Gerade weil auch das Jürgertum weiß, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht im mindesten erschüttert wird, wenn die Forderungen der Bergarbeiter bewilligt werden und weil es umgekehrt sich darüber klar ist, daß diese russische Schredensherrschaft im Ruhrrevier die kapitalistische Ordnung konpromittiert, darum hat es fast einmütig gegen das Kohlenyndikat Stellung genommen.

Wenn trotzdem die Herren vom Kohlenyndikat darauf beharren, keinen Schritt den Bergarbeitern entgegenzukommen, so nimmt das Syndikat offenbar seine trotzig Haltung nur deshalb ein, weil es dank seiner mächtigen Beziehungen weiß, daß es ungestraft so handeln kann. Wären die Herren im Ruhrrevier nicht überzeugt, daß die Regierung nicht wagt, ihnen ein Haar zu krümmen, so würden sie von vornherein mit der Gefahr rechnen, daß auf gesetzgebendem Wege ihre Willkürherrschaft ohne jede Schwierigkeit gebrochen werden kann. Binnen drei Tagen läßt sich zwischen dem Bundesrat und dem deutschen Reichstag leicht eine gesetzliche Regelung erzielen, die die Forderungen der Bergarbeiter als zwingendes Recht proklamiert. Es läßt sich gesetzlich das Wagenmüllen verbieten. Die Nachtstunden-Schicht einschließlich der Seilfahrt einzuführen hat gar kein Bedenken und ebenso lassen sich die anderen Forderungen im wesentlichen gesetzlich regeln. Für die Reichsregierung, die so stolz auf die sozialpolitische Aufgeklärtheit Deutschlands ist, sollte nach den Erklärungen des Herrn Kirdorf nun wirklich ernsthaft an die Frage herantreten, ob sie den Weg der Reichs-Gesetzgebung nicht unverzüglich einzuschlagen hat. Es bedürfte gar keiner langen Verhandlungen des Bundesrats, um Forderungen gesetzlich festzusetzen, die in anderen Ländern längstens rechtens sind. Selbst wenn man die eine oder die andere Forderung, wie etwa die Feststellung von Minimallohnen für nicht spruchreif hält und ihre Durchsetzung der Selbsthilfe der Arbeiterschaft überläßt, so sind die Mehrzahl und gerade die wesentlichsten Forderungen der Bergarbeiter so selbstverständlich, daß ihre Fassung in Paragraphen keine Arbeit, kaum eine Begründung erfordert. Für den deutschen Reichstag, der ja unmittelbar vor der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern steht, sollte es nunmehr Pflicht sein, die Folgerungen aus der dreitägigen Interpellationsdebatte über den Streik im Ruhrrevier zu ziehen und den Bundesrat dahin zu beeinflussen, daß er alsbald ein Vergeseh vorlegt, das sofort in Kraft tritt und der Willkürherrschaft der Herren des Kohlenyndikates, der Mißhandlung der nationalen Gemein-Interessen wenigstens in etwas ein Ziel setzt.

Worte haben wir nun genug gehört. Es ist zu verlangen, daß die Reichsregierung rechtzeitig der sozialpolitischen Kartätschenpolitik des Kohlenyndikates vorbeugt. Wenn schon das Unternehmertum im Ruhrrevier ebenso russisch ist, wie das in Rußland, so sollte man doch wenigstens hoffen, daß die Regierung so viel Verantwortlichkeitsgefühl hat, um sich durch Rußlands Erfahrungen schrecken zu lassen.

Zur Lage.

Unser B-Korrespondent telegraphiert aus Dortmund, vom Dienstag abend:

Die Zahl der Streikenden verändert sich jetzt nur noch sehr wenig. Fortgesetzt werden Betriebsbeschränkungen vorgenommen. Eine Sprengstoff-Fabrik in Gafrow mußte den Betrieb einstellen,

ebenso eine Glasfabrik in Krugel und ein Eisentort. Die verschiedenen größeren Eisentorte, welche sich mit fremden Kohlen aus der Verlegenheit zu helfen suchen, machen damit sehr schlechte Erfahrungen. Für einzelne Betriebe sind die Kohlen durchaus nicht verwendbar. Zum Beispiel müssen zur Aufrechterhaltung der mechanischen Betriebe wegen der technischen Einrichtungen unbedingt Kokslohlen vorhanden sein; denn die Krafmaschinen der mechanischen Betriebe werden in der Hauptsache durch Kokslohlen betrieben, und wenn kein Koks verwandt werden kann, liegen auch diese Betriebe still.

In einer Versammlung, die gestern in Westrich von Frauen einberufen wurde, trat u. A. auch eine Schieferin auf, die die Männer aufforderte, unter allen Umständen im Kampf auszuharren, kein Mann dürfe anfahren. Sie erzählte, daß viele Familien aus Schlefien durch die Versprechung von hohen Löhnen, gesunder Wohnungen usw. in das rheinisch-westfälische Kohlengebiet geholt worden seien, man habe erfahren, daß die Versprechungen Lüge seien. Nun könnten sie nicht wieder zurück, denn die Männer seien Durmsucht und könnten auf den schlesischen Gruben nicht wieder anfangen.

In einer Versammlung in Aamen bei Bitten wurde mitgeteilt, daß die Zahl der Arbeitswilligen auf der Zeche Hamburg nur 37 betrage. In der bürgerlichen Presse ist die Zahl der Arbeitswilligen aber auf 230 angegeben. Da sieht man, wie mit den Angaben über die Arbeitswilligen geschwindelt wird. Im Belsenkirchener Revier ist überall die Polzeisünde herabgesetzt auf acht und auf einigen Stellen auf neun Ubr. Schnaps darf nicht verkauft werden und Uebertretung der Verbote wird schwer bestraft.

Das Stadt-Theater in Belsenkirchen ist geschlossen sowie überall die Konzertlokale und die Varietés.

In Apenrade hat ein Streikbrecher einen Kaufmann verurteilt, indem er in provozierender Weise die Streikenden, die ihm durch- aus nicht belästigt hatten, beschimpfte und mit Revolverkugeln bedrohte.

Der Delegierte Schröder ist heute nach England abgereist, um die englischen Kohlenarbeiter über den Streik im Ruhrrevier Aufklärung zu bringen und finanzielle und moralische Unterstützung der englischen Kameraden zu erwirken.

Wie verlautet, wird beabsichtigt, die dem Bochumer Verein gehörende Zeche „Engelsburg“ stillzusetzen. Weiter wird mitgeteilt, die Verwaltung von „Glückauf-Tiefbau“ beabsichtigt, nach Beendigung des Streiks die Zeche auf 200 Mann zu verringern.

Alle die Mitteilungen, wie über die einzelnen Leuten ins Haus geschickte Kündigung der Wohnung oder Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses werden als Schredensherrschaft betrachtet, an welche sich die Streikenden durchaus nicht kehren.

Überall in den Versammlungen wird betont, daß man unter allen Umständen im Kampfe aushalten werde, bis die eingereichten Forderungen bewilligt seien.

Sympathieunterstützungen und behördliche Schikane.

Die Reden des Herrn Bülow und des Herrn Möller in Angelegenheit des Generalstreiks haben eine doppelte Wirkung gehabt. Bei der Bürgererschaft hatten sie die Sympathie für die Streikenden ganz bedeutend verstärkt, ganz besonders durch die deprimierende Erklärung des Herrn Möller, daß das Grubenkapital seine Regierungskommission einfach wieder nach Hause geschickt habe. In vielen Volks- und Bürgerversammlungen, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, ist den Streikenden ausdrückliche Sympathie erklärt, ferner ihren aber auch materielle Hilfe zugesagt worden. Andererseits scheint die Möllersche Rede einen scharfen Wind angefaßt zu haben. Der Bürgermeister von Essen hat ein Verbot des Sammelns erlassen, und in Dortmund geht die Polizei schematisch darauf aus, Sammelstellen und darauf gezeichnete Beträge zu beschlagnahmen!

Eine große Versammlung fand Sonntag in Bochum statt, die von 7000 Personen besucht war. Auch hier wurde eine Sympathieerklärung für die Streikenden beschlossen. In allen Delegiertenversammlungen erklärten die Streikenden, daß sie unter allen Umständen den Kampf durchsetzen werden, bis der Sieg errungen sei. — Montag nachmittag fand in Coull eine sehr stark besuchte Frauenversammlung statt, in welcher überaus traurige Mißstände der genannten Zeche aufgedeckt wurden. Wahrscheinlich wird der Ausschuh der Arbeiter dafür sorgen, daß diese hier aufgedeckten Mißstände der Regierungskommission nicht vorenthalten bleiben.

Aus Dresden wird uns berichtet: Eine von mehr als zehntausend Personen besuchte Metallarbeiter-Versammlung, die im „Trianon“ tagte, beschloß einen Extrabeitrag von 50 Pfennig zu erheben, um die streikenden Bergarbeiter anschiebig unterstützen zu können. Die Versammlung beschloß weiter, aus dem Lokalfonds der organisierten Metallarbeiter Dresdens sofort 2000 Mark in das Ruhrgebiet zu entsenden. — Dienstag finden in Dresden acht Volksversammlungen statt, die sich mit dem Niesenausstand beschäftigen sollen. Acht weitere Versammlungen sollen Mittwoch im Plauenschen Grunde tagen.

Verbot von Sammlungen.

Nach Meldungen vom Dienstag hat die Bochumer Behörde Sammlungen für die Ausständigen verboten! Stellen sich nunmehr die Behörden in den Dienst der Syndikatsprobokationen?

Abwanderung der Schynslente.

Nach dem Kohlenstreikgebiet im Ruhrrevier sind am Dienstag noch weitere 20 Mann der Berliner Schynslente abgegangen.

Es geht aus diesen Maßnahmen hervor, daß Berlin und Preußen an Polizei-Uebervölkerung leidet!

Solidarität englischer Bergarbeiter.

(Telegramm.)

Glasgow, 21. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Eine Privatversammlung der schottischen Bergarbeiter-Vereinigung hat einen Antrag angenommen, den Ausständigen in Westfalen ihre Sympathie auszudrücken. Die schottischen Mitglieder der englischen Vereinigung sind beauftragt, darauf zu dringen, daß den deutschen Bergarbeitern nur jede mögliche Geldunterstützung zu teil werde, und zu verlangen, daß eine nationale Bergarbeiter-Versammlung einberufen werde, um für weitere Geldunterstützung zu sorgen.

Nationalliberale Streikzensur.

Auch die Nationalliberalen haben sich im Reichstag durch ihren Leder-Hetz gegen das Kohlenyndikat stark geäußert. Nationalliberale Väter bilden aber selbst im Interatenteil die Ausnahme nicht, sondern zensurieren sie in russischer Weise. In dem „Hildesheimer Tageblatt“ wurden folgende Sätze eines Sammelaufrufs aus dem Inserat gestrichen:

„Forderungen, die von jedem einigermaßen human denkenden Menschen als nur zu berechtigt anerkannt werden. Welche Schmach für ein Unternehmertum, wenn sich unter Forderungen der Arbeiter auch die nach besserer menschenwürdiger Behandlung findet. Schon diese allein kennzeichnen die Leiden, denen unsere Arbeitsbrüder im Ruhrrevier ausgesetzt sind. — Wohlan denn, ihr Arbeiter, die Zehnjehntausend, sie haben den Kampf gewollt, sie sollen ihn haben; auf zur Unterstützung unserer braven Kameraden!“

„Anerkennung der Einmischung des Reichstags“

nennt die „Post“ die Verhandlungen über die Interpellation Auer: „Wenn in der gestrigen Reichstags-Sitzung mehrfach eine Mitwirkung dieser Körperschaft zur Beilegung des wirtschaftlichen Krieges im Ruhrgebiet angeregt worden ist, so hat sich der Handelsminister mit vollem Recht dagegen ablehnend verhalten. Es handelt sich dabei um eine rein preussische Angelegenheit, und wir bedürfen zu deren Ordnung einer Bevormundung durch den Reichstag nicht im mindesten.“

Der Streik, dessen Erschütterungen in der ganzen Welt der Wirtschaft fühlbar werden, ist — nur eine preussische Angelegenheit, natürlich nicht wegen Preußen, sondern wegen des preussischen Dreiklassen-Wahlrechts.

Das Reich wird hoffentlich durch die Tat sein Recht beweisen, daß der Streik Reichsangelegenheit von elementarstem Interesse ist.

Noch eine Kardinal-Streikspende.

Nach der „Königlichen Volkszeitung“ übersandte der Kardinal Kopp der Geschäftsstelle dieses Blattes 3000 M. für die notleidenden Bergleute des Ruhrkohlenbezirks.

Diese Gaben einzelner Kirchenfürsten machen aber die Unterlassung des Zentrums nicht gut, daß es nicht als Partei sich an den Sammlungen beteiligt.

Druckfehler-Berichtigung. In der gestrigen Nummer muß es in der Ueberschrift auf Seite 4 Spalte 1 oben „Der Polizeistreich“ (statt Polizeistreit) heißen.

Die Revolution schreitet fort!

Ein Meer dunkler, aufregender, aber ebenso widerspruchsvoller Meldungen dringt seit Sonntag aus Rußland zu uns herüber. Der private Nachrichtendienst versagt nahezu völlig, und wenn die entsetzlichen Ereignisse des Sonntag scheinbar auch auf die Depeschenzensur einen Augenblick lähmend gewirkt haben, so wird diese jetzt umso erbarmungsloser gehandhabt. Kann man also nicht wissen, wie weit die Machtorganisation des Zarismus heute schon zerrüttet ist, und scheinen auch mancherlei Anzeichen darauf hinzudeuten, daß drüben bereits die vollste anarchische Auflösung des Despotismus herrscht, so ist dem System des Zarismus sicher doch bisher eine Nacht treu geblieben: die Zensur. Der Zensur ist der Kapitän des russischen Staatsschiffs, er will das Sinkende nur als Legier verlassen.

Was an Nachrichtenmaterial vorliegt, stammt aus zwei gleich trüben Quellen: dem russisch-offiziösen Meldedienst des Wolffschen Bureaus und den wilden völlig unkontrollierbaren Berichten von Berliner, Pariser und Londoner Bürgerkriegs-Korrespondenten. Wenn sich aus dieser wirren Masse irgend ein sicher Kern auslösen läßt, so ist es der: Es ist den russischen Behörden nicht gelungen der Volksbewegung durch den Aderlaß vom Sonntag ein Ende zu bereiten. Die Arbeiter Rußlands sind nicht entnützt, sondern setzen den Kampf gegen den Despotismus mit heldenhaftem Eifer fort. Die Bewegung hat Moskau ergriffen und springt auch auf andere Städte des Reiches über. Petersburg begräbt seine Toten, aber die Revolution lebt!

Diese Ueberzeugung herrscht auch in unterrichteten Kreisen Londons. Wir erhalten von dort vom 21. Januar abends folgendes Privattelegramm:

Alle Petersburger Nachrichten und alle Londoner Preßkommentare stimmen darin überein, daß Rußland in eine revolutionäre Periode eingetreten ist. Die „Times“ schreiben, ein Weltkrieg müsse nunmehr zwischen dem Jaren und dem russischen Volke, und die ganze Welt empfinde, daß mit dem 22. Januar ein neues Kapitel russischer Geschichte beginnt. Wohl die lehrreichste Petersburger Depesche enthält der heutige „Daily Telegraph“. Sie belagt folgendes: Die revolutionäre Bewegung ist eine spontane Ausrufung der Arbeiterklasse und würde keineswegs von bürgerlichen Führern aufgestachelt. Das fortschreitende Wachstum des revolutionären Geistes macht den Einbruch eines herannahenden Sturmes; es ist das Resultat des Wirkens von Naturgesetzen. Irgendwelche bewußte Aktion war dabei kaum vorhanden, kein einziger Aktor im Drama war sich des Gesamtplans bewußt. So kamen Professoren, Akademiker, Beamte, Geheimräte zum Jaren zusammen, abnunglos, daß sie aufgefordert werden sollten, ein Dokument zu unterzeichnen, das den Jaren ermahnt, die Autokratie abzuschaffen. Wenn ihnen vorher so etwas zugemutet worden wäre, wären sie zu Hause geblieben. Während des Diners kommt aber ein Teilnehmer auf den Gedanken, eine Deklaration gegen den Absolutismus zu entwerfen und Unterschriften zu verlangen. Anfangs erschrecken alle, dann aber ergreift nach wenigen Minuten alle der revolutionäre Geist und sie unterzeichnen mit Enthusiasmus. Die revolutionäre Welle stieg aus den Volkstiefen auf, aber sie ergreift auch die oberen Schichten mit elementarem Gewalt. Die Intellektuellen unter Leitung Hessens, des Redakteurs des „Pravo“, bilden eine Art Jakobinerklub und sind sich wohl dessen bewußt, daß sie entweder zum Konvent gewählt oder zum Galgen geschleppt werden würden. Sie sind die Designierten einer provisorischen Regierung. Die Finanzwelt warnt sie vor zartischen Anleihen, da nach dem 22. Januar der Kampf um die Souveränität zwischen dem Jaren und dem Volke bereits entbrannt sei.

Diese Petersburger Depesche stammt von Dr. Dillon, einem der bedeutendsten Publizisten Englands. Seine Informationen sind einwandfrei.

Neue Unruhen in Petersburg.

Am Abend des Dienstag hat es in Petersburg neue Massenansammlungen und neue Angriffe des Militärs gegeben. Amlich wird darüber nur gemeldet:

Petersburg, 24. Januar, nachmittags 4 Uhr. Kosaken verfolgen eine Menge von Arbeitern und schlagen mit Säbeln auf sie ein. Einige Arbeiter sind verwundet.

5 1/2 Uhr abend. Auf dem Newski-Prospekt und in den anliegenden Straßen ist die Haltung des Publikums unruhig. Alle Fenster der Erdgeschosse sind durch Bretter verschlossen.

Wenn man bedenkt, daß diese dürftigen Nachrichten aus derselben Quelle stammen, die von der Zahl der Sonntagsopfer höchstens ein Zwanzigstel angegeben hat, so darf man wohl annehmen, daß es sich auch am Dienstagabend um recht ernste Vorgänge handelte. Die Situation wird dadurch verschärft, daß die elektrische Beleuchtung seit Montagabend versagt. Die Arbeit auf der Zentralstation der belgischen elektrischen Gesellschaft ist eingestellt worden, und diese Gesellschaft hat die meisten Beleuchtungs-Abkommen, sodaß auch die Privathäuser ohne Licht bleiben. Allerdings soll nach einem amtlichen Verhütungstelegramm die Störung nur vorübergehend gewesen sein. Die Elektrizitäts-Gesellschaft Helios mußte, wie es heißt am Montag gegen 6 Uhr, die Petersburger Gesellschaft für elektrische Beleuchtung um 8 Uhr abends den Betrieb einstellen, weil das Personal nicht weiter arbeiten wollte. Nach einigen Stunden konnte in beiden Zentralen der Betrieb für die Straßenbeleuchtung mit Wärmepersonal wieder aufgenommen werden. Das gesamte Netz stehe seit Dienstag früh sieben Uhr wieder unter Strom.

Der Generalstreik dauert fort. Amlich wird behauptet, daß die in den Kasernen der Arbeiter vorhandenen Mittel unbedeutend seien; nur die Karawasser-Abteilung des

Arbeiterklubs habe in ihrer Kasse 15 000 Rubel. Den Bedürftigen würden nur ganz begrenzte Summen ausbezahlt. Die Arbeiter der großen Kesselfabrik von Bari hatten am Dienstag die Arbeit ausgenommen, darauf drangen Arbeiter von den Elektrizitätswerken in die Fabrik ein und verlangten Einstellung der Arbeit. Die Fabrik stellte darauf die Arbeit ein.

Die gebildeten Stände setzen die Sammlung von Mitteln für die Verletzten fort.

Verhaftungen aus Arbeiterkreisen sind noch nicht vorgekommen; die Führer der Bewegung befinden sich auf freiem Fuß. Bassilow, der als Vertreter einer Abteilung des Arbeiterklubs Sapon am Sonntag begleitete, ist getötet worden; drei Genossen Sapons sind verwundet. Sapon selbst soll sich versteckt halten.

In der Nacht zum Dienstag wurden der Professor Kareff, die Schriftsteller Peschekowoff und Armenstky sowie die Stadtverordneten Rechtsanwälte Redin und Schmitnikoff verhaftet.

Ein Stimmungsbild aus Petersburg.

Aus London meldet „Laffan“ von Dienstag früh: Die Revolution hat jetzt im Ernst begonnen, telegraphiert der Petersburger Korrespondent des „Daily Chronicle“, in der Nacht zum Dienstag: die Hauptstadt ist jetzt buchstäblich eine Stadt der Schreckensnächte. Alle Lichter sind erloschen, die Straßen liegen in tiefer Dunkelheit, die Waffen der Soldaten rasselnd über das Pflaster, dazwischen tönen gelegentlich Schüsse und dann und wann ein dumpfer, tiefer Knall, der gefährlichere Explosionen ankündigt, denn die durch das Gemetzel herausgeforderte Revolution antwortet jetzt mit Dynamit. Ueberall in den Vorstädten, wo Truppen zusammengezogen sind oder öffentliche Gebäude stehen, werden Bomben geworfen. Eine Bombe wurde unter die Kosaken am Winterpalast geschleudert. Die Revolutionäre werden von Stunde zu Stunde kühner. Alles deutet auf das Heranziehen einer großen Umwälzung hin. Die einzige Hoffnung des Jarenhauses sind jetzt die Truppen, die vorläufig noch treu bleiben.

Es gärt in Moskau und allüberall.

Wehr noch als das verhältnismäßig moderne Petersburg ist die im Innern des Reiches gelagerte altertümliche Hauptstadt Moskau von allem freien Weltverkehr entfernt. Hier hat die Zensur leichte Arbeit. Immerhin deutet das, was amtlich zugegeben werden muß, darauf hin, daß die Arbeiter Moskaus dem Beispiele ihrer Petersburger Kameraden folgen. Bis Dienstag mittag sollen 10 000 von ihnen in den Ausstand getreten sein, zu ihnen gehören auch die Seher, so daß Mittwoch früh mehrere Zeitungen nicht erscheinen werden. Weiter wird amtlich vom Dienstag gemeldet:

Die Stimmung in den Arbeiterkreisen war morgens stark erregt, gegen Abend aber ruhiger geworden. Eine größere typographische Anstalt, welche vier Zeitungen druckt, hofft sich mit den Arbeitern zu einigen und dann sofort die Arbeit beginnen zu können. Die Bäcker, Kutscher und Diensthofen verhalten sich ruhig. In einer Vorstadt Moskaus sammelten sich im Laufe des Nachmittags kleine Gruppen von Arbeitern an. Im Zentrum und in der Kremstadt herrscht vorläufig Ruhe.

Auf polizeiliche Anordnung sind die Waffen aus den Schaufenstern der Waffenhändler entfernt worden. Die meisten Waffenhändler haben ihre Läden geschlossen.

Welche Mittel zur „Beruhigung“ der Arbeiter angewendet werden sein mögen, verschweigt der amtliche Bericht.

Nach privaten Nachrichten soll in einigen anderen russischen Städten der Generalstreik teils schon ausgebrochen sein, wie in Kowno, oder in Vorbereitung sein, wie in Podo. Auch in Baku muß ähnliches passieren, denn die Petersburger Telegraphenagentur sieht sich plötzlich veranlaßt zu melden, daß die Arbeit in den Naphthawerken „wegen des Schnees“ unregelmäßig sei; andere Fabriken hätten ihre Tätigkeit teilweise wieder aufgenommen.

Daß die Feuersbrunst von Sewastopol auf Ereignisse revolutionärer Art zurückzuführen ist, ist so gut wie gewiß. Zweifelhaft bleibt allerdings, wie weit ein Bericht des Londoner „Daily Express“ richtig ist, der erzählt, die Feuersbrunst im Marindepot von Sewastopol sei auf die Tat von Matrosen zurückzuführen. Diese fanden bei ihrer Rückkehr die Tore der Kaserne geschlossen, weil man einen Aufruhr befürchtete. Als die Matrosen dies feststellten, forderten sie die Offiziere auf, die Tore öffnen zu lassen. Als die letzteren sich weigerten, sprengten 600 Matrosen die Tore und griffen die Offiziere an, von denen mehrere verletzt wurden. Einige andere Offiziere, welche sich durch die Fenster zu retten suchten, erlitten dabei Arm- und Beinbrüche. Die meuternden Matrosen steckten dann das Offizierskasino in Brand. Der kommandierende General sandte eine Abteilung Infanterie gegen die Matrosen mit dem Befehl, sofort das Feuer auf die Matrosen zu eröffnen, die Soldaten weigerten sich jedoch trotz wiederholter Befehle; auch als der Oberst eine Ansprache hielt, erklärten die Mannschaften, sie würden beim Befehl zu feuern auf die Offiziere schießen. Daraus wurde jedes militärische Einschreiten eingestellt.

Die Schuld Europas.

Die ganze zivilisierte Welt entsetzt sich über die russischen Greuel; der Admiral des Stillen Ozeans von Menschenblut, der Jare, der Verantwortliche des Entsetzens, ist der Abscheu aller Menschen. Kaum magt sich noch irgend ein Unhold mit dem Bekenntnis hervor, daß es die heilige Sache des Absolutismus wohl wert sei, daß ein paar Tage Menschenblut in Strömen über die Straßen fliehe.

Dennoch klagt das in Petersburg geopferte Blut nicht nur den Jaren, nicht nur die Horde der Großfürsten, nicht nur die herrschende Bureaucratie Rußlands an, die Staaten Europas stehen allesamt mit den russischen Verbrechern vor dem Gericht der Weltgeschichte. Ihre Schuld ist es nicht zum mindesten, daß der Zarismus Verbrechen auf Verbrechen häufen konnte. Die kapitalistischen Staaten Europas duldeten nicht nur, sie förderten auch die Schreckensherrschaft im Osten.

Jüngst hat der Fürst Lichomsky, ein russischer Liberaler, offen beklagt, daß Europa das russische Volk nicht in seinem Freiheitskampf unterstützt: „Alles schweigt vor dem Zarismus!“

Preußen-Deutschland voran! Taa res agitur, Deine eigene Sache steht auf dem Spiel, tief der preussisch-deutsche Justizminister vor einem Jahre aus, als er die herrschenden Parteien Deutschlands zum Kreuzzug gegen die russischen „Anarchisten“ nach Königsberg rief. Taa res agitur — in Wahrheit — Deutschland hat mit das Blut der Edlen vergossen, das den russischen Schnee färbt.

Frankreich schmachtet noch immer in unwürdigem Bunde mit Rußland. England findet gelegentlich Worte, aber keine Taten gegen

die russische Vertrohung. Fast alle Staaten haben sich dazu erniedrigt, unter dem Vorwande einer Anarchistenkonvention in ihrem eigenen Bereich russische Spitzhaken zuzulassen und mit der russischen Polizei zu konspirieren.

Die Großfinanz Europas, ja der ganzen Erde, münzt aus der Arbeit der ausgebeuteten Völker das Gold, das sie dem Zarismus hingibt, um seine Kreaturen zu bezahlen. Die zivilisierten Staaten bringen den Sold auf für die Kosaken, die alle Menschlichkeit fästieren.

Keine offizielle Regierung hat Einspruch gegen die neuen Verbrechen des Zarismus erhoben — nicht das mildeste Wort. Keine Regierung wird es tun. Im Gegenteil: Niemand würde erlauben, wenn aus westeuropäischen Staaten offizielle Telegramme nach Petersburg gelangten mit der freundschaftlichen Mahnung: Ja nicht vor dem Volke zu kapitulieren.

Der Aufruf, den jüngst westeuropäische Intellektuelle erließen, den russischen Zarismus außerhalb des zivilisierten Völkerrechts zu stellen, ihn zu exkommunizieren, findet bei den kapitalistischen Regierungen keinen Wiederhall. Sie stärken den Trost des Absolutismus, sie fühlen sich ihm inniger verbunden als den eigenen Völkern. Nikolaus II. wie immer er seige zittert vor dem Mäcker, bleibt immer noch der Jar der Welt des Kapitalismus, der reizende Kamerad aller Staatsoberhäupter, der geliebte Better der dynastischen Familien.

Nur die Sozialdemokratie ist es, die in allen Kulturstaaten die Würde der Menschheit gegenüber dem Zarismus verteidigt.

In Frankreich haben unsere Genossen seit jeher diesen unnatürlichen Bund der revolutionären Republik mit dem Absolutismus bekämpft.

Jaubes schreibt über „Den Tod des Zarismus“. Der so betitelt Artikel lautet in seinen Schlusssätzen wie folgt: „Es gibt eine Stufe des Verbrechens, worauf absolute Regierungen nicht sinken dürfen, wenn sie nicht alle Beziehungen mit freien Völkern unmöglich machen wollen. Kein konstitutioneller Souverän und kein republikanisches Staatsoberhaupt der Welt kann, ohne Unbehagen und Verlegenheit zu empfinden, Verbindungen aufrecht erhalten mit einem menschenmordenden Absolutismus, der es versucht, die Bescheidensten und gerechtesten Forderungen der Freiheit im Vlate zu ersticken. Will Rußland mit der Zivilisation fern in Berührung bleiben, so muß es sich vom Zarismus befreien. . . . Und welches Echo werden die Ereignisse von St. Petersburg bei den Soldaten in der Mandchurie hervorrufen?“

Ueber die Kundgebungen in Frankreich

erhalten wir folgendes Privattelegramm aus Paris:

Paris, 24. Januar, 6 Uhr 35 Min. nachmittags. Die Erregung wegen der Petersburger Vorgänge wächst. Der Vorstand der Arbeitshörse schickte einen Brief an die russische Botschaft mit dem Ausdruck der Verachtung.

Das Komitee der Freidenker richtet einen Aufruf an die Sozialisten und Republikaner, daß sie von der französischen Regierung den Bruch der Allianz mit dem Jaren fordern.

„Humanité“ eröffnet eine Geldsammlung für die Familien der russischen Opfer.

Eine gleiche Geldsammlung ist von einem Komitee von Professoren und Studenten begonnen.

Heute veranfaßten Pariser Studenten eine Kundgebung auf der Straße gegen den Zarismus; sie wurden von der Polizei zerstreut.

Der Lyoner Gemeinderat, der aus Sozialisten und Radikalen besteht, beschloß mit 42 Stimmen bei 2 Enthaltungen einen Protest gegen die russische Regierung und Sympathie für die Volksbefreiung.

Paris, 24. Januar. (B. T. V.) Die sozialistische Gruppe der Kammer hat 100 Francs für die Opfer in Petersburg bewilligt, um so gegen die blutige Unterdrückung zu protestieren.

Kammer-Demonstrationen in Italien.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Rom, 24. Januar, 5 Uhr 30 Min. nachmittags.

Die Sozialisten Turati und Bissolati übersandten dem Ministerpräsidenten folgende Interpellation:

Wir fragen die Regierung, ob sie die Verpflichtung gefühlt hat, bei der russischen Regierung die Entziehung und den Abschluß ganz Italiens über die Regeleiten in Petersburg zum Ausdruck zu bringen.

Zu der Kammer Sitzung sandte der Republikaner Mirabelli solidarischen Gruß und brüderliche Sympathie dem russischen Volke in seinem Heldenkampfe gegen den blutbesiedelten Selbstherrscher. (Weiß und Händelklassen links. Von der Rechten ruft man: Zur Ordnung! Von links ruft man: Für Freiheit und Recht!)

Die Berliner Arbeiter und der Kampf im Ruhrrevier.

Das war eine imposante Kundgebung, welche die Arbeiterschaft von Berlin und den Vororten gestern abend zugunsten ihrer Klassen-genossen, der streikenden Bergarbeiter im Ruhrgebiet, veranstalteten. Daß die Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins, gleich dem Proletariat ganz Deutschlands, ja der gesamten industriellen Welt seit dem Beginn des gewaltigen wirtschaftlichen Kampfes im schwarzen Reiche mit ihren Sympathien auf der Seite der lange gedrückten und geschnehten Bergarbeiter stehen, ist selbstverständlich. Gestern abend jedoch trat die Solidarität der Berliner Arbeiterschaft mit den durch die schrankenlose Willkürherrschaft der Grubenmillionäre in den Kampf getriebenen Bergarbeitern sichtbar und weithin hörbar in der Erscheinung. In achtundzwanzig imposanten Versammlungen waren viele Tausende von Proletariaten und Proletarierinnen zusammengekommen, einzig in dem Gedanken, dem sie durch ihr Erscheinen, ihr Verhalten und ihre Beschlüsse Ausdruck verliehen: Ihr, die Ihr im finsternen Schacht, dem Licht der Sonne und der freien Himmelsluft entrückt, täglich und stündlich von Gefahren umlauert, keinen Augenblick eures Lebens und eurer gesunden Glieder sicher, um den karglichsten Lohn frondet; Ihr, die Ihr seit Jahren unter dem harten Druck des rückichtslosten Unternehmertums und seiner brutalen Helfershelfer schmachtet, eines Unternehmertums, das in unerzähllicher Profitgier Millionen auf Millionen häuft, Euch aber den kargen Lohn noch weiter kürzen und die Schwere Fron im finsternen Schacht der Erde noch weiter verlängern will; Ihr kämpft einen gerechten Kampf und wir, die Arbeiterschaft Berlins, wir werden im Verein mit dem Proletariat ganz Deutschlands Euch in diesem Kampfe unterstützen. Unsere Sympathie ist auf Eurer Seite, unsere werktätige Hilfe und tatkräftige Unterstützung soll Euch werden.

Schon in dem ungewöhnlich starken Besuch der Versammlungen zeigte sich, daß die Berliner Arbeiterschaft den lebhaftesten Anteil nimmt an dem Kampfe, welchen ihre Arbeitsbrüder im Ruhrgebiet führen. — Schon lange vor 8 Uhr strömten die Versammlungsbesucher, Männer und Frauen, in dichten Scharen den Versammlungsorten zu. Um 8 Uhr waren die meisten Säle bereits dicht besetzt. Aber noch immer kamen Scharen von Einlassbegehrenden. Man rißte zusammen so eng es gehen wollte, und bald waren auch die äußersten Winkel dicht besetzt. Hunderte, die nach der polizeulichen Absperrung eines überfüllten Saales keinen Einlaß mehr fanden, zügelten einem anderen Versammlungsorte zu. Aber auch hier zeigte sich dasselbe Bild, Schußleute sperrten den Eingang, weil der Saal bereits überfüllt war. Wie groß die Zahl derer sein mag, die vergebens Einlaß suchten, läßt sich nicht angeben, da die Polizei, soweit wir es beobachten konnten, jeden Aufenthalt vor den Lokalen untersagte.

Was schon der äußerste starke Besuch der Versammlungen erkennen ließ, das bestätigte der Verlauf derselben aufs neue. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer den Schilderungen des Glanzes der Bergarbeiter. Wohl die meisten Versammlungsbesucher haben das traurige Los des Proletariats als eigenes Leid erfahren, und sie wissen, was die Lohnslaverei bedeutet, aber die besondern Verhältnisse, die das Los des Bergmannes zu einem der allerdrückendsten gestalten, überrufen denn doch alles, was großstädtische Lohnarbeiter gewohnt sind. Die Schilderungen der fortgeschrittenen Bedrückung der Bergarbeiter durch die profitlüsternsten Grubenbarone erregten allgemeinen Unwillen. Jeder Zuhörer fühlte: Eine Zeit lang auf das äußerste bedrückte und gequälte Arbeitergeschlecht ist es, die sich im Ruhrgebiet auflehnt gegen den Übermut des Unternehmertums, gegen den schändlichen Betrug, der in Form des Wagnennußens an den Bergarbeitern geübt wird, und überall, wo Proletariatsherzen schlagen, erkennt man es als vornehmste Pflicht, den kämpfenden Brüdern an der Ruhr tatkräftige Hilfe zu leisten. Gereizter Unwillen erregte auch die Haltung der Regierung, die dem Treiben der Kohlenbarone seit Jahren unübtig zusah und mit Rücksicht auf die mächtigen Schladatöberrn auch jetzt noch nicht magt, den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter Gehör bei den Unternehmern zu schaffen. — Freilich — auch das wurde in den Versammlungen ausgesprochen — die Bergarbeiter konnten dem unerhörten Trug des Unternehmertums nicht den erforderlichen Widerstand entgegenstellen, weil es noch Zehntausende unter ihnen gibt, die der Organisation fernstehen, und weil die, welche sich organisiert haben, in verschiedenen Organisationen gesplittert sind. Aber niemand denkt daran, jetzt über diese Dinge zu rechten. Der Kampf ist entbrannt, und in solcher Situation kennen die Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins nur eine Lösung: Den kämpfenden Arbeitern an der Ruhr beizustehen, ihren Kampf in jeder Weise zu unterstützen und so viel an ihnen liegt, alles zu tun, um den streikenden Bergarbeitern zum Siege zu helfen. — Ungeheißere Sympathie für die bedrückten Bergslaven, werkslätige Unterstützung ihres gerechten Kampfes! Das ist es, was die Berliner Arbeiterklasse in den jetzigen Versammlungen bekräftigt und was zum Ausdruck gebracht wurde in einer Resolution, die in allen Versammlungen einstimmige Annahme fand.

Die Resolution lautet:
Die heute tagende Versammlung verurteilt auf das schärfste das Treiben der Zechenbesitzer und deren Vertreter, durch welches hunderttausende Bergleute in den Streik getrieben wurden. Sie erkläre in den kämpfenden Arbeitern treue Kameraden, die die Rechte und Interessen des Proletariats gegen Angriffe prothler Unternehmer verteidigen. Der Kampf ist ein Kampf der Arbeiterklasse gegen das im rheinisch-westfälischen Kohlenbündel organisierte Kapital. Die Versammelten versprechen, die im Kampfe stehenden Brüder nach besten Kräften zu unterstützen, damit sie nicht durch Hunger gezwungen werden, den Kampf aufzugeben.

Die Versammlung erkläre in dem Treiben der Zechenbesitzer eine Maßnahme, die den Zweck hat, die Lage des Kohlenmarktes so zu gestalten, daß eine erhebliche Steigerung der Kohlenpreise eintritt und dadurch die Dividenden und der Kurswert der Bergwerksaktien gewaltig in die Höhe getrieben werden. Da die Kohlenpreise großen Einfluß auf die Lage der gesamten Industrien haben, wird durch dieses Treiben das Gemeinwohl in hohem Grade gefährdet.

Im Interesse des Gedeihens der Industrie und des Wohles der Verbraucher fordert die Versammlung, daß durch ein schleunigst zu erlassendes Reichs-Vergesetz die Mißstände, betreffend die Arbeitszeit, Lohnzahlung, Strafen und die Gefährdung von Leben und Gesundheit der Bergleute beseitigt werden. Ferner fordert die Versammlung, daß der Kohlenbergbau den Spekulationen der Kapitalisten und der fiskalischen Ausnutzung der Einzelstaaten entzogen und im Interesse des Gemeinwohles durch das Reich betrieben wird.

In den Arminhallen sprach Reichstags-Abgeordneter Goldstein im überfüllten dort circa 700 Personen besuchten Saal. Die Absperrung erfolgte um 8 1/2 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Anwesenden zu Ehren der im Kampfe gegen den Jarrismus Gefallenen von ihren Plätzen. Auf Antrag wurde die Tellerfassung nach Schluß der Versammlung fortgesetzt und deren ganzer Ertrag den streikenden Bergarbeitern überwiesen.

Die Versammlung im Englischen Garten ehrte vor Eintritt in die Verhandlung durch Erheben von den Plätzen die im brutalen Kampfe gefallenen Helden. Sodann nahm der Genosse Scheidemann das Wort zu seinem Vortrag. An der Hand eines reichhaltigen Materials schilderte er, oft von Beifall unterbrochen, die Vorgänge im Ruhrrevier.

Die Versammlung bei Liems in der Hafenside war völlig überfüllt und von mindestens 2000 Genossen und Genossinnen besucht. Genosse Fischer referierte. Auch hier erfolgte, wie in den meisten anderen Versammlungen, eine polizeiliche Absperrung.

Die bei Fühlte tagende überfüllte Versammlung nahm, nachdem Genosse Staliski an der Hand eines reichhaltigen Materials unter reichem Beifall die Situation im Ruhrrevier scharf beleuchtet hatte, die Resolution an. Die Diskussionen sprachen sich im Sinne des Referenten aus. Ein Antrag, die Tellerfassung für die Bergleute am Schluß fortzusetzen, wurde angenommen. Mit einem Gode an die Bergarbeiter-Organisation wurde die Versammlung geschlossen. Die Zahl der Besucher betrug etwa 800 Personen.

In der Versammlung des dritten Wahlkreises, welche in Frankes Festsälen tagte, referierte Genosse Sassenbach, welcher in treffenden Ausführungen die Lage der Bergarbeiter ergreifend schilderte. Sein Referat wurde oft durch Zustimmungen unterbrochen. Nach einer kurzen Diskussion, in welcher die Versammelten zur Organisation aufgefordert wurden, wurde beschlossen, noch einmal eine Tellerfassung vorzunehmen und den Gesamtertrag den Bergarbeitern zu überweisen.

Der verhältnismäßig nicht sehr große Saal bei Voigt in der Mitterstraße war bis auf den letzten Nagel gefüllt, 600 Personen waren anwesend. Der Referent Stadts. Hirsch-Charlottenburg referierte unter dem lebhaftesten Beifall der Anwesenden. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Tellerfassung zugunsten der Streikenden wurde am Schluß der Versammlung fortgesetzt. In der Diskussion sprach u. a. der ehemalige Bergmann Winder von Zeche Altstadt b. Oberhausen, der in ergreifender Weise die Mißstände in den Gruben des Ruhrreviers kennzeichnete.

Die von 1500 Personen besuchte Versammlung in der Draehenburg wurde um 8 Uhr wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Anwesenden zu Ehren der als Opfer des Jarrismus hingemordeten Arbeiter. Das Referat des Genossen Jubel wurde häufig von Beifall unterbrochen. Vorher der Resolution zugunsten der Bergarbeiter wurde noch die nachfolgend wiedergegebene einstimmig angenommen:
Die heute in der Draehenburg tagende Volksversammlung drückt ihren Abscheu über die Massenmorde der jarristischen Henker und Henkerinnehme. Gleichzeitig gibt die Versammlung dem russischen Proletariat ihre Sympathie zu erkennen in seinem schweren Kampfe für Freiheit und Recht und spricht die Erwartung aus, daß es dem russischen Proletariat gelingen möge, den Jarrismus und die Despotie zu bewältigen und damit menschenwürdige Zustände in Rußland zur Durchführung zu bringen.

Die Versammlung im Gewerkschaftshaus war um 8 Uhr überfüllt. Nachdem die Tische hinausbesördert waren, wurde noch für einen größeren Teil der Versammlungsbesucher Zutritt geschaffen. Nichtsdestoweniger wurde die Versammlung kurz vor 8 1/2 Uhr polizeilich abgesperrt. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet hatte, gedachte er der Opfer, die in Petersburg auf Befehl des Jaren gefallen sind. Die Versammelten erhoben sich zu Ehren der abgeschlachteten Freiheitskämpfer. Die Resolution wurde nach dem Referat W i e s e n t h a l s einstimmig angenommen.

Dichtgedrängt, Kopf an Kopf saßen im abgesperrten Saale des „Elysium“ circa 1000 Männer und Frauen, um den Worten des als Referenten erschienenen Genossen Hugo Heimann zu lauschen. Redner erklärt vom Schluß seiner Ausführungen, nicht umhin zu können, auch den jetzigen Vorgängen in Rußland einige Worte zu widmen. Er schildert sodann die bis jetzt bekannten Tatsachen, und die Versammlung ehrt hierauf die Opfer des Jarrismus in der üblichen Weise. Langanhaltender, tosender Beifall lohnte den Referenten. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Tellerfassung wurde am Schluß der Versammlung fortgesetzt.

Die Versammlung in den Andreasälen war von über 1200 Männern und Frauen besucht und wurde um etwa 8 1/2 Uhr wegen Ueberfüllung abgesperrt, obgleich Tische und Stühle aus dem Saale entfernt waren. Die Galerie durfte leider infolge eines polizeilichen Verbotes nicht besetzt werden. Referent war in dieser Versammlung Genosse W e r m u t h, der, mehrfach schon von Beifall unterbrochen, auch am Schluß seiner Ausführungen mit minutenlangem tosendem Beifall belohnt wurde. Die Tellerfassung zugunsten der Ausgesperrten wurde am Schluß der Versammlung wiederholt.

In der vom fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis nach den Russler-Sälen, Kaiser Wilhelmstraße, einberufenen und von etwa 1500 Personen besuchten Versammlung geistelte Genosse Singer zunächst die neuen unerhörten Greuelthaten des Jarrismus. Die in Petersburg an den Tag gelegte Tapferkeit habe zu einem vorläufigen Siege über Arbeiter geführt, die nur eine Bittschrift überreichen wollten und Tausenden von ihnen den Tod gebracht. Das dort geflossene Blut sei ein revolutionärer Samen, aus dem eine erfruchtete Saat, die Beseitigung des mordlustigen Jarrismus, ersprosseln könne. Zu Ehren der gefallenen und noch im Kampfe stehenden Freiheitskämpfer erhob sich die Versammlung von den Plätzen. Der Referent entwarf hierauf unter großem Beifall ein Bild von der kapitalistischen Mäuererei der Grubenbarone und Bergwerkskönige an ihren Arbeitern, welche zum Streik und seinem latwinartigen Umstürzen führte. Nach einer Schilderung des Referenten von der turmhohen Dividende und der Notwendigkeit, den Gewinn aus den schwarzen Diamantfeldern in die Hände der Gesamtheit überzuleiten, fanden beide Resolutionen gegen 11 Uhr unter stürmischem Beifall einstimmige Annahme.

Im Saale der Brauerei Friedrichshain waren 3000 Personen anwesend. Schon um 8 Uhr erfolgte die polizeiliche Absperrung, die zur Folge hatte, daß Hunderte von Erschienenen keinen Einlaß mehr fanden und wieder umkehren mußten. Das Referat hatte Genosse V e b e l übernommen, der vielfach von tosendem Beifall unterbrochen wurde. In der Diskussion sprach auch der Anarchist W e i d n e r, der von Vebel leicht abgefertigt wurde. Die Tellerfassung wurde nach Schluß der Versammlung fortgesetzt.

Der große Saal des Berliner Praters war von einer 1500 Personen zählenden Volksmasse überfüllt und bereits um 7 1/2 Uhr seitens der Polizei abgesperrt, so daß Hunderte von Parteigenossen keinen Einlaß fanden. Hier referierte Genosse L e d e b o u r, welcher der Kopf an Kopf gedrängten Masse die Vorgänge im Ruhrgebiet, ebenso die Verhandlungen im Reichstage in seinen empörenden Einzelheiten schilderte. Die Versammelten bewachten während des Referats eine musterartige Ruhe. Als der Referent jedoch zum Schluß die russische Revolution freisetzte und die letzten Nachrichten darüber verlas, wurde er bei einzelnen Ausführungen durch stürmisch anhaltenden Beifall und Hurrahs minutenlang unterbrochen. Die von ihm zum Schluß verlesene Resolution wurde mit großem Beifall einstimmig angenommen.

Die Versammlung bei Weimann auf dem Gesundbrunnen war von 2500 Personen besucht. Sämtliche Tische und Stühle waren, um Raum zu schaffen, aus dem Lokal entfernt. Genosse W u r m referierte in wirkungsvoller Weise.

Die im Lokale von Densel, Invalidenstr. 10, abgehaltene Versammlung war überfüllt, obgleich alle Tische aus dem Saale entfernt waren, und die polizeiliche Absperrung bereits um 8 Uhr erfolgt war. Hunderte fanden keinen Einlaß. Genosse B r u n s referierte. Die vorgelegte Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Versammlung im Ködliner Hof war überfüllt. Kopf an Kopf gedrängt lauchten die Genossen und Genossinnen den martialischen Worten des Genossen D i e h. Auch die russischen Verhältnisse, welche die Empörung hervorriefen, schilderte der Referent. Mit einem warmen Appell, die Arbeiter in diesem gewaltigen Kampfe zu unterstützen, schloß er seine Ausführungen. Hierauf wurde die Resolution mit einem Jubel angenommen, der auch den russischen Kämpfern die Sympathie der Anwesenden ausdrückte.

Im Kolberger Salon referierte im überfüllten Saale vor 1000 Personen der Genosse Ritter. Die Resolution wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

In der Papenhof-Brauerei zu Moabit waren nicht weniger als 1600 Zeitschmer anwesend, die in atemloser Spannung den Ausführungen des Genossen G w a l d lauschten.

Der ziemlich große Saal im Moabiter Gesellschaftshaus war um 8 1/2 Uhr überfüllt, so daß viele umkehren mußten. 1500 Personen waren dicht gedrängt im Saale anwesend. Genosse B r a u n e r hielt das Referat, durch Beifall unterbrochen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Beim Verlassen des Saales wurde die Tellerfassung fortgesetzt.

Niederf. Im dichtgedrängten Saale des Karolgartens referierte Genosse K o l l e n b u h r. Redner bestritt die Uebernahme der Gruben durch das Reich. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Ferner fand eine Sympathie-Resolution für die russischen Revolutionäre stürmischen Beifall.

Der Saal bei Thiel, Bergstraße 151/52, war überfüllt; die Tische wurden entfernt. Der Referent, Genosse L i p i n s k i, geistelte eingangs seiner Rede unter lebhaftem Hurrahs das Genetel des Jarrismus und zog dann eine Parallele zwischen dem dortigen Zustand und dem Streik im Ruhrrevier. Lehteren behandelte er in zweistündiger Rede eingehend und ging scharf mit der Regierung ins Gericht, die nur ein Interesse an dem Wohlergehen der Unternehmer habe, aber für das Leid der Bergarbeiter blind sei. (Lebh. Beifall.) Die Resolution fand einstimmige Annahme. Das Ergebnis der Tellerfassung wurde den Streikenden überwießen.

In Schönberg tagte die Versammlung im Obfischen Lokale. Der Saal war überfüllt; 1500 Personen waren anwesend. In anderthalbstündigen, feindsinnigen Ausführungen legte der Referent, Reichstags-Abgeordneter F ö r s t e r, die Ursachen und die augenblickliche Lage des Streiks dar. Einer ausführlichen Kritik unterzog er noch die Haltung der Regierung und der bürgerlichen Parteien bei Beratung der Interpellation im Reichstage und forderte zum Schluß zur energischen Unterstützung der Streikenden auf. — In der Diskussion nahm noch ein Arbeiter das Wort, der zur Zeit des 80er Streiks als Bergarbeiter im Ruhrrevier gewesen ist. — Des weiteren wurde noch auf eine zugunsten der streikenden Bergarbeiter veranstaltete Matinee am Sonntag, den 29. d. M., im Obfischen Saale aufmerksam gemacht. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Charlottenburg. Der große Saal des Volkshauses war bereits um 8 Uhr so stark gefüllt, daß die Tische entfernt werden mußten. Der hierdurch geschaffene Platz wurde aber bald wieder gefüllt, und als um 9 Uhr die Versammlung eröffnet wurde, befanden sich im Saale etwa 1000 Personen, denen noch immer neue Scharen folgten. Das Referat hielt Reichstagsabgeordneter Genosse W e i l b u r g. Mehrfach wurden die Ausführungen des Referenten durch spontane Ausdrücke der Empörung der Versammelten über die niedertrachtige Behandlung und schamlose Ausbeutung der Bergleute unterbrochen.

Sieg in Calbe-Mscherleben.

Aus Mscherleben wird uns depeschirt:
Bei der heutigen Stichwahl im Kreise Calbe-Mscherleben erhielt unser Genosse Albrecht 22187 Stimmen, sein nationalliberaler Gegenkandidat Blade 19816. Albrecht ist somit gewählt. Das Resultat von drei kleinen

Orten fehlt noch, doch kann dieses an dem Endergebnis nichts mehr ändern. Der Sieg ist umso höher zu veranschlagen, da er nicht auf eine Zerplitterung der gegnerischen Kräfte zurückzuführen ist. Die Hülfe, die dem Nationalliberalen von dem Bund der Handwerker und Landwirte ursprünglich verweigert wurde, ist ihm schließlich doch in ausgiebiger Weise gewährt worden. Die rund 8000 Stimmen, die Albrecht im ersten Wahlgange aufgebracht hat, sind jetzt Blade restlos zugefallen. Andererseits haben wir noch rund 3000 Mann Reserven aufgebracht.

Am 16. Juni 1903 war der verstorbene Genosse Albert Schmidt gleich im ersten Wahlgange mit 20261 Stimmen gewählt worden.

Nach einer Wolffschen Depesche waren um 10 Uhr abends 17796 Stimmen für Albrecht, 16645 für Blade gezählt worden.

Eine spätere Wolffsche Meldung besagt: Bei der Reichstagsstichwahl im Wahlkreise Calbe-Mscherleben erhielten Albrecht (Soz.) 21719 und Blade (Nat.) 19433 Stimmen. Albrecht ist somit gewählt.

Der Generalstreik im Ruhrrevier.

E-Dortmund, 24. Januar, 10 Uhr abends. Privat-Telegramm des „Vorwärts.“ Auf der nicht zum Syndikat gehörigen Zeche „Freier Vogel“ haben sich die Verhandlungen erschlagen, wie bereits berichtet wurde. Dasselbe scheint einzutreten bei Zeche „Unverhofft“. Die Verwaltung hatte Zugeständnisse gemacht, doch will sie nicht mit dem Siebener-Ausschuß verhandeln. Die Delegierten dagegen stellen sich auf den Standpunkt, daß sie nur dann anfangen, wenn gemäß dem Beschluß der Essener Delegierten-Konferenz die Abmachungen mit dem Siebener-Ausschuß getroffen werden.

Die „Kölnische Volkszeitung“ berichtet in der Abendausgabe: Der Bergbauverein werde nach wie vor nicht mit den Arbeitern verhandeln, aus Mache gegen die Regierung wegen der Hibernia-Angelegenheit. Man sagt, die Regierung habe in der Hibernia-Angelegenheit die Kohlenbarone schlecht behandelt. Das ist der „Dank vom Hause Oesterreich“ für die garte Behandlung, welche die Regierung bei den parlamentarischen Verhandlungen den Kohlenbaronen angedeihen ließ. (Siehe auch Artikel: Kohlenjarrismus.)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Vorstellung des neuen Ministeriums beim Präsidenten.

Paris, 24. Januar. (W. T. B.) Als Rouvier heute abend dem Präsidenten Loubet die neuen Minister vorstellte, gab er dem Präsidenten die Versicherung, daß die Mitglieder des Kabinetts von höchster Achtung gegenüber der Person des Präsidenten befecht seien und daß sie sich nur von dem Gedanken der Eintracht, der Einigkeit und der Verehrung, die dem Präsidenten der Republik stets als Leitstern gebieten hätten, leiten lassen würden. — Präsident Loubet unterzeichnete dann die Ernennungsdekrete für die neuen Minister.

Das Programm der französischen Regierung.

Paris, 24. Januar. Die Minister trafen heute nachmittags zu einer Besprechung der Erklärung zusammen, die am Freitag im Parlament verlesen wird, und begaben sich sodann nach dem Elysee, wo sie vom Präsidenten Loubet empfangen wurden.

Paris, 24. Januar. (W. T. B.) Die neuen Minister werden am Donnerstag einen Kabinettsrat und am Freitag im Elysee einen Ministererrat abhalten. — Die sozialistisch-radikale Linke hat heute eine Tagesordnung angenommen, in welcher sie erklärt, sie werde keinen republikanischen Beamten der Reaktion opfern und sie sei entschlossen, zunächst die Trennung von Staat und Kirche durchzusetzen.

Paris, 24. Januar. (W. T. B.) Das Parlament ist auf Freitag einberufen worden.

Der Blutherr von Petersburg.

Petersburg, 24. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der frühere Polizeimeister von Moskau, General Trepow, wird zum Generalgouverneur von Petersburg ernannt und der Stadthauptmannsposten von Petersburg wird aufgehoben werden. Trepow gehört zu den verhassten und grausamsten Würdigen des Jarrismus.

Die Marinewedst nicht durch Soldaten angezündet.

Sewastopol, 24. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die auswärts verbreiteten Gerüchte, der Brand des Marinewedsts sei durch meuternde Soldaten verursacht worden, sind vollständig unbegründet. (?) Der Hafenkommandant erklärt, über die Ursache der Feuerbrunst sei, wie bereits gemeldet, nichts bekannt.

Koschdjestwensky, der Seher.

Majunga, 24. Januar. (W. T. B.) Admiral Koschdjestwensky erklärte in einer Unterredung, er wisse sehr wohl, daß sich japanische Schiffe in der Nachbarschaft aufhalten, und er habe selbst bei der Fahrt an der Ostküste von Madagaskar vier Schiffe bemerkt, die vermutlich japanische waren. Er glaube aber nicht, daß Togo den Fehler begehen würde, ihn soweit von seiner Operationsbasis entfernt anzugreifen. Koschdjestwensky sagte ferner, er erwarte binnen kurzer Zeit die Division Petrowoosty.

Die aus 45 Schiffen bestehende russische Flotte ist vor Koffide verankert. Sie wird von zahlreichen Kohlen Schiffen begleitet. Fünf russische Matrosen sind an Sonnenstich gestorben; seit vier Tagen sind aber starke Regenfälle eingetreten. Der familiäre Zustand der Flotte ist ausgezeichnet.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 24. Januar. (W. T. B.) Nach einem Bericht aus dem japanischen Hauptquartier bei Hienching haben die Japaner am Montag russische Kavallerie in Stärke von ungefähr einer Eskadron nordwestlich von Weizsoku aus ihrer Stellung vertrieben und diese besetzt, wobei sie einige Pferde und Waffen erbeuteten. Eine andere japanische Abteilung schlug die Russen bei Wangcheng. Die Russen hatten einen Verlust von über 20 Toten und Verwundeten. Die Japaner nahmen ferner fünf Mann gefangen und erbeuteten Pferde und Waffen.

Splone.

Jokohama, 24. Januar. (W. T. B.) Ein englischer Unterleutnant von portugiesischer Abstammung, namens Collins, der in Japan wohnt, wurde zu elf Jahren Zwangsarbeit wegen Verrats militärischer Geheimnisse an Rußland verurteilt.

Rowno, 24. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Arbeiter der Fabrik Tisman haben heute früh die Arbeit eingestellt. Unter dem Druck der Arbeiter der Fabrik Tisman haben nach und nach auch die Arbeiter aller anderen Fabriken die Arbeit eingestellt. Heute abend waren alle Läden geschlossen. Aufständlungen sind von seiten der Arbeiter nicht vorgekommen.

Reichstag.

126. Sitzung vom Dienstag, den 24. Januar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Graf Posadowski. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Büsing (nass.), in welcher an den Reichskanzler die Frage gerichtet wird, ob er nicht auf dem Wege bundesfreundlicher Verhandlungen mit den großherzoglich medienburgischen Regierungen dafür sorgen könne, daß diese der vom Bundesrat im Jahre 1875 ausgeprochenen Erwartung auf Aenderung der medienburgischen Verfassung nachkommen.

Auf Anfrage des Präsidenten erklärt Staatssekretär Graf Posadowski, die Interpellation sofort beantworten zu wollen.

Darauf erhält zur Begründung der Interpellation das Wort der Abg. Büsing (nass.): Ich muß Ihnen in kurzen Zügen ein Bild der medienburgischen Zustände entwerfen. Nicht um meine eigene Heimat, an der ich mit Liebe hänge, herabzusehen, sondern um die unglücklichen Staatszustände und deren Folgen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu schildern. Medienburg ist der einzige deutsche Bundesstaat ohne Verfassung, denn was man in Medienburg Verfassung nennt, ist nur eine allfällige Oligarchie.

Es bestehen nur alte, privatrechtliche Verträge, welche von den Privilegien der Stände handeln und nur diesen und nicht der Bevölkerung politische Rechte erteilen. Im Jahre 1848 verdrängten unter dem Druck der Ereignisse die Stände auf ihre Privilegien und im Jahre 1849 kam ein Staats-Grundgesetz zustande aus Grund dessen eine Abgeordnetenkammer gewählt wurde. Aber inzwischen hatte die Reaktion in Deutschland eingesetzt und das Staats-Grundgesetz wurde aufgehoben. Neue Verhandlungen wurden in den 70er Jahren geführt, aber es kam zu keiner Einigung. Als das Deutsche Reich gegründet wurde, versuchten die medienburgischen Reichstags-Abgeordneten von Reich wegen eine Aenderung herbeizuführen. Es wurde von ihnen ein Antrag zur Reichsverfassung beantragt, welcher für jeden Bundesstaat eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Volksvertretung vorschreibt. In den Jahren 1871, 73 und 74 wurde dieser Antrag im Reichstage mit großer Mehrheit angenommen. Von unserer Seite stimmten u. a. dafür: Bismarck und Miquel, ebenso hervorragende Mitglieder der Reichspartei und des Zentrums. Die Mehrheit des Zentrums und der Konservativen hatte Bedenken, aber auch diese machten kein Hehl daraus, daß die Reform der medienburgischen Verfassung eine unabwendbare Notwendigkeit sei; zum Beispiel Heßdorf sprach sich in diesem Sinne aus. Er erklärte die Verhältnisse des bestehenden Regimes voll und unumwunden an. (Hört! hört! links.) Ein anderer konservativer Führer Herr v. Maltzan führte aus, daß es niemanden gebe, der die medienburgische Verfassung nicht für überlebt halte. Der Bundesrat lehnte gegen wenige Stimmen den hier angenommenen Antrag ab, beschloß aber in einer Sitzung vom Oktober 1875 die Erwartung auszusprechen, daß eine Reform der medienburgischen Verfassung bald stattfinden werde. Der Reichstag hat dann noch wiederholt den sogenannten medienburgischen Verfassungsentwurf angenommen, aber noch heute besteht die allfällige Verfassung Medienburgs unverändert fort.

Wie ist nun die Grundlage dieser Verfassung? Zunächst haben die beiden völlig unabhängigen und souveränen Großherzogtümer eine gemeinsame Landesvertretung. Die Grundlage der Vertretung im Landtage sind die Ritterchaften und Landschaften. Unter Landschaften versteht man die Vertretung der 49 medienburgischen Städte, deren Bürgermeister meist vom Großherzog ernannt werden. Dann sollen sie gegenüber dem Monarchen die Rechte des Landes wahrnehmen. Die Ritterchaft stellt die Vertretung der etwa 1200 Rittergüter dar. Bäuerliches Eigentum kennt die medienburgische Verfassung überhaupt nicht. (Hört! hört! links.) Nicht der medienburger Bauer, wohl aber der Fremde, der nach Medienburg kommt und sich ein Rittergut kauft, hat Vertretung in der medienburgischen Landesvertretung. Wie ist nun die Kompetenz dieser „Volksvertretung“? Zunächst wird die Hälfte des Landes vom Domanium umschloß, dem großherzoglichen Eigentum, in dem der Großherzog die alten Lehnsherrnrechte ausübt und völlig absolut ist. Was die übrigen Landesteile anbetrifft, so hat der Landtag nur mitzuzustimmen, wenn es sich um die Rechte und Privilegien der Stände handelt. In allen übrigen, den sogenannten gleichgültigen Fragen (Heiterkeit!), hat er nur ein Gutachten zu erstatten. Im Landtag gibt es nun keine Beschlußfähigkeit, keine Tagesordnung (Heiterkeit!). — jeder Gegenstand kann zu jeder Zeit, in jeder Sitzung zur Verhandlung und Abstimmung kommen (Erneute Heiterkeit!) — keine Geschäftsordnung, keine Nebenliste — jeder spricht, wenn es ihm paßt und häufig sehr viele zu gleicher Zeit. (Große Heiterkeit!) Das merkwürdigste ist, daß über eine abgelehnte Vorlage immer wieder abgestimmt werden kann. Lehnt der Landtag eine Forderung ab, so darf der Landesherz erklären, er könne die Ablehnung nicht annehmen. (Heiterkeit links.) Dann wird immer wieder darüber abgestimmt, bis sie einmal bewilligt wird. (Heiterkeit.)

Die Finanzen sind ganz unregelmäßig. Ursprünglich mußte der Landesherz aus dem Domonialbesitz die Kosten des Haushalts und der gesamten Regierung bestreiten. Der Landesgrundgesetzvertrag führt eine Aenderung herbei. Es liegen ferner unglückliche Einzelverträge über ständische Zuschüsse vor. Es gibt keinen Staatshaushalt, keine Rechnungsablegung. (Heiterkeit links.) Im Jahre 1878 erklärte der medienburgische Bevollmächtigte zum Bundesrat, Herr v. Bülow, der Vater unseres Reichskanzlers, die medienburgischen Finanzen wären schwer verhältnißlich und er gäbe vollkommen zu, daß die Verhältnisse nicht mehr so weiter gingen. (Hört! hört! links.) Das war 1873; jetzt schreiben wir 1906!

Ferner haben wir ein überaus rückständiges Vereins- und Versammlungsgesetz. Die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung bedarf der vorherigen Genehmigung des großherzoglichen Ministeriums (Heiterkeit und hört! hört!). Die Beschwerden des Volkes finden nirgends Gehör, am wenigsten im Landtage. Dieser hat Petitionen um Gewährung einer Verfassung einfach abgelehnt. — Zur Aenderung dieser Zustände gibt es zwei Wege: Einmal Verhandlungen im Lande selbst mit der Regierung. Der zweite Weg ist die Hilfe des Reiches. Das Reich hat zweifellos ein großes Interesse daran, daß wenigstens eine annähernd grundsätzliche Gleichmäßigkeit in den Verfassungen der Bundesstaaten vorhanden ist. (Sehr richtig! links.) Unseren Antrag auf Einführung einer Verfassungsrevision in Medienburg hat der Reichstag bisher aus Kompetenzbedenken abgelehnt, daher haben wir heute unseren Antrag gestellt, gegen den Kompetenzbedenken wohl von keiner Seite erhoben werden können. Wir hoffen, daß der Reichstag sich bereit erklärt, diesen Weg einzuschlagen. Vor vier Jahren brachte das Zentrum seinen Antrag betreffend freie Religionsübung ein und brachte dabei durchaus berechtigte Beschwerden über die Lage der katholischen Kirche in Medienburg vor. Diesen Beschwerden ist seitdem abgeholfen worden — durch die Vermittelung des Herrn Reichskanzlers. (Hört! hört! links.) Deshalb erbiete ich heute vom Reichskanzler eine Intervention, nicht im Interesse einer Konfession, sondern der ganzen medienburgischen Bevölkerung. (Sehr gut! links.)

Es ist absolut notwendig, daß wir einen Schritt vorwärts tun. Vor 34 Jahren bin ich in den deutschen Reichstag eingetreten als junger Mann, in der frohen Zuversicht, daß das neue Deutsche Reich auch Licht und Luft in meine Heimat einlassen und mit dem Schutt vergangener Jahrhunderte aufräumen würde. Ich habe mich bitter getäuscht. Ein Jahrzehnt nach dem andern ist dahingegangen, ich bin alt und grau geworden, und noch immer hat sich in medienburgischen Staats-

rechte nichts geändert. Noch immer hat die medienburgische Bevölkerung keinerlei politische Rechte. Daß ich es noch erleben möchte, daß mein Heimatland aus den unglücklichen staatsrechtlichen Zuständen zu solchen gelange, die den der übrigen Staaten und den Anforderungen der heutigen Zeit entsprechen, wer wollte mir den Wunsch verheißeln! So lange meine Kräfte ausreichen, werde ich dafür eintreten, daß dem medienburgischen Volke eine zeitgemäße Verfassung gewährt werde. (Lebhafter Beifall links. Händeklatschen auf der Tribüne.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte nicht zu klatschen, das ist im Reichstage nicht üblich. (Beifall und Händeklatschen auf den Tribünen.)

Präsident Graf Ballestrem (sehr erregt): Wenn die Galerie noch einmal klatscht, dann werde ich sie räumen lassen. (Große Heiterkeit im Hause.)

Zur Beantwortung der Interpellation erhält das Wort Graf Posadowski: Auch wenn man den Wünschen der Interpellanten völlig sympathisch gegenübersteht, so ist man doch, wenn man in verantwortlicher Stellung ist, verpflichtet, solche Fragen kühl und an der Hand der Grundlagen zu prüfen, der wir alle unsere Existenz und politische Wirksamkeit verdanken, an der Hand der deutschen Reichsverfassung. In dem Präzedenzfall über die Vermittelung des Herrn Reichskanzlers in konfessionellen Fragen konnte er sich meines Erachtens auf Grund des Artikels 3, welcher von den staatsbürgerlichen Rechten deutscher Staatsbürger handelt, rechtfertigen. Wesentlich anders steht es mit der heutigen Interpellation. Die deutsche Reichsverfassung hat auf Grund des Artikels 72 Absatz 2 ein Recht zur Einmischung des Bundesrats nur dann, wenn im Einzelstaat ein Verfassungskonflikt vorliegt. Eine solche Meinungsverschiedenheit besteht zwischen dem Landesherz und der Landschaft nicht, es liegt uns kein Antrag vor, einen solchen Konflikt durch Beschluß des Bundesrats zu schlichten. Das ist meines Erachtens die unerschütterliche staatsrechtliche Grundlage, und ich halte es für sehr gefährlich, wenn der Bundesrat in die verfassungsmäßigen Verhältnisse der Einzelstaaten eingreifen würde, so lange diese ihre Verpflichtungen gegenüber dem Reiche erfüllen. Nur wenn das nicht der Fall wäre, müßte allerdings der Bundesrat eingreifen.

Nun abgesehen von dieser staatsrechtlichen Grundlage zur Sachfrage. Der Norddeutsche Bund wurde als Bund der deutschen Fürsten und Freien Städte begründet. Dadurch aber — und das stelle ich irrthümlichen staatsrechtlichen Ausführungen der letzten Zeit gegenüber ausdrücklich fest — daß die Volksvertretungen in der Verfassung des Norddeutschen Bundes ausdrücklich genehmigt haben, ist es gleichzeitig ein Bund der deutschen Staaten und Städte geworden. (Hört! hört! links.) Das Deutsche Reich ist demnach nur eine Fortsetzung des Deutschen Bundes, indem durch Sonderverträge, die vom Reichstage genehmigt wurden, die süddeutschen Staaten dem Bunde beitraten. Durch die Befestigung des Deutschen Reiches, an der der Bundesrat und die gewählten Vertreter des Deutschen Reiches teilnehmen, ist die Selbstständigkeit der einzelnen Bundesstaaten auf den allerwichtigsten politischen und wirtschaftlichen Gebieten wesentlich eingeschränkt worden. Allerdings entspricht das dem Willen der Verfassung, da in den Einzelstaaten die Ausführungsorgane zu den Reichsgesetzen beschlossen werden, wenn auch in den Einzelstaaten die gewählten Vertreter des Volkes an den Ausführungsgesetzen zu den Reichsgesetzen beteiligt werden. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Aus dieser Auffassung ist seinerzeit der vom Interpellanten angeführte Beschluß des Bundesrates hervorgegangen. Ebenso der Entwurf einer Medienburger Verfassungsänderung, der wieder vom Reichstage beschlossen wurde. Auf dieser Auffassung beruht die Erklärung des Medienburger Bundesratsbevollmächtigten im Bundesrat und diese Auffassung ist von der autoritativen Stelle in Medienburg, von dem hochberechtigten verstorbenen Großherzog vertreten worden.

Er sagte in einem Landtags-Abschied: „Auf Grund der Verhandlungen des Landtages hat sich die Ueberzeugung herausgebildet, daß auf eine Vereinbarung über die Verfassungsänderung nur zu rechnen ist, wenn eine einheitliche Vertretung des Volkes unter Beseitigung des Patrimonial-Charakters der bestehenden Verfassung hergestellt wird. In diesem Sinne wird die Verfassungsänderung in einer demnächst stattfindenden Landtagssitzung aufgenommen werden.“

Ich habe Nachrichten darüber, daß vertrauliche Verhandlungen über die Verfassungsreform in Medienburg bis in die jüngste Zeit bestanden, und ich halte es nach den Erklärungen, die wiederholt von autoritativer Stelle aus gegeben worden sind, für ausgeschlossen, daß die medienburgische Regierung es aufgegeben haben sollte, eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Verfassung herzustellen. (Hört! hört! links.) Konservativ heißt nicht, absolut negativ den Forderungen einer fortschreitenden Zeit gegenüberstehen (Lebhaftes Sehr richtig! rechts. Große Heiterkeit links); sondern Konservativismus heißt, neue Formen zu finden, die das Notwendige und Erhaltenswerte auch wirklich der Zukunft erhalten. (Lachen links.) Diese Auffassung ist unzweifelhaft auch die Auffassung der medienburgischen Regierung. Die Einwirkung des Reichskanzlers auf sie wäre also überflüssig, denn an dem ersten Willen der medienburgischen Regierung kann kein Zweifel sein. (Stürmische Heiterkeit links.)

Medienburger Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat v. Derhen: Im Auftrage der medienburgischen Regierung habe ich folgendes zu erklären: Die großherzogliche Regierung hält an der wiederholt im Reichstage vertretenen Auffassung fest, daß die Einmischung des Reiches in Verfassungsangelegenheiten eines Bundesstaates, abgesehen von dem Ausnahmefall des Artikels 70 der Verfassung, verfassungswidrig und deshalb zurückzuweisen ist. Wenn die großherzogliche Regierung seinerzeit sich bereit erklärt hat zu Verhandlungen mit dem Landtag über eine Aenderung der Verfassung, so hat sie die hiermit übernommene Verpflichtung dadurch erfüllt, daß sie wiederholt ernstlich bemüht gewesen ist, mit den medienburgischen Ständen eine Aenderung der bestehenden Landesverfassung zu vereinbaren. Die großherzogliche Regierung hält sich die Entschliegung darüber vor, wenn der Zeitpunkt der Wiederaufnahme dieser Verhandlungen gekommen ist. (Große Heiterkeit links.) Ich kann nicht sagen, wenn der Zeitpunkt zur Wiederaufnahme der Verhandlungen gekommen sein wird. (Lachen links.) Ich kann Ihnen nur dringend raten, sich nicht in medienburgische Dinge zu mischen. (Schallendes Gelächter fast im ganzen Hause.) Im Jahre 1894 hat der Abg. Wieder an ein Wort Windthorst erinnert, in dem dieser es verbürgt hatte, daß bei Gründung des Norddeutschen Bundes die Absicht bestanden habe, es unmöglich zu machen, daß der Reichstag sich um die Verfassungen der Einzelstaaten kümmere. Ich bitte Sie, das zu respektieren. (Lachen links.) Sie haben genug mit den Aufgaben zu tun, die Ihnen die Reichsverfassung zugewiesen hat. (Stürmische Heiterkeit links.)

Auf Antrag des Abg. Sattler (nass.) tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Dr. Gersfeld (Soz.): Verfassungsfragen sind Machfragen. Herr Büsing hat uns ja selbst auseinandergesetzt, welche Fälle von Macht die medienburger Ritterchaft in Händen hat. Sie hat diese Macht nicht irgend welchen Paragraphen oder bundesfreundlichen Einmischungen zu danken, sondern den Klaffenlampfen von Jahrhunderten. Sie müßte wahrlich nicht eine medienburgische Ritterchaft sein, wenn sie sich durch diese nationalliberale Interpellation veranlaßt fühlen sollte, auch nur ein Titelchen ihrer Macht auszugeben. Der Reichstag ist in dieser Sache kompetent. Wenigstens die große Mehrheit von uns steht auf dem Standpunkt, daß er die Kompetenz hat, seine eigene Kompetenz zu erweitern. Im Jahre 1895 hat sich selbst der konservative Abg. Buchta dahin ausgesprochen, daß der

Reichstag die Kompetenz habe, eine Verfassungsänderung zu beantragen und daß diese nur scheitern kann, wenn 14 Stimmen im Bundesrat dagegen sind.

Herr Büsing hat heute nicht einmal gewagt, den früheren Antrag seiner Partei auf Verfassungsänderung zu wiederholen. Die Antwort des medienburgischen Bundesratsbevollmächtigten, der ja nicht das diplomatische Talent des Herrn Staatssekretärs besitzt, war bezeichnend für die Machtverhältnisse. Er sagte einfach: „Kümmern Sie sich nicht um Dinge, die Sie nichts angehen. Das ist die Antwort, nachdem die nationalliberale Partei so weit zurückgegangen ist. Es ist das die richtige Antwort, denke ich. Im Jahre 1873 wagte der medienburgische Vertreter nicht so zu sprechen, damals hatten die liberalen Parteien hier im Reichstage 20 Abgeordnete und die sieben medienburgischen Abgeordneten gehörten zu ihnen und hinter ihnen stand das medienburgische Volk. Damals war der Bundesrats-Bevollmächtigte freundlicher und machte Verfassungen. Sie sehen also: Verfassungsfragen sind Machfragen! Wir müssen also warten, bis wir die Macht haben werden, die medienburgische Ritterchaft zu zwingen. Als ich die Interpellation las, glaube ich auf den ersten Blick nicht, daß das eine nationalliberale Interpellation sein könne. Herr Büsing ist doch ein Politiker. Ich suchte nach konservativen Namen, ich glaubte der Kompromiß hätte sich bereits vollzogen, denn als Herr Büsing in die Stichwahl kam, da erließ ja kein konservativer Gegenkandidat Dabe sofort einen Rufus zu seinen Gunsten. Und Herr Büsing war doch in den Wahlkammern gezogen mit der Parole: Schaffung einer medienburgischen Verfassung!“

Es ist richtig, daß die medienburgische Verfassung durch gütliche Vereinbarung zu Stande gekommen ist, aber doch erst, nachdem in hartem Kampfe die eine Partei unterlegen war. Es war im Jahre 1750. Da hatten die Ritter mit hannoverscher Hilfe den Herzog geächtet und aus dem Lande getrieben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hannover hatte acht Kanonen zur Dedung der Kriegskosten in Beschlag genommen. Das war ein Moment, wo die bundesfreundliche Vermittelung des Kaisers Erfolg haben konnte. Jetzt aber, wo der nationalliberale Medner mit drei Stimmen Mehrheit gegenüber dem konservativen Kandidaten in den Reichstage eingezogen ist, wird die „bundesfreundliche Vermittelung“ der Ritterchaft nicht viel Kopfzerbrechen machen. Als 1848 am 18. März der preussische König geschlagen war, da sagte der Herzog, die Verfassungsreform wäre dringend erforderlich. (Zuruf des Abgeordneten Bebel: Das war vor 57 Jahren.) Da hatten die Ritter Angst. Sie taten es, als sie mühten, und sie werden es wieder tun, wenn sie dazu gezwungen werden. Mit nationalliberaler Politik zwingt man die Ritter nicht dazu, mit nationalliberaler Politik, die mit dem Aulse: niemals Aufgabe der ständischen Verfassung in den Kampf zieht und in der Stichwahl den Konservativen zum Siege verhilft! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Hier konservativ Abgeordnete, darunter Herr Mettich, sind mit nationalliberaler Hilfe in den Reichstage gekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Als nach 1848 der König von Preußen erklärt hatte, die medienburgische Verfassung muß fallen, da waren es wieder „bundesfreundliche Verhandlungen, welche dieses Falles veranlaßten. Der Großherzog verhandelte damals mit den Königen von Preußen, Hannover und Sachsen, deren jeder in seinem Lande die Revolution niedergeworfen hatte, daß ein Schiedsgericht bundesfreundlich prüfen sollte, ob die Verfassung in Medienburg zu Recht bestände. Die Könige von Preußen, Hannover und Sachsen ernannten „überläufige Richter“. Als Medienburg sich dann weigerte, dem Norddeutschen Bund beizutreten, da waren es wieder „bundesfreundliche Verhandlungen“, nämlich die Drohung, in Medienburg einzurücken, welche Medienburg veranlaßten, einen Teil seiner Vorrechte aufzugeben und dem Bunde beizutreten. Solcher Art sind die bundesfreundlichen Verhandlungen, die etwas erreichen. Aber Verhandlungen, wie sie hier gewünscht werden, die werden einfach abgetan, wie der Herr Staatssekretär sagte: „Das Reich ist nicht kompetent“, oder wie der Medienburger Bundesbevollmächtigte sagte: „Kümmern Sie sich doch nicht um Sachen, die Sie nichts angehen“. Als seinerzeit der Liberalismus in der Mainblüte seiner Macht stand, als Bismarck ihn für seine Politik brauchte, da entschloß sich der Großherzog zur Vorlegung eines Verfassungsentwurfs, der wirklich erwähnenswert ist. Die Landesverfassung sollte bestehen bleiben, ein dritter Stand sollte hinzukommen: die Amts-gemeinde. Diese sollte 20 Abgeordnete durch ihre Vorstände wählen, welche großherzogliche Beamte sind (Hört! hört! l. d. Soz.), und diese sollten drei Deputierte zum engeren Ausschuss senden. Dann sollten noch die Stände das Recht verlieren, jeder für sich getrennt abzustimmen, d. h. die sogenannte itio in partes aufzugeben und Bewilligungen für Landeszwecke aus der allgemeinen Steuer-lasse nicht ablehnen zu dürfen. Eine vorzügliche Verfassung für den Großherzog! Das Parlament, das im jahresweiser Klaffenlampfen in Medienburg unterlegen war, kein Steuerrecht, nicht Ehre und Stimme im Landtage hatte erreichen können, wollte bei dieser Gelegenheit, wo für die Bevölkerung etwas geschehen sollte, endlich die Macht in Medienburg verschaffen. Aber so siebenfache Gel sind die Ritterchaften nicht freiwillig auf ihre Macht zu verzichten. (Heiterkeit links.) So kam gar nichts zu Stande. Im Jahre 1875 verhandelte der Reichstag wieder die Verfassungsfrage, da erklärte der Ausschuss des Bundesrates unter Fürst Bismarck: Ich empfinde die ständige Wiederkehr der Frage als lästig und wünsche endlich ihre Erledigung. So kam die „Erwartung“ des Bundesrats zu Stande. Aber die medienburgischen Ritter fürchteten sich nicht, sie hatten ja vom Fürsten Bismarck die Erklärung, daß er nicht beabsichtige, mit Gewalt von Rechts wegen in die medienburgischen Verfassungsstände einzugreifen. Der Großherzog legte einen neuen Verfassungsentwurf vor, nach dem der Großherzog 40, die Städte 20 Vertreter im Landtag haben sollten, für den im ganzen 102 Mitglieder vorgesehen waren. Der Schweriner Landesherz sollte den Präsidenten und 6 Mitglieder, der Strelitzer Landesherz den Vizepräsidenten ernennen. Ein ganz „moderner“ Gedanke, dem Großherzog durch die von ihm ernannten Stadtmagistrate, durch seine 6 Abgeordneten und seinen Präsidenten einen bedeutenden Einfluß zu sichern. Die Bauernschaft, an die wohl Herr Büsing denkt, wäre damit auch nicht zur Macht gekommen. Aber die Ritterchaft wollte aus ihrer Haut auch nicht ein ganz klein wenig Leder schneiden lassen, ihr nahm der Entwurf wieder, der Landschaft gab er zu wenig, so wurde er von beiden abgelehnt. . . .

Inzwischen nahm die Politik eine Wendung. Das Helden-Zeit-alter der Nationalliberalen ging zu Ende, sie wurden an die Wand gedrückt. Heute ist Herr Büsing die letzte Säule des medienburgischen Nationalliberalismus im Reichstage. Die Stimmen der Nationalliberalen in Medienburg sind von 32 000 auf 7000 zurückgegangen. Statt der Nationalliberalen ist heute eine ganz andere Partei herrschend geworden, und für sie bestehen keine Formalbedenken, die hinderten, daß ihren konfessionellen Wünschen genug getan wird, sträubte sich auch ein Teil der Ritterchaft gegen die Gleichberechtigungsforderungen der Katholiken. Aber der klügere Teil gab nach; er fürchtete ionst große Unannehmlichkeiten von der regierenden Partei im Reichstage und im Reiche. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Seit dem Niedergang der Nationalliberalen ist selbst die gemäßigste Bundesräthliche Freundschaft für die geschiedene Art von Verfassungsreform zu Ende. Im vergangenen Jahre ging über die Petition des medienburger liberalen Vereins um Verfassungsreform der medienburger Landtag debattelos zur Tagesordnung über; er habe von der Petition Kenntnis genommen, fühle sich aber nicht verpflichtet, dazu Stellung zu nehmen. Nicht einmal die liberale Landschaft griff in die Debatte ein. — Und heute erwartet man eine große Verfassungsreform von der bundesfreundlichen Entwirkung! Niemand im Hause, niemand in

Medlenburg wird glauben, daß auf diese Weise eine Verfassung zu Stande kommt. Was es heißt, die Verfassung zu erobern, das lehren die augenblicklichen Ereignisse in Petersburg. Der russische Zar, der im Osten auf's Haupt geschlagen worden ist, hat traumselige, wehrlose Bürger, die ihm die Witte nach einer Verfassung vortragen wollten — die bundesfreundliche Witte, möchte ich sagen (Heiterkeit) — der Zar hat diese vertrauensvollen Leute einfach niederstürzen lassen. — Wir Sozialdemokraten wissen mehr, als irgend eine Partei (Lachen rechts) — warten Sie doch ab, lachen Sie später — wie sehr Medlenburg eine Verfassung braucht. Wir wissen es besser als irgend eine andere Partei, weil die breiten Massen des Volkes, die wir vertreten, alles Gend und Unrecht aushalten müssen, das die Folge des bestehenden Zustandes ist. Wir haben auch in dieser Session den Antrag eingebracht, daß in jedem Bundesstaat eine Volksvertretung auf Grund des geheimen gleichen direkten Wahlrechts bestehen müsse. Wir erhalten diese Forderung aufrecht, aber wir wissen, daß wir sie nicht durchsetzen werden durch Unterstützung der Konservativen oder durch die Erklärung vom Bundesratssitz. Wir müssen im zähen Klassenkampf alle medlenburger Wahlkreise erobern, die einst nationalliberal waren, und die 150 und 200 Sitze im Reichstage bekommen, die einst die Nationalliberalen hatten. (Zuruf rechts: Und was dann?) Dann werden wir uns nicht begnügen mit bundesfreundlichen Einwirkungen, dann wird kein Rundschreiben helfen, dann muß gepöbelt sein, dann wird sich in Medlenburg wie im Reich die Kulturfortschritt vollziehen, den die Nationalliberalen schamlos zurückgehalten haben. Ich hoffe, daß auch meine heutigen Ausführungen in diesem Sinne zur Aufweckung und Auffassung des medlenburger Volkes beitragen werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowski: Ich kann eine Bemerkung des Vorredners nicht ganz unbeantwortet vorbeikommen. Er hat erklärt, Verfassungsfragen seien wichtig. Wenn das richtig wäre, kam man mit diesem Grundsatze jeden Verfassungsbruch redigieren und ich bin überrascht, daß solch gefährliche Neuherung aus der Mitte dieses hohen Hauses erfolgt ist. Ich bin bisher immer der Auffassung gewesen, daß Verfassungsfragen Rechtsfragen sind. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.) Nach einem bekannten Sprichwort kann das englische Parlament alles machen, nur nicht aus einer Frau einen Mann. (Heiterkeit.) So kann auch das deutsche Parlament jeden Antrag stellen, aber es muß es stets anerkennen, daß es noch einen anderen Faktor, den Bundesrat, gibt, daß Gesetze nur zustande kommen, wenn ihnen der Bundesrat aus freier Anschließung zustimmt. Es hat seinerzeit der nationalliberalen Partei auch völlig ferngelegen, aus dem Sinne der Reichsverfassung ein Recht des Reichstages oder Bundesrates auf Eingriff in die medlenburgische Verfassung zu bezwecken; sondern sie hat ganz korrekt einen Antrag auf Ergänzung der Verfassung gestellt. Dieser Antrag ist vom anderen Teil der gesetzgebenden Gewalt abgelehnt worden. Sine qua non in konstitutionellen Fragen der Reichsregierung ein Recht zur Einwirkung nach Art. 8 der Verfassung ohne weiteres zu.

Abg. Rettich (l.): Die Neuherungen der Herren aus dem Hause können mich nicht dazu bringen, von meinem Standpunkte abzuweichen, der dahin geht, daß eine Erweiterung der medlenburgischen Verhältnisse nicht am Platze ist. Der Herr Interpellant hat auch nichts Neues darüber sagen können. Ich selbst habe 1895 darüber gesprochen und könnte heute nichts Neues darüber sagen. Ich habe aber zugleich im Namen der Abgeordneten Reichherren von Rasch, von Treuenfels und von Dergen die Erklärung abgegeben, daß die Ansichten der Konservativen Medlenburgs über die Verfassungsreform auseinandergehen, daß sie aber darin einig sind, daß das Reich nicht berechtigt ist, sich in die Verfassungsverhältnisse der Einzelstaaten einzumischen außer auf Grund des Artikels 76 der Reichsverfassung, der hier nicht anwendbar ist. Wir müßten also auch die „bundesfreundliche Einmischung“, falls sie erfolgen sollte, als ungehörig zurückweisen. (Zronischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kopsch (fr. Vg.): Herr Rettich hat 1895 allerdings über die medlenburgischen Verhältnisse gesprochen, aber er hat das in einer Weise getan, daß er auf Grund geschichtlicher Kenntnisse belehrt werden mußte. 36 Jahre lang haben wir uns aberdings schon mit diesen Dingen beschäftigt. Die Zeit der Erwerblichkeit, der Bevormundung und des beschränkten Untertanenverhältnisses sollte doch eigentlich vorbei sein. Aber wir haben ja durch den Abg. Wising ausführlich erfahren, daß die politischen Rechte in Medlenburg nur das Attribut der Parteien von Grundbesitzern sind. In 36 Jahren hat sich in Medlenburg nichts geändert, nur die Tonart seines Vertreters ist anders geworden. Heute wird selbst der bundesfreundliche Rat scharf abgelehnt. Nicht der Reichstag, sondern die medlenburgische Ritterschaft hätte ermahnt werden müssen. Die 700 medlenburger Ritter sollten sich doch nicht einbilden, daß sie das Volk sind. Die Stimmung im Lande ist ganz anders. In einem Artikel in den „Medlenburger Nachrichten“ vom vorigen Sonnabend wird auf die Herren Hofm und Spott geworfen, weil sie nicht, wie in früherer Zeit, einen Antrag auf Verfassungsänderung, sondern nur die heutige milde Interpellation gestellt hätten. Ich zweifle nicht daran, daß wenn jener Antrag wiederholt würde, er auch heute die Mehrheit im Hause finden würde. Selbst Herr v. Kardorff hat seinerzeit erklärt, daß die Zustände, wie sie gegenwärtig in Medlenburg existieren, nicht länger aufrecht erhalten werden könnten. Es sei nur ein leeres Spiel mit Worten, wenn man sie eine Verfassung nennt. Lieber wäre es mir gewesen, wenn ein Antrag gestellt wäre, in dem die Richtlinien für die Verfassung festgelegt werden könnten. Wir fordern eine Landesvertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten und direkten Wahlrechts. 1895 erklärte Herr v. Dergen mit Hofm, der Parlamentarismus sei ja doch im Niedergang begriffen, die Zeiten seien vorüber, in denen das Wohl in formalen, konstitutionellen Einrichtungen erblickt werde. (Hört! hört! links.) Ich meine die Zustände im östlichen Nachbarreiche sind nicht dazu geeignet, eine Sehnsucht nach dem Absolutismus hervorzuufen. — Es wird uns gesagt: Medlenburg ist zufrieden. Stimmt denn das? Nach dem Wahlergebnis von 1903 stehen zwei Drittel der in Medlenburg abgegebenen Stimmen hinter den Parteien, die für den Antrag Wising sind. — Wir sagen — und das wird hoffentlich am nächsten Freitag wieder geschehen — mit Stolz: ein Volk, ein Herz, ein Vaterland, aber diese patriotischen Worte, die uns alle aus dem Herzen kommen, seien voraus, daß veraltete politische Vorrechte beseitigt werden. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Reich nicht kompetent ist, in die medlenburgischen Verfassungsangelegenheiten einzugreifen, wir teilen aber den Wunsch, daß auch dieses Land bald zu einer Verfassung komme. (Lachen links.) Herr v. Dergen hat uns hier eine Belehrung geben wollen. Die Belehrung paßt sich nicht. — Der Reichstag hat gar nicht die Absicht, seine Kompetenzen zu überschreiten. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Pahnke (fr. Vg.): Der Staatssekretär hat erklärt, daß bundesfreundliche Ermahnungen nicht nötig seien, weil am Ernst der medlenburgischen Regierung gar nicht zu zweifeln wäre. Der Vertreter der medlenburgischen Regierung aber erklärte, diese Regierung wäre ihrer Verpflichtung schon nachgekommen durch die vergeblichen Bemühungen in den letzten Jahren. Ja, das ist doch nicht das selbe. So lange dieser Zwiespalt zwischen der Reichsregierung und der großherzoglichen Regierung besteht, möchte ich die Interpellation nicht für einen Erfolg haben. — Die Konservativen sagen hier, die Sache müßte im Landtage erledigt werden, und im Landtage sagen sie, sie denken gar nicht an eine Reform. Das heißt doch, von Pottius zu Pottius zu schießen. Selbst Herr v. Puchta erklärt das Recht auf Eingreifen des Reiches für selbstverständlich. Für das Reich ist dieses Recht sogar in einem amtlichen Schriftstück anerkannt. In den Motiven zur Vorlage betreffend die Einverleibung Esch-Lothringens steht wörtlich: „Nicht ausgesprochen, aber vorausgesetzt ist in der Verfassung des Reiches das Bestehen von Verfassungen in den Einzelstaaten, kraft denen die Landtage-Gesetzgebung an die Zustimmung und Kontrolle der Landesvertretung gebunden ist.“ (Hört! hört! links.)

Haben wir demnach das Recht, solche Anträge, wie den vorliegenden, hier zu stellen, so müssen wir auch das Recht haben, Einzelheiten zu ihrer Begründung anzuführen. Im ganzen Lande

gibt es keinerlei Finanzkontrolle; Serenissimus führt das Regiment nach eigenem Belieben. Jede politische Versammlung und jeder politische Verein bedarf der Bewilligung des Ministeriums; selbst das Reichsrecht über Versammlungsfreiheit während der Wahlzeit wird durchbrochen. Die kommunalen Verwaltungen leiden unter dem Mangel der Selbstverwaltung, unter der Unmöglichkeit, Zweckverbände der Kommunen zu begründen. Die ständische Verfassung ist ein Hemmnis für die Fortentwicklung der Industrie. Darum ist auch Medlenburgs Bevölkerung so weit hinter dem Durchschnitt des Reiches zurückgeblieben. Und dann der Landtag mit seiner „itio in partes“. Von ihr sagt ein altes medlenburgisches Volkslied: „Ich berufe mich folgende auf den Landtagsberg, wo es heißt, wenn beide Stände sich nicht reichen tren die Hände, sondern wenn sie sich entzweit tritt „itio in partes“ ein; und es bleibt, sind sie gespalten, alles, Gott sei Dank, beim alten.“ (Heiterkeit.)

In der Tat, die medlenburgische Verfassung beruht auf dem Landtagsberg, von 1736 und 1523. Das medlenburgische „Parlament“ das keine Geschäftsordnung besitzt, hat allerdings doch einen einzigen Vorzug, nämlich es bekommt Diäten.

Man muß hier auch noch die Klagen der 17 000 Einwohner des kleinen Fürstentums Rügen erwähnen, von dem man heute noch nicht weiß, ob es mit Strelitz in Personalunion steht, oder ein Teil dieses Großherzogtums sei. Dort hat man noch ein erbliches Schuldenamt, man hat eine Kriegsteuer mitten im Frieden, man hat beim Verlauf von Grundstücken den Zehnten zu zahlen usw. So hat jeder Teil der medlenburgischen Lande seine eigenen Verfassungsfragen. Diese Zustände sind nur noch mit russischen zu vergleichen, und daß diese vorbildlich seien, kann man nach den Ereignissen der letzten Tage noch weniger behaupten als sonst. Es gibt ein treffliches Wort, das lautet: Rückständige Regierungen sagen immer: Ist das Volk unruhig, dann ist es noch nicht reif für eine Verfassung, ist es ruhig, dann verlangt es gar nicht nach einer Verfassung. (Sehr richtig! links.) Wenn die Medlenburger zum Reichstage wählen können, warum nicht auch zum Landtage, wo doch viel näherliegende Fragen behandelt werden. Aber es giebt Leute, die jeden Fortschritt für sündlich halten. Hoffentlich sind diese Ansichten bei Ihnen schon ausgestorben. Der Abg. Stöder erklärte am Sonnabend: Selbst Fürsten haben sich dem konstitutionellen Gedanken gefügt. Da hatte er Ihren Beifall (zu den Konservativen gewandt). Ich frage mich aber gleich, wird diese Stimmung bei Ihnen bis zum Dienstage aushalten? (Sehr gut! links.) Wenn Fürsten sich beugen, dann sollten es auch die medlenburgischen Ritter tun. Aber es gibt nicht nur Bergwerksbesitzer, sondern auch Gutbesitzer, die jede Vermittelung scharf ablehnen. Ob meine politischen Freunde einen Antrag auf Verfassungsänderung einbringen werden, kann ich heute noch nicht sagen. Mit dem Kollegen Kopsch beurteile ich die Chancen eines solchen Antrags als nicht unangstlich. Will die medlenburgische Regierung die Reichs-Intervention vermeiden, so soll sie freiwillig geben, was dem Lande notwendig ist. (Lebhafter Beifall b. d. Freisinnigen.)

Abg. Dr. Sattler (natl.): Auf die medlenburgische Bevölkerung wird Herr Herzfeld mit seiner aufgeregten Art wenig Eindruck machen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die medlenburgische Verfassungsrevision ist seit 30 Jahren mit dem Namen Wising verknüpft, also eine Aufregung über die Tatsache, daß die Interpellation von Herrn Wising ausgeht, vor am wenigsten angebracht. — Meine Freunde haben es lebhaft bedauert, daß die Antwort der Regierung auf die Interpellation so scharf gehalten war. Das war um so weniger angebracht, als in der Begründung der Interpellation jeder persönliche Ton vermieden und lediglich die Wünsche der medlenburgischen Bevölkerung zum Ausdruck gebracht wurden.

Abg. Herr v. Odenberg (Welfe): Die Erklärung der Regierung war uns sehr sympathisch. Wir müssen uns allerdings dagegen verwahren, daß wir die medlenburger Zustände schon finden. Ich hoffe, daß die medlenburger Ritterschaft sich ihrer hohen Aufgaben bewußt wird und daß ihr die heutigen Verhandlungen Veranlassung geben, die zahlreichen Wünsche des medlenburgischen Volkes zu erfüllen.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Ich kann Herrn Dr. Pahnke zugeben, daß allerdings die Kompetenz des Reiches durch das Reich erweitert werden kann. Aber dieses Recht kann nicht ausgeübt werden durch einen Initiativantrag des Reichstages, sondern der Reichstag kann nur zustimmen, wenn ihm ein Vorschlag in dieser Richtung seitens des Bundesrats gemacht wird.

Abg. v. Odenberg (l.): Ich möchte mein Einverständnis mit einem Sage des Herrn Pahnke erklären. Er hat gesagt, warum soll den Medlenburgern das verwehrt sein, was allen übrigen gestattet ist? Ich frage auch: Warum soll den Medlenburgern verwehrt sein, sich eine Verfassung zu geben, wie es ihnen paßt, während es allen übrigen Ländern gestattet ist? (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Pahnke (fr. Vg.): Ich stelle fest, daß Herr Dr. Spahn zugefallen hat: eine Erweiterung der Zuständigkeit des Reiches ist zulässig, sobald die Voraussetzungen erfüllt werden, welche die Verfassung dafür gibt. Sein einziger Vorbehalt ist hinfällig, denn es ist dem Reichstage ausdrücklich das Recht der Initiative in der Verfassung zugefallen.

Staatssekretär Graf Posadowski: Herr Pahnke hat gesagt, weil der Reichstag das Recht habe, Initiativanträge zu stellen, könne er auch Änderungen der Verfassung beschließen. (Zuruf: Vortragen!) Gewiß beantragen und vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrats beschließen. In Artikel 21 der Verfassung heißt es aber ausdrücklich: „Der Reichstag hat das Recht, innerhalb der Kompetenz des Reiches Initiativanträge zu stellen. Die Kompetenz des Reiches beruht aber auf der bestehenden Reichsverfassung.“

Damit schließt die Besprechung der Interpellation. Präsident Graf Ballestrem beräumt die nächste Sitzung an auf Mittwoch 1 Uhr und legt auf die Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung des Post-Etats.

Abg. Dr. Spahn (Z.) beantragt zur Tagesordnung, morgen die Schlußdebatten wieder aufzunehmen und den Toleranzantrag des Zentrums zur Verhandlung zu stellen.

Abg. Dr. Sattler (natl.) widerspricht diesem Vorschlage.

Abg. Schrader (fr. Vg.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. Rettich (l.) bittet ebenfalls, es bei dem Vorschlage des Präsidenten zu belassen.

Abg. Dr. Spahn (Z.) zieht nach dem Widerspruch der Vorredner seinen Vorschlag zurück, bittet aber, den Toleranzantrag am Mittwoch über acht Tage auf die Tagesordnung zu setzen.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Land- und Bahngesellschaften in Südwest-Afrika.

In der Budgetkommission des Reichstages wurden am Dienstag die unglücklichen Landungsverhältnisse im Hafen von Swalopmund behandelt. Die Regierung plant dort große Arbeiten, für die als erste Rate schon mehr als 2 Millionen Mark in dem immer noch zur Beratung stehenden Nachtragetat gefordert werden, zum Teil schon ausgegeben worden sind. Referent Prinz Arenberg beantragte die Genehmigung der Forderung. Abg. Dr. Müller-Sagan wies darauf hin, daß die Verhandlung des Hafens von Swalopmund nicht aufgehoben sein werde; es frage sich, ob die von der Regierung geplanten Maßnahmen zweckmäßig seien. Deshalb müsse erst Bericht über die wissenschaftlichen Vorarbeiten gegeben werden. Kolonialdirektor Dr. Stäbel bestritt, daß der gegen die Anlagen ausgesprochene Tadel berechtigt gewesen sei. Der Hafenbau sei von 1898—1903 zum Verluße ausgeführt worden; der Betrieb habe vollkommen befriedigt, die See habe nur geringe Störungen bewirkt. Für gewöhnliche Fälle hätten die Einrichtungen wohl genügt, doch hätte man

leider nicht herankommen können, da der Swalopfluß die Einfahrt verstopfte habe. Als raschestes Mittel dagegen wurden Bagger empfohlen. Ob damit der frühere Zustand wieder hergestellt werden könne, das wisse man freilich nicht. Abg. Lattmann vermehrte ein Gutachten von Sachverständigen. Durch den Ausbau des Hafens werde auch der Bodenertrag steigen, deshalb solle man die Versteigerung abzulassen suchen. Die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika fordere jetzt schon für den Sektor, den sie gratis erhalten habe, bei Swalopmundhafen 30—40 000 Mark; für den Platz zu einem Schuppen in Lüderichsbucht habe man einer Firma 6000 Mark abverlangt. Das habe das Gouvernement selbst zugestanden. Abg. Erzberger trat diesen Darlegungen bei. Die Forderungen für den Hafen erwecken Besorgnisse für die Zukunft; man müsse wissen, was bei der Geschichte herauskommen werde.

Abg. Oberbaurat Visio las das Gutachten der Untersuchungskommission vor. Das die Untersuchungen kosten würden, könne niemand sagen; Voranschläge auf weitere Zeiträume seien noch nicht gemacht worden. Abg. Storz bemängelte die Begründung der Vorlage und vermehrte ein klares System in den Hafenbauten. Den Ausführungen früherer Redner über die Besteuerung des Wertzuwachses trat er bei. Kolonialdirektor Dr. Stäbel betonte, daß es außer Walfischbai und Swalopmund überhaupt keinen Hafen in Südwestafrika gäbe. Mit dem Molkenbau sei das Beste geleistet worden. Bei der Beschleunigung der Arbeiten könne man keine genaueren Pläne vorlegen. Abg. Dr. Paasche wandte sich gegen die Darlegungen des Kolonialdirektors und die Behauptung, daß man sich in einer Zwangslage befinde. Die Unterhaltungskosten der Bagger würden sich auf eine Million pro Jahr stellen; solchen Kosten könne man nicht dauernd halten. Die Landgesellschaften müßten zur Steuer herangezogen werden. Kolonialdirektor Stäbel konnte nicht bestreiten, daß die Baggerei zunächst etwa eine Million Mark pro Jahr ausmachen würde.

Dr. Südekum legte dar, daß vom formal-rechtlichen Standpunkte die Forderungen nicht in den Nachtrags-Etat gehörten; praktisch seien sie nicht einwandfrei. Gegen den Molkenbau sei schon frühzeitig Einspruch von sachkundigen Männern erhoben. Die Regierung lasse es, wie immer, an einer ausreichenden Begründung ihrer Forderungen fehlen, denen man nicht zustimmen könne. Den Gesellschaften müsse man scharf auf die Finger sehen und sie zur Wertsteigerungssteuer heranziehen. Geh. Rat Dr. Seig wandte sich gegen die Ausführungen Südekums über die mangelhafte Aufstellung des Etats; man habe den Etat im August schon vorbereitet müssen. Die erste Baurate für einen großen Bagger hätte eingestellt werden müssen, weil man mit Anzahlungen habe rechnen dürfen. Schlepper- und Leichtermaterial sei von der Boermannlinie angeschafft worden. — Die Zentrumsabgeordneten beantragten den Abstrich von 300 000 M. von der Position. Abg. Dr. Müller-Sagan wies nochmals darauf hin, daß man gar nicht wisse, wohin denn eigentlich die Fahrt in Afrika gehe; man habe keine Ahnung, was die Geschichte kosten würde. Die ständige Abwesenheit des Reichszanlers erschwere die Verhandlungen, da die Kolonialabteilung keine verbindliche Erklärungen abgeben könne. Von einem Kolonialprogramm sei nichts zu bemerken. Abg. Erzberger verlangte neue Auskünfte über die Forderungen. Der Kolonialdirektor Stäbel behauptete, das Programm der Regierung bestünde in der „wirtschaftlichen Entwicklung“ der Schutzgebiete. Die Kolonialgesellschaften hätten allerdings vielleicht gewisse Rechte. Die von Lattmann vorgeschlagene Untersuchungskommission sei der Vermutung keineswegs unangenehm; sie sei selbst befreit, die Verhältnisse aufzuklären. Aber die Bewilligung dieses Etats dürfe von dem Abschluß der Arbeiten jener Kommission nicht abhängig gemacht werden. Abg. v. Nitzsch forderte ebenfalls ein festes Kolonialprogramm.

Entsprechend dem Antrage Erzberger wurden nur 1 600 000 Mark bewilligt.

Otavi-Gesellschaft.

Abg. Lattmann beantragte, das Material über die Gesellschaft zu sammeln und vorzulegen, sodann eine Untersuchungskommission einzulegen und bis nach Vorlage des auf die Otavi-Gesellschaft bezüglichen Materials die Beschlußfassung über die Unterstützung der Otavi-Gesellschaft für angelegliche Beschleunigung ihres Bahnbauaus anzusetzen. Abg. Prinz Arenberg hat, die Diskussion bis zur Beratung des Hauptetats zu verziehen. Abgeordneter Lattmann wies darauf hin, daß ohne Vorlage des Materials über die Otavi-Gesellschaft die Bewilligung nicht eintreten könne; er hielt deshalb Punkt 3 seines Antrags aufrecht. Der Vorliegende machte darauf aufmerksam, daß der Kredit für Südwestafrika nach den Darlegungen des Schatzsekretärs erschöpft sei; deshalb müsse man den Etat fertigstellen. Da sich Abg. Lattmann dennoch bewegen läßt, seinen Antrag zurückzuziehen, so wurde die Beratung begonnen. Der Referent Prinz Arenberg beantragte Indemnität für die geleisteten Ausgaben von 1 700 000 M. an die Otavi-Gesellschaft. Abg. Dr. Arendt beklagte, daß der Vertrag des Reiches mit der Firma Koppel bekannt geworden sei; man habe Urteile darüber gehört, die man einfach nicht wiederholen könne. Man solle die Beamten von Koppel mit den Beamten des Kolonialamts austauschen! Es sei unbegreiflich, wie man einen derartigen Vertrag überhaupt abschließen konnte; vor allem das Reichs-Schatzamt sei verantwortlich. Wie stehe es denn jetzt nun mit der Bahn? Warum habe man nicht mit den Mitteln des Reiches die Reichsbahn Swalopmund-Windhul ausgebaut? Geheimrat Seig bestritt, daß der Vertrag unbesetzt hingenommen worden sei. Man konnte eben nicht mehr erreichen. Man konnte nicht durch das Militär in den Bau direkt eingreifen. Zunächst beabsichtigte man der Gesellschaft für jeden fertiggestellten Kilometer eine Prämie zu zahlen, aber darauf ließ sie sich nicht ein. Die oberen Reichsbehörden haben dann auch dem Vertrag zugestimmt, nachdem lange gehandelt worden war. Abg. Dr. Südekum behielt sich eine Charakterisierung der Otavi- und anderer Gesellschaften für die allgemeine Debatte vor. Die Indemnität für diesen leoninischen Vertrag dürfe nicht gewährt werden. Genügt habe der Vertrag nur der geschäftsgewandten Firma. Die Regierung entziehe sich der Pflicht, über den Stand der Angelegenheit zu berichten. Abg. Lattmann fragt an, wie es mit der Spurweite der auszubauenden Bahn stehe; die Spurweite sei anscheinend verringert worden, wodurch schon die Gesellschaft ein außerordentlich gutes Geschäft gemacht habe. Wie es mit dem Land zu beiden Seiten der Bahn stehe? Die Gesellschaft habe schon in ihrer Konzession ein großes Interesse an der Beschleunigung des Baus. Dr. Stäbel legte dar, daß die Konzession sich auf die geringere Spurweite bezogen habe. Landblocks seien nicht bewilligt worden, die Regierung habe solche Ansprüche abgelehnt. Aber die Gesellschaften unter sich handeln dort um Land. Das Reich habe das größere Interesse an dem Vertrage. Gegenwärtig sei die Bahn im Vorbau bis 145 Kilometer gefördert; bis Karibib wird sie März, bis Omaruru etwa im Mai sein.

Die Beratung wurde sodann auf Mittwoch vertagt.

Der Kongreß der Britischen Arbeiterpartei.

London, 22. Januar 1906.

Die Britische Arbeiterpartei, die unter dem Namen Labour Representation Committee (L.R.C. Komitee für parlamentarische Arbeitervertretung) bekannt ist, tritt am 25. d. M. in Liverpool zu ihrem fünften Jahreskongreß zusammen. Die Partei wurde vor fünf Jahren gegründet infolge eines auf dem Trades-Unionkongreß in Plymouth 1899 gefaßten Beschlusses, für eine wirkungsvollere parlamentarische Vertretung der Arbeiterklasse zu sorgen. Wie zeitgemäß und notwendig dieser Beschluß war, zeigt das rasche Wachsen der Partei; im Jahre 1900 schlossen sich ihr rund 353 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter an; im Jahre 1901 455 600; im Jahre 1902 841 000; im Jahre 1903 958 000, dagegen zeigt das

Jahr 1904 eine kleine Abnahme; genaue Zahlen liegen noch nicht vor, da diese erst am Vorabend der Kongreßöffnung festgestellt werden; soweit aus den vorliegenden Berichten ersichtlich ist, dürfte die Partei gegenwärtig etwa 900 000 Mitglieder zählen, fast lauter Gewerkschaftler mit einem starken Prozentsatz von Sozialisten. Unter diesen 900 000 Mitgliedern dürften höchstens 2000 sein, die der Arbeiterklasse nicht angehören.

Ein geschriebenes Programm hat die Partei noch nicht. Nach den Statuten hat sich die Partei zum Ziele gesetzt: „Durch gemeinsame Aktion aller der Partei angehörenden Vereinigungen die Wahl von Parlamentskandidaten durchzuführen; eine besondere Fraktion im Parlament zu bilden, mit eigenen Führern und einer einheitlichen Politik in Arbeiterfragen; die Arbeiterabgeordneten müssen streng darauf achten, sich nicht mit den Konservativen oder Liberalen und deren Interessen zu identifizieren; die der Partei angehörenden Vereinigungen dürfen den Parteikandidaten keine Gegenkandidaten entgegenstellen; die Parteikandidaten sind verpflichtet, die Statuten zu unterschreiben, die Beschlüsse der Arbeiterfraktion zu achten und in ihren Wahlkreisen einzig und allein als Arbeiterkandidaten aufzutreten.“

Außer den zahlreichen Gewerkschaftsverbänden gehören der Partei an: die Unabhängige Arbeiterpartei mit 14 000 Mitgliedern, die Fabier-Gesellschaft mit 730 Mitgliedern, sowie 73 Gewerkschafts-fachstelle verschiedener Städte.

Die Partei hat zwei Fonds: 1. Einen allgemeinen Fonds, der durch einen Beitrag von 15 M. jährlich von jeder der Partei angehörenden Organisation für jedes Tausend ihrer Mitglieder gebildet wird; aus diesem Fonds werden die gewöhnlichen Ausgaben: Bureau, Sekretäre, Porto, Druckfachen usw. bestritten; 2. einen Parlamentsfonds, der durch einen Beitrag von 1 Penny (8,5 Pf.) jährlich von jedem Mitglied der Partei gebildet wird; aus diesem Fonds wird ein Teil der Wahlkosten für Parlamentskandidaten, und jedem Parlamentsabgeordneten der Partei 200 Pfund (4000 M.) jährlich als Diäten gezahlt. Die Partei hat bereits vier Abgeordnete: Crooks, Henderson, Keir Hardie, Schadelton, die ihre Diäten seit dem 1. April 1904 bezogen haben. Der Parlamentsfonds beträgt gegenwärtig über 120 000 M. Der Parteiführer ist J. R. MacDonald, ein begabter Sozialist revisionistischer Richtung. An Parlamentskandidaten hat die Partei gegenwärtig 46 aufgestellt, darunter etwa 40 Gewerkschaftsführer, wie Barnes (Mechaniker), Pete Curran, William Thorne (beide Gasarbeiter), Bowman (Buchdrucker), Ben Tillett (Docker), Lodge (Stahlschmelzer), Roberts (Buchdrucker), J. Holmes (Bahnarbeiter). Ihre Gegenkandidaten sind teils Liberale, teils Konservative.

Die Partei hat sich bis jetzt ziemlich korrekt gehalten und den Statuten gemäß gehandelt, obwohl es sehr schwierig ist, die Arbeiterführer, die in den sechziger und achtziger Jahren groß geworden sind, von den Liberalen zu trennen. So hat die Partei den Abgeordneten Richard Bell, dem Sekretär der Eisenbahner, die Unterstützung verweigert, da er die Statuten, d. h. den Grundgedanke der Selbstständigkeit der Arbeiterpartei nicht unterschreiben wollte. Dieser Streitpunkt wird wahrscheinlich auf dem Kongresse zur Verhandlung gelangen, da sich mehrere Arbeiterorganisationen mit dem Gedanken der Selbstständigkeit nicht befriedigen können.

Ueber den Geist der Partei werden folgende zur Verhandlung gelangende Resolutionen Aufschluß geben.

Den eigentlichen Kongreßverhandlungen wird eine Konferenz vorausgehen, die sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit und der Speisung der Schulkinder beschäftigen wird. Pete Curran wird hierbei folgende Resolution begründen:

„Diese Konferenz von Trades-Unionisten, Sozialisten und Gewerkschaftlern ist der Ansicht, daß Arbeitslosigkeit nicht die Folge des Mangels an Kapital, Reichtum und Konsumtionskraft ist, denn wir sehen, daß die Arbeiter hungern inmitten der Fülle von allerlei Waren; die Arbeitslosigkeit ist auch nicht die Folge irgend welcher Zollpolitik, denn wir sehen, daß dieselbe Erscheinung sowohl unter Schutzoll wie unter Freihandel zu finden ist; sie ist auch nicht die Folge der fremden-Einwanderung; die wirtlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit sind die Monopole der nichtproduktiven Klassen, und die Löhne, die sie den arbeitenden Klassen ansetzen, sowie der Mangel an einer solchen industriellen Organisation, die den abwechselnden Perioden von Ueberarbeit und Arbeitslosigkeit vorbeugen könnte.“

Hodge wird über die Speisung der Schulkinder sprechen und folgende Resolution begründen:

„Die Konferenz ist der Ansicht, daß es nötig ist, die Schulkinder auf öffentliche Kosten zu speisen; sie ersucht deshalb die Arbeiterabgeordneten, in der kommenden Parlamentssession einen diesbezüglichen Gesetzentwurf einzubringen. Sie fordert auch die Stadtverwaltungen auf, Gelder zu diesem Zwecke zu bewilligen, bis diese Frage im Parlament erledigt ist.“

Zur Befestigung der Parteipolitik liegen folgende Resolutionen vor:

„Die Konferenz hält die Politik strenger Selbstständigkeit der Partei aufrecht, da sie glaubt, daß die Arbeiterklasse sich nur in dem Maße befreien kann, als sie sich von allen kapitalistischen Parteien fernhält.“ (Gewerkschaftsartikel *Virningham*.)

„Kein Arbeiterabgeordneter darf vom Parlamentsfonds unterhalten werden, wenn er nicht die Statuten der Partei unterschreibt.“ (Gewerkschaftsartikel *Wesham*.)

„Die Konferenz erklärt, daß das Ziel der Partei ist, das gegenwärtige kapitalistische System zu beseitigen und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchzuführen, um den Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu sichern.“ (Gewerkschaftsartikel *West Ham*; Papierarbeiter-Union *Darwen*.)

„Die Konferenz begrüßt es mit Freuden, daß eine interparlamentarische Gruppe von Vertretern der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften der verschiedenen Länder der Welt gegründet wurde, da sie glaubt, daß dadurch die Interessen der Arbeiterklassen aller Länder gefördert werden, ebenso der internationale Friede und die Befreiung der Arbeiter vom Kapitalismus.“ (Unabhängige Arbeiterpartei.)

Die Adresse des Kongresses ist: Labour Conference, Sun Hall, Kennington, Liverpool.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Januar.

Mecklenburgische Verfassungskämpfe.

Der Liberalismus führte Dienstag wieder ein Stück der Tragikomödie seines eigenen Unterganges im Reichstag auf. Der nationalliberale Abg. Büsing, der erst jüngst durch konservativen Wahlhilfe in den Reichstag eingezogen ist, beantragte — nicht etwa die Einführung einer Verfassung in Mecklenburg von Reichswegen, sondern fragte die Reichsregierung an, ob sie „bundesfreundliche Verhandlungen“ mit der mecklenburgischen Regierung einleiten wolle, um die allergnädigsten Herrscher der beiden Großherzogtümer alleruntertänigst zu bitten, dem mecklenburgischen Volke die politischen Grundrechte „gewähren“ zu wollen.

Herr Büsing sprach müde, resigniert. Seit 34 Jahren gehört er dem deutschen Reichstage an, seit 34 Jahren hat er gebeten und gebittelt um die primitivsten Rechte für die treuen mecklenburger Untertanen. Einst, nach der Reichsgründung, war er mit tausend Mark hinausgeschickt in das Meer der freireichlichen, liberalen Entwicklung Deutschlands, als gebrochener Kreis bittet er nur noch, daß die Regierung ihm nicht übel nehmen möge, daß er noch zu seinen Lebzeiten eine Art Verfassung in Mecklenburg eingeführt sehen möchte. Mit ihm jammerten die freisinnigen Abgeordneten Kopych und Pachnke über die elenden Schulverhältnisse, über das nicht vorhandene Vereins- und Ver-

sammlungsrecht und über die wirtschaftliche und kulturelle Zurückgebliebenheit Mecklenburgs. Unter dem Motto: Ein Volk, ein Recht, ein Kaiser, wollen die freisinnigen Mannesgeelen revolutionär die Konstitution für Mecklenburg erobern.

War's dem Grafen Posadowsky ernst, als er in der Beantwortung der Interpellation die Reichseinmischung für überflüssig erklärte, weil die mecklenburgische Regierung andauernd den festen Willen hätte, eine Verfassung zu Stande zu bringen?!

Der mecklenburgische Bundesrats-Bevollmächtigte, Geheimrat v. Derzen, erläuterte den Sinn dieser Erklärung sofort, indem er hinzufügte, wenn die mecklenburgische Regierung wieder um Herstellung einer Verfassung sich bemühen werde, das könne er noch nicht sagen, müsse er auch seiner Regierung zu bestimmen überlassen.

Im übrigen verbat er sich jede Einmischung des Reiches in die mecklenburgischen Verfassungsangelegenheiten, forderte den Reichstag auf, sich nicht um Dinge zu kümmern, die ihn nichts angingen, und lieber die Reichsverwaltung besser zu besorgen, als er es jetzt täte.

Ihn schloß sich der konservative mecklenburgische Abg. Kettlich in feierlicher Erklärung namens sämtlicher Konservativen aus dem Lande des Ochsenkopfes an, und dienstfertig versicherte Herr Spahn für das Zentrum, daß er gar nicht daran dachte, die Kompetenzen des Reiches irgendwie zu erweitern. — Was blieb den Nationalliberalen anderes übrig, als in bedauerndem Tone durch Herrn Dr. Sattler erklären zu lassen, daß sie diese Schroffheit der Abweisung nicht verdient hätten.

Genosse Herzfeld wies ihnen sofort das Gegenteil nach. Einst, in der Zeit ihrer Blüte, als sie die Mehrheit im Reichstag hatten und Bismarck ihre Hilfe zum Kulturkampf brauchte, haben die Nationalliberalen verabfümt, die Durchsetzung ihrer Verfassungsforderungen zu erzwingen, ein Jahrzehnt nach dem anderen haben sie sich mit leeren Versprechungen trösten lassen. — Hohn und Spott haben sie von der trotzig mecklenburgischen Ritterchaft, die zusammen mit einigen großherzoglichen Beamten den Ständeausschuß in Mecklenburg bildet, für ihre bescheidenen Wünsche geerntet. Die Ritter haben einst — 1756 und 1823! — ihre Privilegien mit Gewalt den Fürsten abgetrotzt — erst die Sozialdemokratie wird ihnen eine Macht entgegenstellen, die sie zwingt, ihre Vorrechte zugunsten des gesamten Volkes wieder aufzugeben.

Graf Posadowsky wollte einen Witz machen, als er unserem Redner erwiderte, daß nach seiner Auffassung Verfassungsforderungen nicht zu fragen seien; sollten sie aber als Machtfragen behandelt werden, so sei auch jeder Verfassungsbruch gerechtfertigt. Aber er regte ernstere Gedanken über das gegenwärtige Verfassungsleben an. Wenn die Verfassungsforderungen wären, so wären alle einzelstaatlichen Verfassungen null und nichtig. Denn sie alle, besonders die preussische, sind Produkte schmachtvoller Eindrücke und dreifacher Rechtsverhöhung. Graf Posadowsky hatte heute zugegeben, daß nach dem Sinne der Reichsverfassung in allen Einzelstaaten entsprechend dem Reichstage in Reichsrecht eine Volksvertretung an der Gesetzgebung mitwirken müsse. Gerade das will die Sozialdemokratie: in jedem der Bundesstaaten Parlamente, hervorgegangen aus Wahlen nach dem Reichstagswahlrecht. Die Sozialdemokratie will das Recht vertwirklichen, aber die Gewalt des Verfassungsbruches steht ihr im Wege und nur die Macht des aufgeklärten Volkes, an die Genosse Herzfeld appellierte, kann sie überwinden.

Die Debatte erlahmte bald durch ihre Zwecklosigkeit. Scharfmachertorheiten des Herrn von Oldenburg, Januschau und juristische Disputationen zwischen dem König und dem Rabbi — ich wollte sagen, zwischen Herrn Spahn und Herrn Dr. Pachnke bildeten ihren matten Abschluß.

Mittwoch will der Reichstag nach längerer Pause in der Beratung des Postetats fortfahren. —

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Wichtigste aus der Dienstag-Sitzung des Abgeordnetenhauses war eine kurze Geschäftsordnungsdebatte über die parlamentarische Behandlung der Kanalvorlage. Entgegen dem Vorschlage des Präsidenten, am 31. d. M. mit der zweiten Beratung der Kanalvorlage zu beginnen, traten die konservativen, nationalliberalen und Zentrumsredner dafür ein, daß mit Rücksicht darauf, daß die Interpellation betreffend den österreichischen Handelsvertrag im Reichstage noch nicht beantwortet ist, der Beginn der zweiten Lesung der Kanalvorlage bis Ende nächster Woche vertagt wird. Die Herren spielen jetzt mit offenen Karten, sie machen gar kein Hehl daraus, daß sie die Kanalvorlage lediglich als Kompensationsobjekt für die Bucherverträge betrachten.

Nachdem das Haus sodann ohne Debatte die Einleitung eines Strafverfahrens gegen das „Volksblatt für Hessen und Waldeck“ wegen Beleidigung abgelehnt hatte, setzte es die zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fort. Die Diskussion war, da die übergroße Mehrheit des Hauses in Herrn v. Podbielski den geeigneten Minister erblickte, ziemlich belanglos, schon nach wenigen Stunden war das Gehalt des Ministers in Höhe von 36 000 Mark bewilligt. Erwähnenswert ist nur ein Geplänkel zwischen den Führern des Bundes der Landwirte und den Nationalliberalen. Die Bündler reden sich ein, daß ihr Liebling Dertel mit nationalliberaler Hilfe aus dem Reichstage verdrängt sei. Die Nationalliberalen bestreiten das und zwar mit vollem Recht. Schließlich lagen sich die Kampfhähne beider Parteien verhöhnt in den Armen, sie gelobten feierlich, in Zukunft bei Stichwahlen stets geschlossen gegen die Sozialdemokratie zu marschieren. Als ob sie das nicht auch jetzt schon täten!

Mittwoch soll der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung zu Ende beraten werden. Dann folgt der Gesütsetat. —

Deutsches Reich.

Verlegenheitsphrasen des Zentrums.

Die „Königliche Volkszeitung“, neben der „Germania“ bekanntlich das führende Organ der ultramontanen Partei, ärgert sich begreiflicherweise darüber, daß der „Vorwärts“ darauf aufmerksam gemacht hat, daß der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier den Arbeitern jetzt die schönste Gelegenheit geben werde, zu erkennen, welche Parteien wirklich für die Arbeiter eintreten und welche Parteien die Arbeiterfreundschaft nur aus Heuchelei betreiben. Als Merkmal wirklich arbeiterfreundlicher Gesinnung bezeichnete der „Vorwärts“ die Unterstützung der Streikenden durch die Tat, durch Selbstmaktionen. Er wies darauf hin, daß der sozialdemokratische Parteivorstand im „Vorwärts“ sofort nach Ausbruch des Streikes zum Sammeln von Beiträgen für die Streikenden aufgefodert habe. Alle Parteien, denen das Wohl der Arbeiter wirklich am Herzen liegt, mühten gleiche Aufrufe zu erlassen. Bekanntlich hat sich auch die Zentrumspartei zu einer derartigen werltätigen Hilfs-

aktion nicht aufzuraffen vermocht, was der „Vorwärts“ gebührend mahnen festgehalten hat. Die „Königliche Volkszeitung“ nun versucht durch eine ganz törichte Ausrede die Argumentation des „Vorwärts“ zu entkräften. Sie erklärt, die christlichen Gewerkschaften seien „ein Gebilde des Zentrums“, ihnen gehörten „insbesondere zahlreiche protestantische Arbeiter“ an, die sich politisch nicht zum Zentrum rechneten. Es würde daher geradezu ein Uebergriff des Zentrums bedeuten, und von den christlichen Arbeitern „als eine unzulässige Verquickung von politischen Parteien und unabhängiger Gewerkschaftsorganisation betrachtet werden“, wenn das Zentrum offiziell einen Sammelauftrag für die christlichen Gewerkschaften erteilte. Das schließe natürlich in keiner Weise aus, daß auch Mitglieder der Zentrumspartei sich an den Sammlungen beteiligten. Jeder, der von der Serchtheit der Sache der Bergarbeiter trotz der Fehler, die auf ihrer Seite gemacht worden seien, überzeugt sei, sollte ihnen beispringen und das seinige tun, damit nicht die Not in die Bergarbeiterfamilien einziele.

Es wäre müßig, sich mit der „Königlichen Volkszeitung“ darüber zu streiten, wie die christlichen Arbeiterorganisationen irgend zu der politischen Zentrumsorganisation stehen. Selbstverständlich ist es dem „Vorwärts“ gar nicht eingefallen, der Zentrumspresse zumuten, im Namen der christlichen Bergarbeiterorganisation für die Streikenden Sammelaufträge zu erteilen. Diese Zumutung wäre um so unsinniger, als ja auch der Aufruf der sozialdemokratischen Partei im „Vorwärts“ durchaus nicht im Namen der freien Gewerkschaften geschah, sondern lediglich als Aufforderung der politischen Partei. Die Gewerkschaften haben ja ihrerseits ebenfalls einen derartigen Aufruf erlassen. Ebenso hätte die „Königliche Volkszeitung“ hätten es die übrigen Zentrumsorgane machen können. Damit wäre also der famose Kompetenzkonflikt beseitigt gewesen. Eine geradezu unjüdische Annahme der „Königlichen Volkszeitung“ wäre es aber, daß sich die christlichen Gewerkschaftsmitglieder dadurch beleidigt fühlen würden, daß die Zentrumspartei für sie Sammlungen unternimmt. Der Streik umfaßt eine so kolossale Anzahl von Arbeitern und erfordert für seine längere Durchführung so enorme Mittel, daß es im Gegenteil die christlichen Bergarbeiter mit tausend Freuden begrüßt haben würden, wenn die Zentrumspartei offiziell einen Aufruf zum Sammeln für die Streikenden erlassen hätte! Ihre Freude wäre um so größer gewesen, wenn dieser Aufruf obendrein einen recht bedeutenden finanziellen Erfolg gehabt haben würde! Ja noch mehr! Nicht nur die christlichen Arbeiter, sondern vermutlich auch die übrigen Arbeiter, selbst die in den freien Gewerkschaften Organisierten, würden mit Vergnügen das Geld in Empfang genommen haben, auch wenn es von ihren politischen Gegnern gekommen wäre. Man sieht also, daß die Ausrede der „Königlichen Volkszeitung“ furchtbar jüdisch ist.

Es bleibt demnach trotz dieses Abwehrversuches bei der Feststellung des „Vorwärts“, daß das Zentrum es nicht wagt, selbst dann für Arbeiter, die sich im Streik befinden, Sammlungen zu veranstalten, wenn es diesen Streik für vollauf berechtigt hält. Das war gerade das, was wir festhalten wollen. Feierliche Zentrums-erklärungen und ganz heilsüchtige, zu nichts verpflichtende Auforderungen an diejenigen unter den Zentrumsmitgliedern, welche den Streik „für gerechtfertigt“ halten, auch Beiträge für die Streikenden zu sammeln, ersetzen in keinem Falle einen offiziellen Aufruf der Zentrumspartei! —

Die „Lustige Sieben“. Der Untersuchungsrichter am Landgericht Oldenburg erläßt folgenden Aufruf: „In der Untersuchungssache gegen den Kellner Meyer aus Bremen wegen Verdachts des Meineides werden sämtliche Personen, welche irgend welche bestimmten Angaben darüber machen können, ob die Angaben des Meyer, er habe gegeben, daß der frühere Oberstaatsanwalt, jegige Minister Kubitzki II in Oldenburg, gemeinschaftlich mit dem Zahnarzt Dr. med. Schlegel und dem Buchhändler Schmidt, beide wohnhaft in Oldenburg, im Zivilhaus zu Oldenburg in der Zeit von April 1899 bis Ende November 1900, das Spiel „Lustige Sieben“ (ein Würfelspiel mit Bankhalter) gespielt haben“, auf Wahrheit beruhen, hierdurch aufgefordert, sich ungesäumt bei dem unterzeichneten Untersuchungsrichter, dem Staatsanwalt Becker, oder dem mit der Untersuchung dieser Sache betrauten Polizeikommissar Böning aus Bremen auf dessen Bureau, Zimmer Nr. 14 im Landgerichtsgebäude zu Oldenburg, zu melden.“

Russische Helden und deutsche Säger. Was kein russisches Blatt zustande bringt, hat das Organ der konservativen Partei, hat die „Kreuzzeitung“ vollbracht. Die Garbesoldaten in St. Petersburg haben Tausende wechloser Dittender hingeschlachtet — das Blatt der Rixbach und Kantenuffel wagt es, in einem begeisterten Artikel das Lob der feigen Körper zu singen, die das Höchste soldatischer Tugend vollbracht hätten. Es schreibt:

Die schwerste Probe, der die Treue und der Gehorsam des Soldaten ausgesetzt werden kann, ist am vergangenen Sonntag der Petersburger Garnison auferlegt worden. Was die tapfere Besatzung von Fort Arthur dem sibirischen Mute der Armees Kogis gegenüber und im monatelangen Ertragen von Not und Gefahr geleistet hat, ist mit der Aufgabe nicht zu vergleichen, die die kaiserliche Garde vorzulegen in der russischen Hauptstadt zu erfüllen hatte. Die eiserne Disziplin allein, der unbedingte treue Gehorsam beherrschten die Truppe und haben sich zum Geiste Russlands bewährt.

Die Reichswehrmacht des Zaren sind das Ideal christlicher preussisch-deutscher Männergut: der organisierte Massenmord ist das höchste Ziel konservativer Politik! —

Schulschulde und Herzerkrieg im württembergischen Landtag.

Stuttgart, 24. Januar. (Privatdepesche.)

Der Landtag trat heute in die Beratung der Regierungsnovelle zum Volksschulgesetz ein, über deren Grundzüge an dieser Stelle schon berichtet wurde. Was die Vorlage insbesondere in bezug auf die materielle Besserstellung der Lehrer bietet, ist so herzlich wenig, daß es die Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht viel kostete, um die Wette ihr Wohlwollen für die Volksschullehrer zu versichern und ihrer Zustimmung zu der Vorlage Ausdruck zu geben. Württemberg, das bisher in bezug auf die Schädlichkeit der Entlohnung der Volksschullehrer unter den deutschen Bundesstaaten nur von drei, darunter natürlich Preußen, übertroffen wurde, rückt auch nach Durchführung der geplanten Aufbesserung erst an die achte Stelle und in bezug auf die Massenüberfüllung und die durch sie bedingte Ueberlastung der Lehrer läßt die Vorlage alles beim alten. Nach wie vor wird es Klassen mit 120, 130 und mehr Schülern geben. Ist doch erst in den letzten Tagen in der württembergischen Presse festgestellt worden, daß in einer württembergischen Schule ein Lehrer gar 190 Schulkinder zu unterrichten hat. Als einzige Wirkung des Gesetzes bleibt für die ständigen Lehrer, deren Anfangsgehalt auch weiterhin 1200 M. betragen wird, eine Aufbesserung in den ersten Gehaltsstufen um 100 bis 200 M. für die unständigen Lehrer ergibt sich die färsliche Aufbesserung von 50 M. pro Jahr.

Unter solchen Verhältnissen klingt es wie Ironie, wenn der Kultusminister v. Weizsäcker in längerer Rede versichert, daß die Regierung sich in dem Wunsch der Besserstellung der Volksschullehrer mit allen Seiten des Hauses begegnet und keine Opfer für diesen Zweck scheue, trotzdem die Finanzlage der Einzelstaaten durch die Finanzlage des Reiches ungünstig beeinflusst werde. Genosse Hildbrand brachte in das harmonische Klischee der Debatte einen scharfen Pfeil durch eine schonungslose Kritik der fadenstheiligen Lehrerfreundschaft der Regierung und der bürgerlichen Parteien. Mit Recht wies Hildbrand darauf hin, wie schon der Ton bei der Behandlung der Vorlage einen Schluß auf die Wertung zulasse, die den Lehrern gesollt werde. Während bei den Vorlagen über Gehaltsaufbesserung für Geistliche und höhere Beamte stets die Notwendigkeit einer standesgemäßen Lebensführung in den Vordergrund gehoben wird, bemüht man sich bei Lehrergehaltsaufbesserung immer nachzuweisen, wie berechtigt die niedrigen Gehälter sind, indem man auf andere Staaten mit noch schlechterer Entlohnung der Lehrer verweist. Der Tanzlehrer der Universität Tübingen hat 1400 Mark

Gebalt, ein fähiger Volksherr in der gleichen Stadt ein solches von 1200 M. Wenn der Kultusminister unter Verursachung auf die schlechten Finanzen eine weitergehende Aufbesserung der Lehrergehälter für unmöglich erklärt, so möge er doch den Finanzminister schärf machen, damit dieser Protest erhebe gegen die Herrschaft der Reichsfinanzen durch die unnütze Ausgaben, wie sie jetzt für den völlig überflüssigen Heereskrieg gemacht werden.

Die wirkungsvolle Rede brachte den Kultusminister so in Harnisch, daß er mit ungehörter Schärfe unserem Genossen entgegentrat. Aber trotz seiner Behauptung, Genosse Hildenbrand habe mit falschen Zahlen operiert, vermochte der Minister nicht, dessen Ausführungen in irgend einem Punkte zu widerlegen. Pathetisch schloß der Minister mit der Phrase, in Afrika habe die deutsche Nation ihre Ehre zu verteidigen, und legte Verwahrung ein gegen den Vorwurf Hildenbrands, der Staffelfrieg sei mutwillig angezettelt worden.

Kammerpräsident Payer bemerkte hierzu richtigstellend, er habe Hildenbrand keineswegs so verstanden, daß dieser den Ministern der Bundesstaaten einen Vorwurf aus dem Kriege machen wolle, sondern vielmehr einer ganz anderen Stelle.

Katholik durften auch die Rationalisten nicht veräumen. Protest gegen die vaterlandslose Ausrufung Hildenbrands zu erheben, und Abg. Hieber besorgte dies mit großer Aufgeregtheit. Sodann plätscherte die Debatte friedlich weiter.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Das Abgeordnetenhaus ist heute wieder zusammengetreten. Nach Erledigung von Formalien ergreift Ministerpräsident Freyer v. Gautschi unter lautloser Stille das Wort und erklärt, das Bestreben der Regierung werde vor allem darauf gerichtet sein, wichtige und dringende Vorlagen im Vereine beider Häuser des Reichsrates der Erledigung zuzuführen. Ohne die Stellung der Regierung im Hause zu überschätzen und frei von jedem Optimismus glaube er aus gewissen Anzeichen hoffen zu dürfen, daß das Haus nunmehr in die von der Bevölkerung erhoffte Periode der Arbeit eintreten werde, damit die Erwartungen sich rechtfertigen, welche der Staat und die Bürger mit Recht an die verfassungsmäßigen Einrichtungen knüpfen. Gätten sich aber die Parteien des Hauses wieder zur gemeinsamen Tätigkeit zusammengefunden, dann scheint auch die Voraussetzung gegeben zu sein, um eine Lösung jenes größten Problems der österreichischen Politik, mindestens anzubahnen, von welcher allein eine dauernde Gesundung der innerpolitischen Lage erwartet werden könne, die Annäherung und Verständigung zwischen dem deutschen und dem tschechischen Volksstamme. Die Regierung sehe dem deutschen wie dem tschechischen Volksstamme sowie allen Nationen des Vaterlandes mit vollster Unparteilichkeit und Würdigung der Individualität und der berechtigten Interessen ihres Volkstammes gegenüber. Die Regierung werde ein besonderes Augenmerk darauf richten, ein gedeihliches Wirken aller Landtage herbeizuführen, die gesamte Verwaltung im Sinne strengster Objektivität zu führen, die Gesetzgebung gewissenhaft zu handhaben und von ihren Befugnissen maßvoll Gebrauch zu machen. Sie sei aber fest entschlossen, die Autorität und die öffentliche Ordnung zu wahren. (Beifall.) Der Ministerpräsident weist auf die wichtigsten des Hauses harrenden legislativen Arbeiten hin. Von der Entscheidung über das wirtschaftliche Verhältnis zu Ungarn und über die handelspolitischen Beziehungen zum Ausland dürfen wir mannigfache Anregungen zur Entfaltung unserer Volkswirtschaft und zur Erhebung der Industrie und des Handels erwarten. Der Ministerpräsident sagte die weitgehendste Förderung der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft seitens der Regierung zu, kündigt die demnächstige Einbringung einer Gewerbenovelle an, versichert, daß die Regierung allen Angelegenheiten der arbeitenden Bevölkerung wirksame Förderung angedeihen lassen werde, und schließt mit der Bitte, eine geregelte, fruchtbringende Tätigkeit im Hause herbeizuführen, welche die Arbeit nicht nur im Namen der Regierung, sondern auch im Namen des Vaterlandes stelle.

Frankreich.

Das neue Kabinett.

Die endgültige und amtliche Liste des neuen Kabinetts ist folgende: Rouvier Finanzen und Präsidentschaft, Delcassé Aeußere, Etienne Lamer, Berthelet Krieg, Thompson Marine, Chaumier Justiz, Bienvenu-Martin Handel, Clementen Kolonien, Kuan Landwirtschaft, Gauthier Renten. Außerdem wird das neue Kabinett drei Unterstaatssekretäre umfassen, nämlich Merlau für die Finanzen, Dugardin Deamey für die schönen Künste und Verand für Post und Telegraphen. Die Minister versammeln sich heute nachmittags 1/3 Uhr zur Feststellung des Wortlauts der ministeriellen Erklärung, welche am Donnerstag vor dem Parlament zur Verlesung gelangen soll.

Paris. Die vorläufige Ministerliste ist umgestaltet worden, um der demokratischen Linken des Senats einen Platz im Kabinett zu sichern. Die neue endgültige Ministerliste, die erst gegen morgen 1 Uhr bekannt geworden ist, wird heute nur von wenigen Zeitungen besprochen. Mehrere gemäßigete und nationalisierende Blätter beurteilen dieselbe noch abfälliger als die gesagte und erklären, das Kabinett Rouvier bedeute den Combismus ohne Combé. Seine Stellung sei unhaltbar, denn der Block sei nach dem Austritt Combés vollständig gefallen. Poincaré und Jean Dupuy, die das gemäßigete republikanische Element vertreten sollten, seien im letzten Augenblick klug genug gewesen, diesem Ministerium, in welchem sie nur die Rolle von Geistes- und Betrogenen gespielt haben würden, ihre Beihilfe zu verweigern.

Das Begräbnis der Luise Michel.

Am Sonntag wurden die sterblichen Reste der „roten Jungfrau“ von Frankreich in Paris unter ungeheurer Beteiligung der Bevölkerung beigesetzt. Um 10 Uhr morgens war die Leiche auf dem Quier Bahnhof angekommen. Der Zug formierte sich. Vor dem Leichenwagen her wurde ein Wagen mit den zahlreichen Kränzen, Blumen und Palmen geführt. Hinter dem Sarge schlossen sich an die Vertreter aller Gruppen der französischen Sozialdemokratie, Vertreter von Freidenkergruppen und Abordnungen italienischer, spanischer, polnischer und englischer anarchistischer Vereinigungen. Auch die russische und polnische Sozialdemokratie war vertreten. Zehntausend schlossen sich dem Zuge an, andere Zehntausende bildeten auf dem stundenlangen Wege, der mitten durch Paris führte, Spalier. Das Polizeiaufgebot war ein ganz ungeheures. Trotzdem ist alles in ziemlicher Ruhe verlaufen. Nur ein paarmal wurden einzelne Polizei-Hauptleute nervös, als im Zuge die Internationale oder die Carmagnole angestimmt wurde; auch an einer im Zuge mitgeführten roten Fahne nahm einer der Polizeioffiziere Anstoß und suchte sie dem Träger zu entreißen, wobei auch einige Verhaftungen vorgenommen wurden. Gegen 2 Uhr erreichte der Zug den Friedhof von Belleville-Verret. Hier sprach zunächst der Genosse Kusan im Namen des sozialistischen Magistrats von Belleville. Er betonte, daß die Gemeindeverwaltung von Belleville sich der Ehre bewußt sei, die sterblichen Reste der Luise Michel, die allen Menschen eine Schwelgerin war, in Obhut nehmen zu dürfen. Der Genosse Brandais erinnert sodann an die heroische Rolle, welche die tote während der Kommune von 1871 gespielt habe. Nachdem noch eine Reihe Redner in begeisterten Ausdrücken dem Leben und Wirken der Toten in ehrender Weise gedacht, nahm die Feier ihr Ende und hinab sank der Sarg der Luise Michel, der Freundin des Volkes.

Spanien.

Die Misere in Spanien. In Cadix und Valencia ist, wie der Telegraph nach berühmtem Muster berichtet, die Ordnung wieder hergestellt. Welche Ordnung? Die Ordnung, aufgebaut auf der Auspeinerung der Massen. Die Bevölkerung der genannten zwei Städte hatte nämlich gegen den häßlichen Okroi, durch den die not-

wendigsten Lebensmittel stark belagert wurden, lebhaft protestiert. Armut, Schmutz und Elend sind die ständigen Einrichtungen in diesem von der Natur so reich gesegneten Lande. So werden, wie wir einem spanischen Blatt entnehmen, alle in Cadix, einer Stadt von 60 000 Einwohnern, 20 000 Personen aus öffentlichen Mitteln unterstüzt. In Madrid ist der Okroi auf Getreide und Weiz aufgehoben und die Bäckereien waren durch Erlaß der Behörden verpflichtet, die Brotpreise dementsprechend herabzusetzen. Wie der „Socialista“ mitteilt, treiben die Herren Bäckmeister und Brotfabrikanten aber mit den Behörden und mit dem Volke von Madrid ihren Spott. Entweder fabrizieren sie Brot von schlechter Qualität und geringem Gewicht, oder sie verkaufen es zu den alten Preisen, oder sie betreiben den Schwindel nach beiden Richtungen. Hat dann die Geduld des Volkes ein Ende, wendet es sich gegen seine Reiner und Ausbeuter, dann schießt man Polizei und Militär vor und die „Ordnung“ ist wieder hergestellt. Und wie in Spanien, so beikünftig überall.

Schweden.

Der Budgetvorschlag für 1908, der dem schwedischen Reichstag vorgelegt worden ist, schließt mit der Bilanzsumme von 186 770 000 Kronen. Das ist dem laufenden Jahre gegenüber eine Erhöhung von 1/2 Millionen, die, wie die Kronrede erwähnt, ohne neue Steuern möglich werden soll. Der Ertrag aus Zöllen ist für das kommende Jahr auf 57 000 000 Kronen berechnet, 1/2 Millionen höher als im Vorjahre; die Verbrauchssteuer auf 24 000 000 Kronen, 1/4 Millionen niedriger als im Vorjahre. Die Zuckereinkommen sollen 12 000 000, die Einkommensteuern 11 000 000 Kronen einbringen. Von den Ausgaben kommen nicht weniger als 81 766 500 Kronen auf den Militärismus; für das Landheer werden 57 842 000 Kronen, darunter 14 209 116 Kronen als außerordentliche Ausgaben, verlangt, für die Marine 24 424 500 Kronen, darunter 10 408 344 Kronen als außerordentliche Ausgaben. Die Ausgaben, die der Arbeiterschaft zugute kommen sollen, sind dagegen erniedrigt worden, nämlich für den Arbeiterversicherungsfonds, wofür im Vorjahre 1 400 000 Kronen, jetzt nur 800 000 Kronen angelegt sind. Für die Krankenkassen werden freilich statt 350 000 Kronen jetzt 500 000 Kronen vorgeschlagen.

Die sozialistische Einigkeit in Frankreich.

Paris, im Januar. (Fig. Ver.) Die sozialistische Einigkeitkommission hat am Vorabend des Neujahres, wie bereits gemeldet, ihre Aufgabe vollbracht. Sie hat die Grundlage der sozialistischen Einigkeit in folgendem Resolutionsentwurf festgelegt:

Die Delegierten der französischen sozialistischen Organisationen: der Revolutionär-Sozialistischen Arbeiterpartei (Klammern), der P. S. de F. (Guedistien und Blanquisten), der P. S. F. (Jaurèsisten), der autonomen Föderationen der Vouches-du-Nhône, der Bretagne, des Gersault, des Norden, der Somme und der Jonne, beauftragt von ihren respektiven Parteien und Föderationen, die Einigkeit auf den vom Amsterdamer Internationalen Kongress bezeichneten Grundlagen zu verwirklichen, erklären, daß die Aktion der geeinigten Partei sich zu richten hat nach den Prinzipien, die von den internationalen Kongressen festgelegt worden sind, insbesondere von den neuesten vom Pariser Kongress 1900 und vom Amsterdamer 1904.

Sie konstatieren, daß die Meinungsverschiedenheiten und die verschiedenen tatsächlichen Auslegungen, die bisher stattgefunden haben mögen, vor allem den Frankreich eigentümlichen Umständen und dem Fehlen einer allgemeinen Organisation geschuldet sind. Sie bekräftigen ihren gemeinsamen Wunsch, eine Massenkampfpartei zu gründen, die selbst dann, wenn sie zum Vorteil der Arbeiter die untergeordneten Konflikte der Besipenden ausnützt oder sich in der Lage sieht, ihre Aktion zulässig mit derjenigen einer politischen Partei zum Zweck der Verteidigung der Rechte und der Interessen des Proletariats zu kombinieren, stets eine Partei fundamentalen und unerschütterlichen Oppositions bleibt gegenüber der Bourgeoisie und gegenüber dem Staate, der ihr Werkzeug ist.

Demgemäß erklären die Delegierten, daß ihre Organisationen bereit sind, unverzüglich an diesen Werken der Vereinheitlichung der sozialistischen Kräfte zusammenzuwirken auf den folgenden einmütig festgelegten und angenommenen Grundlagen:

1. Die sozialistische Partei ist eine Massenkampfpartei, die zum Ziel hat die Vergesellschaftung der Produktions- und Austauschmittel, das ist die Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in eine kollektivistische oder kommunistische, — und zu ihrem Mittel die ökonomische und politische Organisation des Proletariats. Durch ihr Ziel, ihr Ideal, durch die Mittel, die sie anwendet, ist die sozialistische Partei, obwohl sie die Verwirklichung der von der Arbeiterklasse geforderten unmittelbaren Reformen erstrebt, keine Reformpartei, sondern eine Massenkampfpartei und Revolutionspartei.

2. Die Erwählten der Partei bilden im Parlament eine einzige Fraktion gegenüber allen bürgerlichen politischen Fraktionen. Die sozialistische Fraktion muß der Regierung alle Mittel verweigern, welche die Herrschaft der Bourgeoisie und ihre Erhaltung am Staatsdrücker sichern, nämlich die Militärfreidite, die kolonialen Eroberungskredite, die Geheimfonds und die Gesamtheit des Budgets verweigern.

Selbst im Falle ausnahmeweiser Umstände dürfen die Erwählten nicht die Partei ohne deren Zustimmung engagieren.

Im Parlament muß sich die sozialistische Fraktion widmen der Verteidigung und Ausdehnung der politischen Freiheiten und der Rechte der Arbeiter, der Anstrengung und Verwirklichung der Reformen, die die Existenz- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse verbessern.

Die Deputierten sowie alle Erwählten müssen sich der Partei zur Verfügung stellen für ihre Aktion im Lande, für ihre allgemeine Propaganda zugunsten der Organisation des Proletariats und des sozialistischen Endziels.

3. Der Erwählte steht individuell, wie jedes Parteimitglied, unter der Kontrolle seiner Föderation.

Die Gesamtheit der Erwählten als Gruppe steht unter der Kontrolle der Parteileitung. In allen Fällen gehört die souveräne Entscheidung dem Parteitag.

4. Die Diskussionsfreiheit in der Presse ist unbeschränkt in allen Fragen der Theorie und der Taktik, aber in bezug auf die Aktion müssen sich die sozialistischen Zeitungen streng nach den Kongressbeschlüssen richten, wie diese von der Parteileitung ausgelegt werden.

Die Zeitungen, die Eigentum der Partei sind oder sein werden, sei es Eigentum der Gesamtpartei oder der einzelnen Föderationen, stehen oder werden stehen naturgemäß unter der Kontrolle und dem Einfluß (inspiration) der ständigen Instanz, die von der Partei bzw. von den Föderationen festgelegt ist.

Die Zeitungen, die, ohne Eigentum der Partei zu sein, sich als sozialistische betrachten, werden sich in bezug auf die Aktion streng nach den Kongressbeschlüssen zu richten haben, wie diese von der Föderations- oder der Parteileitung ausgelegt werden; ferner werden sie die offiziellen Mitteilungen der leitenden Instanzen der Föderationen und der Partei zu veröffentlichen haben.

Die Parteileitung wird beauftragt sein, diese Zeitungen zur Befolgung der Parteipolitik zu ermahnen und vorkommendensalles bei dem Parteitag zu beantragen, jegliche Beziehungen zwischen ihnen und der Partei für gebrochen zu erklären.

5. Die parlamentarischen Erwählten werden individuell in die Parteileitung nicht delegiert werden dürfen, aber sie werden darin durch eine kollektive Delegation vertreten sein, die ein Zehntel der Delegiertenzahl ausmachen und auf keinen Fall weniger als fünf Mitglieder betragen soll. — Gibt es eine Exekutivkommission, so werden sie an derselben nicht teilhaben dürfen. — Die Föderationen werden in die Parteileitung als Mitwirkende (im Gegensatz zu Ersatzmitgliedern. Der Berichterstatter) nur im Umkreise der Föderation wohnende Genossen entsenden dürfen.

6. Die Partei wird Maßnahmen treffen, um die Beachtung des gebundenen Mandats seitens ihrer Erwählten zu sichern. Sie wird den obligatorischen Beitrag derselben festsetzen.

7. Die endgültige Organisation der Partei wird auf einem Kongress erfolgen, der in kürzester Frist einzuberufen ist auf der

Grundlage einer Proportionalvertretung im Verhältnis zu den zur Zeit des Amsterdamer Kongresses konstituierten sozialistischen Kräften, die einerseits nach der Zahl der beitragszahlenden Mitglieder und andererseits nach der in den allgemeinen Wahlen von 1902 in der Hauptwahl erhaltenen Stimmzahl zu berechnen sind — unter der Voraussetzung, daß die Zahl der die Wahlstimmen verteilenden Mandate ein Fünftel der Gesamtzahl der Mandate nicht übersteigen darf.

Wahlstimmen-Mandate werden den Föderationen nur dann zugeteilt werden, wenn sie mindestens tausend Stimmen aufgebracht haben, und die Zahl der weiteren Wahlstimmen-Mandate ist nach einer abnehmenden Progression zu bestimmen.

Der obige Text wird nicht eher endgültige Geltung bekommen, bis ihn die Delegierten der beitragszahlenden Organisationen im Namen dieser Organisationen im Schoße der Einigungskommission angenommen haben.

Man sieht, in den entscheidenden Punkten stellt sich der Einigkeitentwurf auf den Boden der Amsterdamer-Dresdener Resolution, nachdem übrigens schon die Erklärung der P. S. F. (Jaurèsisten) die Moc-Zakitt ausdrücklich preisgegeben hat. Was die wichtigeren Differenzpunkte zwischen dem Standpunkt der P. S. F. und demjenigen der P. S. de F. betrifft, so sind sie teils im Sinne des revolutionären Sozialismus, teils durch einen Ausgleich geschlichtet worden. Die P. S. F. wollte ausnahmsweise das Budgetvotum aufgelassen wissen, falls sich dafür die Fraktion mit einer Dreiviertelmehrheit erklären würde. Die Einigkeitkommission hat diesen Vorschlag abgelehnt und an dessen Stelle die Bestimmung votiert, daß die Fraktion selbst in Ausnahmefällen die Partei nicht ohne die Zustimmung der letzteren engagieren darf. Bezüglich der Vertretung der Kammerfraktion in der Parteileitung hat die Kommission noch den allgemeinen Widerstand gegen jegliche Teilnahme eines Erwählten an der Parteileitung zu berücksichtigen gehabt, während die P. S. de F. nur die Vertretung der Fraktion als solcher verwarf und die P. S. F. die Zulassung einer Kollektivvertretung wünschte, die bis zu einem Drittel der Mitglieder der Fraktion und der Parteileitung betragen dürfen sollte. Die Kommission hat sich auf einem Ausgleich geeinigt, der im Sinne der Aemantisten die individuelle Vertretung der Parlamentarier (als Vertreter der Föderationen) ausschließt, ferner im Sinne der P. S. F. die Kollektivvertretung der Fraktion zuläßt, jedoch nur unter Beschränkung ihrer Vertreter auf ein Zehntel der Delegiertenzahl der Parteileitung, und schließlich aus einer eventuellen Exekutivkommission (engere Parteileitung) die Parlamentarier vollständig ausschließt.

Weiter ist die sehr lebhaft umstrittene Frage der Vertretungsbasis auf dem kommenden Einigungskongress durch einen Ausgleich geregelt worden. (Siehe Punkt 7 des Entwurfs.) Die P. S. de F. gab dem Wunsche der P. S. F. nach in bezug auf die Zulassung von Wahlstimmen-Mandaten, wobei jedoch die mandatsbildende Stimmzahl erhöht und die Zahl dieser Mandate überhaupt auf ein Fünftel der Gesamtzahl der Mandate beschränkt wurde.

Die hervorgehobenen Ergebnisse der Kommissionsberatung zeigen schon für sich offen deutlich genug, daß der Wille zur Einigkeit auf allen Seiten gleich ernst und aufrichtig war.

In der Kommissionssitzung vom 13. Januar wurde dem auch der Einigkeitentwurf ohne weiteres zur endgültigen Einigkeitvertrag erhoben, nachdem die Delegierten der beteiligten Parteien und Organisationen im Auftrag ihrer Mandatgeber den Entwurf unterzeichnet haben. Nur die autonome Föderation des Norddepartements hat ihre Zustimmung bis zu ihrem nächsten Kongress vertagt, der aber schon am 29. Januar stattfindet.

Ferner hat die Einigkeitkommission beschlossen, sich in eine Organisationskommission des Einigungs-Kongresses umzuwandeln. Ihre vorbereiteten Arbeiten werden zweifacher Art sein: sie hat erstens die Statuten der neuen Partei auszuarbeiten und zweitens die Kongressvertretung der einzelnen Organisationen gemäß den beschlossenen Regeln festzusetzen.

Der französische Sozialismus steht somit vor seinem Einigungs-Parteitag. Die größten Schwierigkeiten aber auf dem Weg zur Einigkeit sind bereits überwunden. Dem kommenden Parteitag bleibt nur noch die mehr formale Aufgabe, der prinzipiell geeinigten Partei einen gemeinsamen organisatorischen Rahmen zu geben. Diese Arbeit wird unzweifelhaft in demselben einmütigen Geiste getan werden wie die ja ungleich schwierigere Arbeit der prinzipiell-tatsächlichen Verständigung getan worden ist.

Das Zustandekommen einer einzigen und einzigen sozialistischen Partei in Frankreich darf daher im voraus als eine vollendete Tatsache der nächsten Monate begrüßt werden.

Partei-Nachrichten.

Die sozialdemokratische Agitation im norwegischen Heere versuchte dieser Tage der kommandierende General zu unterdrücken, hat aber dabei nicht die Unterstützung des Kriegsministers gefunden. Unser Parteigenosse Leutnant Punterbold hat eine Agitationsproschüre, „Militarismen“ („Der Militarismus“) betitelt, verfaßt, die bei den Waffenübungen dieses Sommers auf den Exerzierplätzen in 13 000 Exemplaren verteilt worden ist, und zwar auf Veranlassung des Sozialdemokratischen Jugendverbandes, der zu diesem Zweck 600 Kronen gesammelt hatte. Jetzt, am 17. Januar, hat der kommandierende General ein Rundschreiben an die Abteilungen der Armee gerichtet, in dem die Vorgesetzten aufgefordert werden, den Mannschaften kundzugeben, daß auf den Exerzierplätzen, den militärischen Establishments usw. keinerlei gegen das Heereswesen und dessen Behörden gerichtete Agitation zulässig ist. Im Anschluß daran wird auf den § 47 des neuen norwegischen Strafgesetzbuches aufmerksam gemacht, welcher lautet:

„Wer Kriegskleute zum Unwillen gegen den Dienst oder zum Haß gegen Vorgesetzte aufzureizen versucht oder hierzu mitwirkt, wird mit Arrest oder mit Gefängnis bis zu 3 Jahren, wenn das Verbrechen mittels Druckschriften verübt wurde, bis zu 4 Jahren bestraft.“

Der General hätte offenbar gerne den Leutnant Punterbold und seine „Militarismen“ auf einige Jahre einsperren lassen, mühte aber schon deswegen, weil das neue Strafgesetz erst mit dem 1. Januar in Kraft tritt, daraus verzichteten. Uebrigens wird in der Proschüre nur gegen den Militarismus und für Volksbewaffnung im Sinne des sozialdemokratischen Programms Propaganda gemacht und sie enthält auch nach dem jetzt geltenden Gesetz keine strafbare Aufreizung. Dieser Meinung ist auch der Kriegminister Strupstad. Der sozialdemokratische Störungsmanu Verge hatte in seiner Zeitung „Freemøder“ („Vorwärts“) die Vermutung ausgesprochen, daß das Rundschreiben des Generals vom Kriegsminister veranlaßt worden sei. Daraufhin ließ Staatsrat Strupstad unseren Genossen Verge zu sich rufen und erklärte ihm, das Kriegsdepartement habe nichts gegen die Verbreitung der Proschüre unternommen. Er selbst, der Staatsrat, habe die Schrift gelesen und seinerseits nichts darin gefunden, was strafrechtlich verfolgt werden könnte. — Der norwegische Kriegsminister, der übrigens ein Konservativer ist, unterscheidet sich vorteilhaft von seinen Kollegen in anderen Ländern. Er steht im dem Kampf gegen den Militarismus und dem Verlangen nach Errichtung eines Volksherees keine Wehrlosmachung des Volkes und keine staatsverachtende Agitation.

Eingegangene Druckschriften.

Helene Such-Nath: Die Frau, Studie aus dem Leben. Oesterreichische Verlagsanstalt, F. u. O. Weidner, Wien, 64 Seiten.
H. Dr.: Die Frage der Jähne und des Einfluß der Ernährung auf ihre Entwicklung. Berlin, Verlag von Carl Neubauer, Preis 60 Pf.
Kauinmannischer Beitrag zur Lösung der Schienenlochkfrage. 1902—1901.
Der praktische Maschinenwärter. Von Drauer u. Spennath. Berlin, H. Koenig.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der Vertrauensmann des sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreises (Schönhäuser Vorstadt) teilt uns mit, daß laut einer an ihn er- gangenen Anzeige ein Theaterverein bereit ist, in sämtlichen Berliner Wahlkreisen je eine Vorstellung zugunsten der streikenden Bergarbeiter zu veranstalten. Zuschriften wolle man in dieser Angelegenheit an den Parteigenossen Paul Silienthal, Hochmeisterstr. 22, richten.

Offen. Mittwoch abend 8 Uhr hält Genosse Kagenstein in der bei Küfcher stattfindenden Versammlung des Wahlvereins einen Vortrag.

Reinickendorf. Donnerstag abend 8 1/2 Uhr wird Genosse Eduard Bernstein bei F. Senz, Reinickendorf (Dül), Nordbahnstraße 22, in einer Volksversammlung über „den Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier“ sprechen. — Im zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vertrauensmann.

Lokales.

Süden und drüben.

Vergleiche mit Berlin kann manche andere Weltstadt in und außerhalb Europas in vieler Beziehung nicht zu ihrem Vorteil bestehen. Viele Fremde, die das so lebenslustig erscheinende Berlin gern aufsuchen und schnell nach dem Neuzug er- urteilen, bezeugen es mit Vergnügen, daß Berlin große Vor- züge besitzt. Besonders sind es die Amerikaner, die mit ihrem Lobe nicht zurückhalten; man erinnert sich noch, wie über- schwänglich vor einigen Monaten der frühere Bürgermeister von New York, Van Wyck, unsere Stadt pries und rühmte. Von der Sauberkeit und guten Beleuchtung der Straßen und Plätze wird jeder angenehm überrascht, der aus den amerika- nischen Weltstädten herüberkommt. Das Straßenpflaster ist über jeden Vergleich erhaben mit dem von New York, Chicago oder St. Louis, wo ganze Straßen noch Holzpflaster haben, manchmal auf lange Strecken halb verfault oder rissig. Ver- geblich sucht man in den größten amerikanischen Städten oft- mals nach den Schildern mit Straßennamen, während es in Berlin kaum eine Straßenzugung gibt, die nicht ihre acht glänzenden Schilder deutlich zeigt; in Chicago ist man in manchen Gegenden froh, wenn man ein einziges, halb ver- wittert, findet. — Von anderen Vorzügen Berlins, wie zum Beispiel die vielen schönen Kirchen und Kasernen, die immer berühmter werdenden Denkmäler, die getreue Uebervachung der Bürger auf Schritt und Tritt durch eine zahlreiche Schutz- mannschaft, schweigt man lieber, denn diese Vorzüge genießen leider nicht die verdiente Anerkennung.

Zu Ordnung herrscht in Berlin, für einen Amerikaner oft eine ganz unheimliche Ordnung. Jeder ansässige Mensch wird bei der Polizei an- und abgemeldet, als Fremder sogar besonders gebüchert. Wer länger hierbleibt, erhält unfehlbar seinen Steuerzettel. Jeder Hund hat seinen Maulkorb und seine Marke, jede Versammlung ihren Ober- und Unterschutz- mann, — alles Dinge, von denen man in New York oder Chicago oder sonstwo im wilden Amerika nichts weiß, die man sich aber auch nicht wünscht.

Man darf niemals so schnell nach dem Neuzug er- urteilen. Den stattlichen Häuserreihen sieht man es auch nicht an, daß in Berlin ein großes Wohnungselend besteht. Freilich, es schaut nicht müßig aus den Fenstern des Vorderhauses; es ist in die Hinterhäuser gedrängt, hinein in die Keller, hinauf in die Dachkammern; es blüht trüblich auf unfreundliche Höfe; nach außen hin aber steht die breite, schöne Straße mit dem bunten bewegten, hastig flutenden Weltstadtleben.

Der äußere Schein ist nicht so glänzend in den amerika- nischen Städten, aber der Arbeiter wohnt dort besser, besonders im Westen, trotz der schmutzigen, schlecht gepflasterten und mangelhaft beleuchteten Straßen. Der Arbeiter wohnt durch- schnittlich besser und er lebt auch besser. Er stellt Ansprüche an seine Stadtgemeinde, die er hier nicht stellen könnte, z. B. für seine Kinder in bezug auf das Schulwesen. Da wird der Unterschied nicht gemacht, daß die armen Kinder die Gemeinde- schulen, die reichen Kinder die Gymnasien besuchen, da auch für die höheren Klassen dieser Einheitschule, deren Lehrplan dem unserer höheren Schulen entspricht, kein Schulgeld er- hoben wird.

An volkstümlichen Einrichtungen könnte Berlin manches lernen von amerikanischen Städten. Die öffentlichen Bibliotheken mit ihren großen Lesesälen sind modern und bequem eingerichtet und ohne irgend welche Umsände für jedermann zugänglich. Die hiesigen Bibliotheken sehen arm- selig dagegen aus. — In den Parksanlagen ist für reiche Gelegenheit zu Sport und Spiel von Groß und Klein Sorge getragen. Im Winter sind die Eisplätze frei und im Sommer herrscht unbedingte Rasenfreiheit. Hier ist jedes Fleckchen Erde, wo Gras wächst, mit Draht oder Ketten umzogen und das Betreten eines Rasenplatzes strafbar. Dort lagert man sich mit Weib und Kind im Grünen oder sucht sich einen buschigen Winkel, und die Rosenplätze sehen doch immer frisch und wohlgepflegt aus; es kostet nur etwas mehr Arbeit (und dann ist auch das berühmte Berliner „Stullenpapier“ dort ziemlich unbekannt). — Man kann auch musikalische Genüsse auf Kosten der Stadtgemeinde haben. Arm und Reich zieht Sonntags zum Konzert hinaus, ohne Entree zu entrichten, man bekommt sogar ein Programm, ohne einen Groschen dafür zu bezahlen; an Sitzgelegenheit mangelt es nicht, und den besten Platz erhält, wer zuerst kommt. — Hier freut sich das Volk auf den 25. Pf.-Sonntag im Zoologischen Garten; dort sind die Zoologischen Gärten und Aquarien frei für Jedermann. — Man sieht, die Reputation Berlins als Musterstadt ver- trägt auch unter den heutigen Verhältnissen noch eine be- deutende Stärkung. Einrichtungen der genannten Art würden der Mehrzahl der Berliner jedenfalls willkommen und nützlicher sein als neue Kirchen und Denkmäler.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag nachmittags 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegen- ständen der Tagesordnung zu befassen: Die Akten, betr. die Wahl des Ralemeisters Rettig, Joachimstr. 13, zum Stadtverordneten. — Ein Naturalisationsgesuch. — Verichterstattung über die Vorlagen, betr. den Erlass eines Dispositivs für das Kaufmannsgewerbe der Stadt Berlin. — und die Borsenwäre zum Neubau je einer Gemeinde-Doppelschule in der Scherensbergstraße, in der Senefelder- straße, in der Kriegerstraße, in der Frankfurter Allee 140 und in der Edartstraße. — Vorlagen, betr. den Pflanzenexport für die städtischen Schulen, den Etat des v. Scheiberschen Stiftungsfonds nebst Anhangs-Etats für das Jahr 1905 — und die erfolgte Bau-

abnahme der neuen Gemeinde-Doppelschule in der Greifenhagener- straße 78/82. — Verichterstattung, betreffend die Wahl von Revisoren und Revisoren-Stellvertretern für den Wahlvorstand zu dem am 8. Februar d. J. stattfindenden Stadtverordneten-Erwahl. — Drei Unterstützungsgesuche. — Vorlagen, betreffend die Neuwahl eines Bürgerdeputierten bei der Armenverwaltung. — die Neuwahl der Sach- verständigen für die Abschätzung der event. zu bewirkenden Land- steuererhöhungen des Stadtkreises Berlin — und die Entlassung eines stellvertretenden Mitgliedes der Einkommensteuer-Voranlagungs- Kommission.

Das Land voll Blut und Tränen. Eine Korrespondenz meldet: Der Reiseverkehr nach Rußland beginnt in diesen Tagen merk- lich abzulassen; wer dort geschäftlich oder privatim zu tun hat, schiebt die Reise, wenn möglich, auf, bis wieder Ruhe eingetreten ist. Unter den Reisenden, die jetzt unter allen Umständen nach Petersburg müssen, befinden sich zahlreiche Zeitungs-Korrespon- denten aus Deutschland und den westlich und südlich angrenzenden Ländern. Die Nachricht, daß die Internationale Schlafwagen-Gesell- schaft nach Petersburg keine Wilsits mehr aussehe, hat das ihrige dazu beigetragen, daß der Reiseverkehr sich noch mehr einschränkte. Wie und das Internationale Reisebureau der Gesellschaft auf unsere Anfrage mitteilt, ist von einer solchen Maßnahme aber hier noch nichts bekannt, sie würde sich allenfalls auf den Verkehr von Peters- burg beziehen; von Berlin nach Petersburg wurden hier nach wie vor Fahr- und Biletarten verkauft. Infolge der beunruhigenden Nachrichten über bevorstehende Verkehrsbeschränkungen werden auch die Auskunftsburauen der Stadtbahn-Verwaltung vielfach um Rat angegangen; es liegen aber auch noch keinerlei amtliche Nachrichten vor. Eine Dame, deren drei Kinder sich in Petersburg aufhalten, wandte sich in ihrer Not an das Verkehrs-bureau der Eisenbahn- Direktion: Sie habe wiederholt telegraphisch um Rückkehr ihrer Kinder gebeten, aber nicht einmal eine Antwort erhalten. Die Ver- höre konnte der geängstigten Mutter unter den vorerwähnten Um- ständen natürlich auch nicht helfen. Die Dame muß sich damit trösten, daß man es mit dem Antworten in Rußland ja auch nicht so eilig hatte, als zur Zeit der Königsberger Schmach die Behörden des Kaiserreichs telegraphisch um Bescheid angegangen wurden. Wie damals das offizielle Preußen sich in Ergebenheit fügte, so soll auch sie als Privatperson sich bescheiden.

Im städtischen Arbeitshause zu Nimmelsburg befanden sich am 31. Dezember 1904 insgesamt 1899 Sterbenden (1709 männliche und 190 weibliche); 47 männliche und 7 weibliche mehr als am 30. Sep- tember 1904. Der Zugang im Quartal Oktober-Dezember 1904 betrug: 543 Männer, 44 Weiber, der Abgang 456 Männer und 57 Weiber.

Im Hospital des Arbeitshauses zu Nimmelsburg wurden am 31. Dezember 432 männliche und 134 weibliche, zusammen 566 Hospitalisten verpflegt, gegen 572 am 30. September. Außerdem befanden sich im Filialhospital zu Reinickendorf am 31. Dezember noch 121 männliche Hospitalisten, so daß an diesem Tage insgesamt 2380 Personen verpflegt wurden.

Als Kranke befanden sich am 31. Dezember 1904 in dem Lazarett des Arbeitshauses und in den Lazarettstationen des Hospitals 53 männ- liche und 21 weibliche Sterbenden sowie 266 männliche und 96 weib- liche Hospitalisten; das sind zusammen 435 Personen.

Während des Vierteljahres Oktober-Dezember 1904 befanden sich im Arbeitshause durchschnittlich täglich 1848 Personen (Sterbenden), im Hospital und deren Filiale 698 Hospitalisten. Es waren demnach im Durchschnitt täglich 2544 Personen von der Verwaltung des Arbeitshauses usw. zu verpflegen.

Mit der Feiertagsruhe für das Bäcker-gewerbe beschäftigte sich gestern auch die Väterinnung „Germania“ in ihrer General- versammlung. Es wurde beschlossen, beim Polizeipräsidenten dahin vorstellig zu werden, daß das Baden vom 1. Feiertag bis zum 2. abends verboten wird, und zwar nicht nur in Bädereien und Konditorien, sondern auch in anderen Betrieben, wie Restaurationen, die, wie in der Diskussion hervorgehoben wurde, neuerdings damit anfangen, Bäderei zu errichten. Der Vorstand wurde beauftragt, eventuell beim Minister dahin vorstellig zu werden, daß die Verkaufs- zeit in den Bädereien am 1. Feiertag von 12-2 Uhr verlängert wird. Man will eventuell dann auf das Offenhalten der Bäder am 2. Feiertag von 8-10 Uhr früh ganz verzichten. In der Debatte wurde hervorgehoben, daß sich die polizeilichen Verfügungen in Sachen der Feiertagsruhe bisher nicht bewährt haben. Viele Bäder sind auf Stundentlang ausgegangen; deshalb muß das allge- meine Verbot des Badens erfolgen. Einer Deputation von Vorstand- mitgliedern aus den beiden Innungen, die kürzlich auf dem Polizeipräsidenten vorstellig wurde, hat der Polizeipräsident erklärt, daß er dem Ersuchen, die Bädereien ganz zu schließen, sympathisch gegen- überstehe. Es wird deshalb wahrscheinlich eine Abstimmung auf Grund des § 41 b der Gewerbe-Ordnung erfolgen. Dann wird die Feiertagsruhe nach dem neuen System schon zu Ostern in Kraft treten. Den gleichen Beschluß wie die „Germania“ hat auch die Väterinnung „Concordia“ bekanntlich in ihrer letzten General- versammlung gefaßt.

Die Zahl der öffentlichen Bedürfnisanstalten hat sich in Berlin im letzten Jahre nur wenig verändert. Es bestehen im ganzen: 35 zweistöckige, 135 siebenstöckige, 5 zehnstöckige Anstalten, 1 ein- stöckige, 1 vierstöckige, 1 dreistöckige Anstalt; ferner 11 Anstalten für Frauen und Kinder, 3 für Kinder, 5 für beiderlei Geschlechter und 2 für Männer. Das ergibt zusammen 200 öffentliche Bedürfnis- anstalten.

Idealismus. Eine Korrespondenz meldet: Zu einer Protest- kundgebung gegen die Beteiligung deutscher Juden an der Unter- bringung der russischen Anleihe kam es in einer Gruppen- versammlung des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens im Zentrum. Rechtsanwalt Dr. Brodny führte aus, daß es eines Juden unwürdig sei, sich auch nur mittelbar an russischen Finanzoperationen zu beteiligen, angesichts der Judenmorde in Ost- und Westrußland und Homel und der Verdrängung in- und ausländischer Juden in Rußland. Ob das Anlegen von Geldern in russischen Staats- papieren vom rein finanziellen Standpunkte zurzeit empfehlenswert sei, bleibe gleichgültig. Der Satz „Geschäft ist Geschäft“ müsse für den selbstbewußten, charaktervollen Juden seine Be- schränkung finden in dem Prinzip, daß er niemand unter- stütze, der seinen Glaubensgenossen Menschen- und Bürgerrechte vor- enthalte, sie verfolgen und unterdrücke. Der Protest gegen die Tätigkeit der jüdischen Bankiers zugunsten der russischen Anleihe fand allgemeine Zustimmung.

Selbstverständlich wird dieser Appell in allen Bankierkreisen be- gegneten Widerhall finden. Höchstens daß der eine oder andere mit dem Einwand kommt, ob nicht gerade ein intensives Wirken der jüdischen Finanz den russischen Absolutismus an ehernen ruinierten könne.

Einige in Berlin bekannte Persönlichkeiten sind gestorben. Ende voriger Woche starb im 80. Lebensjahre der frühere Ballett- meister Ernst Kreising, dessen Tanzschule in der Mohrenstraße vor Jahren berühmt war. — Ferner ist der Gastwirt Karl Keller, der Besitzer der Neuen Philharmonie in der Köpenickerstraße und des Victoria-Gartens in Wilmersdorf, gestorben. Er tat sich etwas darauf zugute, daß er seine Säle wohl zu bürgerlichen, nicht aber zu sozialdemokratischen Versammlungen hergab. — Der vorgestern verstorbenen Probst von St. Hedwig, Prälat Reuber, soll Donnerstag auf dem Hedwigs-Kirchhof in der Liefenstraße beigesetzt werden.

Ein Demozug. Der Vertrauensmann des vierten Wahlkreises (Osten) teilt uns mit: Am Sonntag wollte ein Parteigenosse in einem Lokale in der Andreasstraße für die ausständigen Bergarbeiter Gelder einsammeln. Er legte die ordnungsmäßig abgestempelte

Sammelliste auch einem angeblichen Metallarbeiter vor, der sich jedoch weigerte, etwas zu zeichnen. Als Vorwand für dies Ver- halten gab der Mann an, daß er bezweifle, ob der Sammler zur Führung der Liste berechtigt sei. Während der Erörterung, die sich an diesen Einwand knüpfte, ging der in der Andreasstraße wohn- hafte Tischler Meister hinaus, holte einen Schutzmann und ließ den Sammler festnehmen. Auf der Polize- wache wurde dem Parteigenossen die Liste, welche die Nummer 4202 trägt, abgenommen. Das gesammelte Geld konnte man ihm dort nicht konfiszieren, da er dieses vorher an sicherer Stelle niedergelegt hatte. Den Wert des Lokals trifft keine Schuld; er behauptet den Vorfall vielmehr auf das schärfste. Bemerk sei noch, daß Reihner in einer Klaviaturfabrik in der Dresdenerstraße beschäftigt ist.

Das Verkehrs-museum. Zur Begründung eines Verkehrs- und Museums ist in den Etat der Eisenbahn-Verwaltung eine Summe von 650 000 M. (erster Teilbetrag 400 000 M.) eingestellt worden. Der Minister bringt damit einen lange gehegten Wunsch der Ver- kehrsmittel der Erfüllung nahe. Schon unter Rathbach bestand die Absicht, ein Eisenbahn-Museum einzurichten. Inzwischen sind, wie die „Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen“ des näheren mitteilt, für die Ausstellung in Chicago, Paris, Nijel- dorf und neuerdings für St. Louis mit erheblichen Kosten zahlreiche Modelle und Abbildungen von Bauwerken, Maschinen, Betriebs- einrichtungen usw. hergestellt worden, die zu wertvoll sind, um sie an einem abgelegenen Orte aufzubewahren und sie dem Ver-erber preiszugeben. Diese Modelle sollen nun mit den sonst vor- handenen und zu ergänzenden Gegenständen in einem „Ver- kehrs- und Museums“ vereinigt werden, das auch all- gemein zugänglich sein wird. Die Sammlungen werden sich nicht auf die rein technischen Dinge beschränken. Man wird nicht allein die Geschichte, Entwicklung und Geschichte des Eisenbahn- und Bauwesens lernen, sondern es wird auch den Bauanten und Studierenden die Belehrung erleichtert werden. Von der Errichtung eines besonderen Gebäudes für das Museum ist abgesehen. Vor- läufig werden die Sammlungen im Erdgeschoß des ehemaligen Hamburger Bahnhofes zu Berlin und in dem zwischen den beiden Flügeln des Gebäudes befindlichen Hofe untergebracht, der früher die Bahnpoststelle ausnahm. Die einzelnen Räume müssen zur Aufnahme der Sammlungen besonders eingerichtet, und der Hof wird mit einem Glasdach versehen werden. Es ist zu erwarten, daß mit der Fertigstellung der Räume im Jahre 1906 auch gleich die Einrichtung des Museums erfolgen kann.

Das Ende des Erfinders. Der 45 Jahre alte Klempnermeister August Freese aus Wolgast kam vor vierzehn Tagen nach Berlin und mietete in der Dorothienstraße ein Zimmer. Gepul und Ausweispapiere brachte er nicht mit. Seiner Wirtin erzählte er, daß er eine Erfindung gemacht habe. Diese wolle er hier in einer Werk- statt ausarbeiten lassen und dann das Patent verkaufen. Freese ging jeden Tag aus. Seine Mittel waren bald erschöpft, der Wirtin schuldete er bereits zehn Mark. Um sich Geld zu verschaffen, wollte er seinen in Rixdorf wohnenden Vetter aufsuchen. Wenigstens er- zählte er so. Gestern Nachmittag noch es aus seinem Zimmer nach Pulverbüchse. Seine Wirtin, die von einem Schusse nichts gehört hatte, begehrte Einlaß, erhielt aber keine Antwort und holte deshalb die Polizei. Diese fand Freese tot in seinem Bette liegen. Er hatte sich mit einem Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe ge- schossen und hielt die Waffe noch in der rechten Hand. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers über den Betrieb der Bädereien und Konditorien vom 4. März 1896 sind der 28. Januar, der 4., 11., 18., 25. Februar, der 4., 7., 18. März, der 1., 8., 19., 20. April, der 31. Mai, der 8. und 9. Juni d. J. als solche Tage festgesetzt worden, an denen in Bädereien und Konditorien Gefäßen und Bebrüngen über die vorgeschriebene Zeit hinaus beschäftigt werden dürfen.

Mit-Berlin. Zahlreiche menschliche Schädel sind der „Vossischen Zeitung“ zufolge bei dem Herausnehmen der Grundmauern des alten Hospitals zum Heiligen Geist in der Heiligegeiststraße gefunden worden. Hier zog sich um die Heiligegeist-Kirche, die jetzt nach er- folgtem Abbruch der früher angrenzenden Privatgebäude vollständig freigelegt worden ist, ein Kirchhof hin, der durch die bekannte Sage von den drei Linden in der Lokalgeschichte Berlins eine Rolle spielt. Drei des Nordes angelegte Brider mußten, um ihre Unschuld zu beweisen, je eine Linde umgehauen, das heißt mit der Krone in die Erde pflanzen und wurden von der schweren Schuld freigesprochen, als alle drei Linden ausflogen und weiter grünten. Sie gediehen nach der Sage so üppig, daß sie den ganzen Kirchhof beschatteten und ein Schuttdach gewährten, unter dem die Gammeln von Berlin, ehe sie eine eigene Kirche hatte, längere Zeit ihren Gottesdienst abhielt.

Ein Plagiat Leoncavallos? Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ be- richtete kürzlich seinen Abonnenten eine „Krämerrei“ von A. Leoncavallo. Wie nun Dr. Friedrich Spiro (Rom) in Nr. 3/4 der „Signale für die musikalische Welt“ nachweist, soll dieses Stück von Anfang bis zu Ende ein Plagiat oder, wie Spiro behauptet, eine „Karikatur“ des wunderschönen Melodram „aus Bizets „Carmen““ (Nr. 19, Mittelteil) sein, das als Adagio für gedämpfte Streich- instrumente in die erste Suite aus Stücken jener Theatermusik Ein- gang gefunden hat. Spiro glaubt an zwei Möglichkeiten: Entweder habe Herr Leoncavallo, als er seine „Krämerrei“ schrieb, von Bizet geträumt, oder er habe sich bequem gemacht und das delikate Original in etwas kloyige Form umgegossen. Daß er es nicht ge- lamm habe, sei unmöglich.

Im Dienst verunglückt der Polizeileutnant Brodt. Er ver- suchte ein durchgehendes Gespann in der Bergmannstraße aufzuhalten, wurde aber ungerissen und eine Strecke mitgeschleift. Als er end- lich die Hände loslassen mußte, wurde er überfahren und erlitt einen Beinbruch und eine schwere Gehirnerschütterung. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo er auf den Tod demardiert. — Ein ähnlicher, zum Glück nicht so schwerer Unfall ereignete sich im Norden der Stadt. Der Fleischhändler Friß Grohmann aus Reinickendorf fuhr über das Rosenthaler Tor nach der Brunnenstraße mit so großer Geschwindigkeit, daß die Passanten gefährdet wurden. Auf die Aulse einzelner Leute, das Fuhrwerk aufzuhalten, forderte der Schutzmanns-Wachmeister Jenzel den Grohmann auf, zu halten, was G. aber nicht tat. Jenzel ergriff munter die Reine, mußte sie aber wieder loslassen, wobei er vor dem Hause Brunnenstraße 3 gegen einen dort haltenden Geschäftswagen taumelte, zu Boden stürzte und von Grohmann überfahren wurde. Er erlitt Querschnitten am rechten Bein, Arm und Kopf.

Festgenommen wurde ein junger Durchdröner, über dessen Flucht wir vor längerer Zeit berichteten, der Handlungsgeschäfte Wilh Köppel aus der Linienstraße. Der junge Mann lag den ganzen Tag auf der Rembahn und in den Wettbureaus, unterschlug Wettbeträge, die ihm übergeben waren, und wurde auch des Dieb- stahls in Zigarrenhandlungen beschuldigt. Nachdem er das unredlich erworbene Geld in Kluppen mit Mädchenbedienung und am Spiel- tische durchgebracht hatte, lehrte er jetzt zu seinen Eltern zurück und wurde nun verhaftet.

Wegen eines unästhetischen Angriffes auf ein zehnjähriges Schul- mädchen ist gestern mittag ein unbekannter Mann auf Verreiben des Schuldmeisters der Gemeindefchule in der Kilmstraße verhaftet worden. Der Schuldmeister war auf das Geschehen des Mädchens herbeigeeilt, als der Fremde es auf dem Abort anzugreifen veruchte. Man nimmt an, daß der Verhaftete derselbe Mann ist, der vor kurzen in einer Gemeindefchule im Osten ein ähnliches Verbrechen verübte und entkam.

Feuerbericht. Dienstag nachmittag gegen 3 Uhr wurde die Wehr nach der Mantuffelstr. 62 gerufen, wo im Erdgeschoß des Vorderhauses in einem Kofettzimmer Feuer ausgebrochen war, das auch schon die Zwischendecke zum ersten Stock durchschlagen hatte. Der achte Löschzug hatte längere Zeit zu tun, um die Gefahr zu beseitigen. — Allelei Verpackungsmaterial und alter Hausrat stand kurz vorher in der Alexandrinerstr. 99 in einem Keller des rechten Seitenflügels in Flammen, die indes vom 18. Löschzug mit Leichtigkeit erstickt werden konnten. — In der Titauerstr. 1 mußte in der Nacht zum Dienstag ein Brand abgelöscht werden, der in einem Freiseurladen entstanden war. — Die übrigen Alarmierungen, die in den letzten 24 Stunden noch aus der Antonstr. 47 und noch aus einigen anderen Orten einliefen, waren durchweg auf ganz unbedeutende Brände zurückzuführen, die ein sonderliches Eingreifen der Wehr nicht erforderten.

Ueber Erzielung und Messung höchster Temperaturen hält heute abend im großen Saal des Psychiatrischen Instituts, Reichstagsufer 7/8, Herr Dr. A. Buh einen vom Verein von Freunden der Treptow-Sternwarte veranstalteten Vortrag.

Die Gesellschaft Urania hat das Grundstück in der Taubenstraße 48/49 zum Preise von 800 000 M. käuflich erworben, so daß nunmehr die Ausgestaltung ihrer Pläne ihren Zwecken entsprechend in weitgehendem Umfang in Angriff genommen werden kann. Vorerst wird noch der mit Dioramen und Panoramen illustrierte szenische Ausstattungs-Vortrag: „Im Baumkreis der Jungfrau, eine Höhenwanderung durch das Berner Oberland“ zur Darstellung gelangen, sodann wird, bei Gelegenheit des Simphoniedurchschlags, sich ein Vortrag mit den Fortschritten auf dem Gebiet der Technik sowie mit einer Fährung durch das Simphoniegebiet beschäftigen.

Theater. Linsen-Theater. Fräulein Eva Vottstein feiert heute ihr Benefiz, und wird zum erstenmal Mannstabs Postle „Die wilde Kage“ gegeben. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen: Vottstein, Albrecht, Sylva und der Herren Hauer, Schönwald, Alint und Tschel. — Im Theater des Westens wird die Oper „Die neugierigen Frauen“ von Freitag bis Montag täglich gegeben. — Im National-Theater werden Freitag zum erstenmal die Oper „Gute Nacht, Herr Pantalon“, das Mimodrama „Die Hand“ und die Operette „Die schöne Galathee“ gegeben.

Zirkus Schumann. Berliner Tazometer betitelt sich eine Originaldresdener Nummer des Herrn Direktor Schumann, die allabendlich wahre Feiertagsstürme entsetzt. Ein Reiter, der in höchster Eile den Bahnhof erreichen will, bestiegt eine Droschke, deren Pferd allerlei Untugenden besitzt, die während der Fahrt zur Geltung kommen und zu mancherlei äußerst komischen Situationen führen. Der Gaul lahmt, hockt, entsetzt sich schließlich seines Reiters, zertrümmert die Droschke, macht tödliche Angriffe auf den Fahrgast und schiebt schließlich den Wagen zum Ziel. Das Pferd agiert vollständig selbständig, so daß die beiden Darsteller, die sich mit Humor in ihre oft nicht sehr angenehme Lage hineinfinden, eigentlich nur als Nebenpersonen in dieser Komödie auftreten. Diese Nummer bringt einen neuen Beweis für die außerordentliche Geschicklichkeit, mit der Herr Direktor Schumann die von ihm dreifürten Tiere nach seinem Willen zu lenken versteht, ohne selbst in der Manege tätig zu sein. — In den französischen Klowns Taler und Manolo besitzt der Zirkus Schumann eine Attraktion, die in ihrer Großartigkeit und Originalität in Berlin vollständig neu ist. Die beiden lustigen Gesellen, die eine Reihe noch nie gezeigter und sehr wirksamer Tricks mit bewundernswürdiger Gewandtheit ausführen, sind ganz vorzüglich Springe, die z. B. über 24 hintereinander aufgestellte Männer hinweggehen. — Hr. Joe Hodgins kultiviert ein ganz neues Gebiet der Jongleurlunst, indem er auf ungesetztem Wege in schärfer Race die schwierigsten Produktionen mit Eleganz und nie fehlender Sicherheit ausführt. — Um 9 1/2 Uhr beginnt allabendlich die Aufführung der großen Schumannschen Ausstattungsphantomie „Eine Nordlandreise im Strahl der Mitternachtssonne“.

Aus den Nachbarorten.

Spandau.

Die Bebauung des neuen Spandauer Stadtteils „Konnendamm“ schreitet mit Riesenschritten vorwärts. Die neuen Fabrikanlagen der Siemens-Schuckert-Gesellschaft sind bereits soweit fertig gestellt, daß sie bestimmt am 1. April in Betrieb gesetzt werden können. Zu diesem Termin werden auch die ersten zwanzig Wohngebäude bezugsfertig, weitere zwanzig bis dreißig Wohnhäuser sollen zum 1. Oktober d. J. fertiggestellt werden; mit den nötigen Planierungs- und Straßenbauarbeiten ist bereits begonnen. Die Gesellschaft hat einen größeren Komplex der Jungfernhöhe von dem Forstinspektur zur Aneinanderung ihres bereits vorhandenen Besitzes angekauft und zwar unter der ausdrücklichen Vereinbarung, daß dieses Fortgelände in Spandau eingemeindet wird. Die Wasser- und Abwasserleitung des neuen Stadtteils wird die Gesellschaft, vertragmäßig, selbst in die Hand nehmen, zu diesem Zweck sind die erforderlichen Anlagen bereits geschaffen; im übrigen wird der „Konnendamm“ an das städtische Gasrohrnetz und an die städtische Kanalisation angeschlossen. Die Hinterlegung eines Pokants ist bereits gesichert, ebenso die Einrichtung einer Polizeiwache sowie eines Filial-Magistrats-Bureaus. Bemerkenswert sei, daß die neugeschaffenen Wohnungen nicht ausschließlich nur an Arbeiter der Siemens-Schuckert-Gesellschaft, sondern an jedermann vermiethet werden. Der neue Bahnhof „Königsbrunn“, welcher den Konnendamm an die Eisenbahn anschließt, wird gleichfalls am 1. April eröffnet, obwohl gegenwärtig erst mit den nötigen Erdarbeiten begonnen wird. Bis dahin wird auch die zu dem neuen Bahnhof führende Verbindungsbrücke über die Spree, welche jedoch einzig dem Fußverkehr dienen soll, fertiggestellt sein, und da die Durchführung der Spandauer Straßenbahn bis nach dem „Vod“ jetzt auch ziemlich gesichert scheint, so wird der neue Stadtteil damit auch die gegenwärtig noch fehlende Straßenbahnverbindung mit der eigentlichen Stadt erhalten.

Rixdorf.

Rixdorf. Der vierte Anlauf im Realgymnasium am Sonntag ist dem Dichter Mörike und dem Komponisten Hugo Wolf gewidmet.

Schöneberg.

Im verflochtenen Geschäftsjahr 1904 haben in Schöneberg dreißig Stadtverordneten-Versammlungen und 120 Ausschüsse tagungen stattgefunden, in denen insgesamt 562 Tagesordnungspunkte zu erledigen waren. Unter diesen befanden sich 380 Vorlagen des Magistrats, acht Anträge von Mitgliedern und 22 Petitionen. — Unerledigt ließ der Magistrat u. a. immer noch den von der Stadtverordneten-Versammlung am 8. Februar v. J. fast einstimmig angenommenen Antrag betreffs Errichtung eines Volks-Vrausehades und einer großen Volks-Badeanstalt mit Schwimmbad; 240 000 M. sind zu diesem Zweck schon vor langer Zeit bewilligt. Seit einem Jahre ist also nicht das geringste in dieser Angelegenheit geschehen. — Auch die städtische Volksbibliothek, die nun schon seit dem 1. Juli v. J. geschlossen ist, harret noch immer ihrer Wiedereröffnung; wie wir hören, ist diese auf den 6. Oktober verschoben. Ob der Magistrat auch in diesem Fall, bei den vorgekommenen großen Unregelmäßigkeiten, mit derselben Schnelligkeit einschreiten wird, wie gegen den Schularzt Dr. Goldfeld?

Eine weitere Ausdehnung wird in aller nächster Zeit der Stadtteil jenseits der Ringbahn, die sogenannte „Insel“, in Schöneberg erfahren. Auf dem von der Kolonnen-, Sedan-, Zorgeparkstraße und dem Königsberg umgebenen Gelände werden drei neue Straßen und zwei Plätze angelegt. Eine mit dem Königsberg und der Sedanstraße parallel laufende größere Straße wird von zwei kleineren durchschnitten. An den beiden Schnittpunkten werden Plätze angelegt; der südliche soll ein Spielplatz, der nördliche ein Kirchplatz werden. Somit wird auch dieser Teil Schönebergs, der vorwiegend

von der Arbeiterschaft bewohnt ist, eine Kirche erhalten, die bisher allerdings kaum vermehrt worden ist.

Wilmerdorf.

Die Wilmerdorfer Gemeindevertretung nahm in ihrer gestrigen Sitzung Kenntnis davon, daß der im Etat festgelegte Betrag von 400 000 M. für die Regulierung der Fasanenstraße, der Südseite des Kurfürstendammes, der Liegenburgerstraße und der Düsselborferstraße aufgebraucht ist. Wegen der Regulierung der Liegenburgerstraße schwebt zwischen den Anwohnern und der Gemeinde ein Verwaltungsstreitverfahren. Bis zu dessen Abschluß soll der Zustand dieser Straße nicht verändert werden. Wir berichteten vor einigen Tagen, daß mit benachbarten Gemeinden ein Kanalisationsverband gegründet worden ist. Als Vorsitzender des Verbandes ist im Statut der vorläufig noch im Chaos weisende Erste Bürgermeister von Wilmerdorf genannt; jede der angegliederten Gemeinden ist in der Verwaltung mindestens mit zwei Delegierten vertreten; doch berechtigt eine Vermehrung der Einwohnerzahl um Zehntausend den Ort, einen Vertreter mehr zu entsenden.

Rettungsdienst für Eisunfälle. Für die Dauer der Eislaufzeit ist in Tegel ein besonderer, recht nachahmenswerter Rettungsdienst organisiert worden. Die freiwillige Sanitätskolonne in Tegel hat es übernommen, eine Rettungsstation auf dem Tegelsee zu errichten, um bei etwaigen Unfällen, wie sie dort alljährlich eintreten, sofort mit Rettungsgeräten zur Hand zu sein. Die Mannschaften sind mit besonders konstruierten Leinen, an denen Holzstangen befestigt sind, ausgerüstet. Es wurden drei feste Stationen eingerichtet, in denen Verbandstaschen, Tragbaren und verschiedene Rettungsgeräte untergebracht sind, und Mitglieder der Kolonne führen den Uebervachungsdienst, teils von den Stationen, teils auf freier Strecke aus. Nachmittags trat die Rettungskolonne zum erstenmal in Tätigkeit. Ein Eischlitte war eingebrochen und vier Personen ins Wasser gestürzt. Sie konnten mittels der Rettungsstangen ohne Schwierigkeit auf das feste Eis gezogen werden.

Einen Akrobatensturz aus einem in voller Fahrt befindlichen Eisenbahnzug machte, wie die „Postd. Korr.“ erzählt, auf der Anhalter Eisenbahn zwischen Trebbin und Throw ein junger Mann. Im Abteil vierter Klasse hatte er, ein fahrender Artist, plötzlich seine Oberkleider abgeworfen und stand nun im Tricot vor den Mitreisenden, denen er gegen eine kleine Geldbörse dann allerlei gymnastische Kunststücke vormachte. Ein Schaffner hatte dies aber bemerkt und schritt ein. Er forderte dem Artisten zunächst die nach Berlin lautende Fahrkarte ab und erklärte ihm, er könne sich die Karte vom Stationsvorsteher wieder holen. Dadurch hatte er zu erkennen gegeben, daß er den Artisten wegen seines Tuns zur Anzeige bringen wolle. Dieser leistete sich aber schnell an, öffnete die Tür und sprang geschickt aus dem Zug, wobei er nur auf die Hände fiel, und ging dann unverfehrt davon.

Bris. Eine Anleihe von 615 000 M. zum Zinsfuß von 3 1/2 Proz. hat die Brüger Gemeindevertretung aufzunehmen beschlossen. Davon sollen 400 000 M. zur Vollendung der Kanalisation, die insgesamt 1 300 000 M. kostet (nahezu eine halbe Million Mark mehr als ursprünglich geplant war), und 150 000 M. zum Ankauf von Grundstücken für die Gemeinde verwendet werden.

Gerichts-Zeitung.

Der Schatzkassentat. Wegen mehrerer Fälle der Hochstaperei hatten sich gestern der Schatzkassentat A. D. Rudolf Reichardt aus Charlottenburg und dessen Ehefrau vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten. Die Frau verbüßt zurzeit eine ihr wegen Unterschlagung auferlegte einmonatige Gefängnisstrafe. Der Angeklagte war früher Schatzkassentat im Kabinett der Kaiserin, wurde aber im Jahre 1896 pensioniert. Er bezieht eine Gesamt Pension von etwa 2000 M., seit dem Anfang des Jahres 1901 ist jedoch ein Gehaltsabzugsverfahren zur Tilgung von Schulden eingeleitet und der Angeklagte bezieht monatlich nur 125 M. In den letzten Jahren haben beide Angeklagten eine große Anzahl von Sachen aus verschiedenen Geschäften auf Kredit entnommen und die Geschäftsinhaber dadurch geschädigt, daß sie die Sachen, auf die nur eine ganz geringe Summe angezahlt war, schleunigst versteckt bzw. veräußert. Als Geschädigte traten zunächst mehrere Möbelhändler auf, von denen der Angeklagte unter Assistenz seiner Ehefrau kurz hintereinander Möbel im Werte von je einigen hundert Mark auf Verhörvertrag entnommen hatte. Der Angeklagte wußte sich das Vertrauen der Möbelhändler dadurch zu erlangen, daß er unter Vorweisung von Papieren sich als „Schatzkassentat Ihrer Majestät der Kaiserin“ vorstellte und allerlei interessante Dinge vom Kaiser, der Kaiserin und den kaiserlichen Kindern erzählte, aber die erfolgte Pensionierung und das Gehaltsabzugsverfahren verschwie. Er machte kleine Anzahlungen und sobald er im Besitze der Möbel war, machte er sie sofort zu Gelde. In einzelnen Fällen leistete er noch mehrere Anzahlungen, die Geschäftsinhaber sind aber sämtlich um nicht unerhebliche Summen geschädigt, denn wenn sie schließlich klagbar geworden waren und ein vollstreckbares Urteil erstritten hatten, ergab es sich, daß pfändbare Gegenstände überhaupt nicht vorhanden waren. Außer den Möbeln haben die Angeklagten Fahrräder und goldene Uhren nebst Ketten entnommen und gleichfalls sofort veräußert, obwohl nur eine ganz kleine, bzw. gar keine Anzahlung darauf geleistet war. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den Ehegatten 1 Jahr 9 Monate, gegen die Ehefrau 9 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete gegen den Angeklagten auf ein Jahr, gegen die Ehefrau auf drei Monate Gefängnis.

Die Presse und der § 193 des Strafgesetzbuchs. Ein Urteil, das sich mit der bisherigen pressefeindlichen Gerichtspraxis in Widerspruch setzt, ist gestern vom Reichsgericht gefällt worden. Vom Landgericht Hannover war am 22. Juli v. J. der Redakteur des „Volkswillen“, Friedrich Westmeyer, wegen Verleumdung des Schöffengerichts Schweinfurt zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt worden. Er hatte, wie ausdrücklich festgesetzt ist, im guten Glauben an die Wichtigkeit der ihm übermittelten Meldung in seinem Blatte behauptet, das genannte Schöffengericht habe einen Streikposten, obwohl er gar nicht den Mund aufgetan hatte, wegen Verleumdung verurteilt. Tatsächlich hat der betreffende Arbeiter bei einer Demonstration gegen Streikbrecher Schmähe ausgedehnt; der als Zeuge auftretende Schumann hatte nur nicht die einzelnen Worte verstehen können. Im Urteil heißt es: Die Nichtanwendung des § 193 bedarf bei der Gefährdung der Kritik keiner Darlegung. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Die Nichtanwendung des § 193 sei zweifellos auf rechtsirrtümlicher Basis erfolgt. Das Landgericht spreche auf der einen Seite von gefährlicher Verleumdung völlig entstellter Tatsachen, andererseits gebe es zu, daß der Angeklagte, der nicht selbst der Verfasser ist, im guten Glauben war, daß die Unterlage der Kritik richtig war. Von Einstellung der Tatsachen durch den Angeklagten könne dann keine Rede sein. Der Revision sei zuzugeden, daß es sich um die Beschuldigung einer wissenschaftlichen Leistung handelte. Danach sind tadelnde Urteile an und für sich durch den § 193 gedeckt. Es hätte, wenn eine Verurteilung mit Recht erfolgen sollte, nachgewiesen werden müssen, daß der Angeklagte nicht die Absicht hatte, berechtigter Interessen wahrzunehmen, oder daß die Absicht der Verleumdung sich aus Form oder Umständen ergibt. — Das Reichsgericht erkannte im Sinne dieser Ausführungen auf Aufhebung des Urteils und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Ungültige Gemeindevertreterwahl. Unsere Parteigenossen Redakteur Franz Feldmann und Zeitungsvorleger August Kühn in Langenbühlau waren bei einer Gemeindevertreter-Wahl in Langenbühlau für gewählt erklärt worden, die Herren Kam und Reugebauer. Der Genosse Waidbrüderbesitzer Pelz löst ihre Wahl an. Kreis-Ausschuss und Bezirksauschuss erklärten auch die beiden Wahlen für ungültig. Der Bezirksauschuss führte zur Begründung aus: Es seien wesentliche Vorschriften des Wahlverfahrens verletzt worden. Nach § 62 Absatz 4 der Landgemeinde-Ordnung

finde die engere Wahl (Stichwahl) nach denselben Vorschriften wie die Hauptwahl statt. Für die Hauptwahl bestimme aber § 59, daß die Wähler mittels örtlicher Bekanntmachung eine Woche vor dem Wahltag zu den Wahlen zu berufen seien. Diese Frist sei nicht gewährt. Die Hauptwahl sei am 18. März gewesen und am 19. März sei die Stichwahl durch Bekanntmachung im „Langenbühlauer Anzeiger“ zum 22. März anberaumt worden, an welchem Tage sie auch stattgefunden habe, also nicht eine Woche, sondern nur vier Tage nach der Hauptwahl. Aber auch an sich sei diese Berufung der Wähler zur Stichwahl ordnungswidrig, denn der Gemeindevorsitzer allein habe sie erlassen, während § 62 Absatz 3 für die Stichwahlen eine Bekanntmachung des Wahlvorstandes fordere. Wenn gleich im Anschluß an die Feststellung des Resultats der Hauptwahl im Wahllokal seitens des Wahlvorstandes der Termin der Stichwahl verkündet werde, so sei das keine Bekanntmachung im Sinne der §§ 62 Absatz 3 und 59, da eine solche sich an alle Wähler richten müsse und nicht bloß an die nach der Hauptwahl im Wahllokal anwesenden. — Das Ober-Verwaltungsgericht billigte diese Entscheidung im Prinzip und führte dazu noch aus, daß gegen die Gültigkeit der Wahlen auch spreche, daß eine datierte und unterzeichnete Beurkundung über die Stichwahlen fehle und über sie in unzulässiger Weise nur etwas in das allgemeine Protokoll über die damaligen Wahlen aller Abteilungen hineingeklebt sei. Die Sache mußte gleichwohl an den Bezirksauschuss zurückverwiesen werden, lediglich deshalb, weil die beiden Gewählten nicht dem Verfahren beigekommen worden waren, das soll nachgeholt werden. In der Publikation wurde herangezogen, daß es bei der Ungültigkeit der Wahlen bleiben werde.

Vermischtes.

Unglücksfälle auf dem Eise. Bei einer Eispartie, die Sonntag nachmittag vier junge Leute, der Müllergeselle Schulz, Müller Schmidt, Schmiedegeselle Vorderberg und ein Kollege des letzteren, von Seedorf bei Babelow über den Malchiner See nach Zuderfabrik Dahmen unternahmen, gerieten sie kurz vor ihrem Ziel in der Nähe des Rotenmücker Ufers auf eine dünne Stelle der Eisdecke und erstanken alle vier, da sie sich einander angefaßt hatten. — Beim Schlittschuhlaufen auf dem Dammischen See sind, wie aus Altdamm geschrieben wird, vorgezogen die im jugendlichen Alter lebende Tochter des Fabrikbesizers Vater mit dem Sohn des dortigen Bürgermeisters Dr. Frost auf der Rückkehr von Krimmwohle erkrankt. Bei dem Empfang der Trauernachricht wurde die Frau Bürgermeister Frost vom Schlag getroffen, welcher ihren sofortigen Tod herbeiführte.

Verunglückter Tourist. Trient. Der Maler J. Kelter aus Düsseldorf, der eine Partie auf den Kreuzberg unternommen hatte, wurde von einer Lawine gestreift und stürzte in einen Abgrund. Nur mit großer Mühe gelang es seinen Begleitern ihn zu retten, doch hat er ziemlich schwere Verletzungen davongetragen.

Briefkasten der Redaktion.

Gelsenkirchen. In Berlin sind bei der Exekutive etwa 5500 Schulleute und 500 Bachmeister. — **N. 72.** In Köthen befinden sich an Krankenhäusern das Kreiskrankenhaus, sowie die Homöopathische Anstalt des Herrn Dr. Kube. — **B. C.** Wir können Ihnen einen solchen Verband nicht nennen. — **1470. Ja.** — **W. 24. 17.** 1. Nicht mit positiver Sicherheit nicht bestimmen. 2. Um 13 Tage ist die russische Zeitrechnung juristisch. — **Freier Knabe.** Studieren Sie also Anglistik „Umgang mit Menschen“. — **Ab. 61.** Wir sind leider noch nicht allwissend. Wenden Sie sich daher an den General-Postmeister Herrn Kraack durch das Hauptpostamt Berlin. — **J. B. Rein.**

Juristischer Teil.

Die juristische Ehrenkronde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 M.
W. 21. 15. Sie können Strafantrag an die Staatsanwaltschaft richten, auch Verleumdungsklage erheben. — **W. C. Schler.** Sie müssen nachsehen und dürfen nicht mehr aufrechnen oder Erhaltung der Hälfte begehren. Das dürfte Sie nur bei spätestens der zweiten Lohnzahlungsperiode. — **N. 30.** Der Wirt kann zum Rücktritt vom Vertrage nicht gezwungen werden. Wohl aber können Sie, falls Ihr Vertrag nicht entgegen steht, einen Untermieter stellen. — **W. 2. 4.** 1. Solche Klage kann 14 Tage, aber auch monatelang in Anspruch nehmen. 2. Etwa 15 bis 25 M. 3. Etwa 60 M. — **H. 6. 12.** 1. Im Rathaus. 2. Nach Ihrer Darlegung scheinen Sie zu einer Zurückzahlung verpflichtet zu sein. — **Neuer, Pantur. 22.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Ergänzung nach folgenden Richtungen hin: Ist der jetzige Ehemann Vater des Kindes? Wie alt ist es? Will der Ehemann dem Kinde nur seinen Namen geben oder es adoptieren? — **W. M. 1000.** Rein. — **G. 9. 43.** Der Mietstempel ist alljährlich zu zahlen. — **Cesterfeld.** Ja, die Pflicht. — **H. 6. 3.** Die Gefahr der Beschädigung besteht auch in diesem Falle trotz des Bancrot-Vertrages. — **C. 2. 6.** Weder ist Ihre Richte im Unrecht. Es genügt aber, wenn sie das Geld zurückerhält und mittelst, daß sie die Genehmigung zur Vermietung nicht erhält und deshalb zurücktritt. Wegen etwa später erforderlicher Schritte fragen Sie wieder an. — **Karl Leopold.** Leider wäre eine Beschwerde erfolglos. Ihre Mutter kann nur statt der Marken bar Geld verlangen. — **M. 2. 35.** Der Bestreite muß sich an die österreichischen Behörden wenden. Lediglich die dortige Ausübung ist genügt. — **W. N. Parteigenosse.** Die Namenserteilung genügt nicht. Falls Sie eheliche Nachkommene nicht haben, können Sie Ihr außerrechtliches Kind adoptieren. Der Kostenpunkt hierfür wäre ebenso groß wie der für eine Namensänderung: 50 Mark. Das adoptierte Kind hat die Rechte eines ehelichen. — **G. Rein.** — **P. 8. 1.** Die Höhe der Unterhaltskosten ist nicht gesetzlich fixiert und kann nicht gesetzlich fixiert werden, sondern hängt von der Gesamtlage und dem richterlichen Ermessen ab. Etwa 40 Mark dürften in Ihrem Falle für angemessen erachtet werden. 2. und 3. Ja. 4. Ihre und Ihres Kindes Alimentationsansprüche gehen ohne Rücksicht auf die Höhe des Reizes vor. — **Stiermann.** Ein Verleumdungsanspruch kann nur vom Autor des Gerichts aufgenommen werden. Sonst erlöscht, wäre in Ihrem Falle die Verfolgung des Antrags auf Nachahmung maßlos. Sie müßten vielmehr Klage erheben, denn in Ihrer Nachschrift behaupten Sie, daß Sie entsetzt sind. Trifft Ihre weitere gelegentliche Bemerkung zu, daß Sie uneheliches Kind sind, so scheint ein Erbrecht Ihrerseits überhaupt nicht vorzuliegen. Gegen Sie Ihren Fall mündlich oder schriftlich klären dar, sonst kann Ihnen eine bestimmte Auskunft nicht erteilt werden. Der Wortlaut des Testaments wäre eventuell erheblich.

Wartpreise von Berlin am 23. Januar. Nach Ermittlungen des tgl. Vollsge-Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen*, gute Sorte 17,60—17,58 M., mittel 17,56—17,54 M., geringe 17,52—17,50 M. Roggen**, gute Sorte 13,95—13,94 M., mittel 13,93—13,92 M., geringe 13,91—13,90 M. Buttergerste*, gute Sorte 16,00—14,90 M., mittel 14,80 bis 14,70 M., geringe 14,60—12,50 M. Haber*, gute Sorte 16,50—15,70 M., mittel 15,60—14,80 M., geringe 14,70—14,00 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Linen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—7,00 M. Richtstroh 0,00—0,00 M. Heu 0,00—0,00 M. Für ein Allogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schock 5,00—5,20 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 23. Januar. Elbe bei Hülsh + 1,18 Meter, bei Dresden — 1,57 Meter, bei Magdeburg + 0,53 Meter. — Unstrut bei Straßfurt + 1,25 Meter. — Oder bei Rathor + 1,44 Meter, bei Dreslau Ober-Regel + 4,94 Meter, bei Dreslau Unter-Regel — 0,78 Meter, bei Frankfurt + 1,24 Meter. — Weichsel bei Braubemünde + 4,24 Meter. — Warthe bei Posen + 1,02 Meter. — Rheine bei Ulf — 1,02 Meter.

Witterungsübersicht vom 24. Januar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur Grad C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur Grad C
Schwabmünde	771.0		1 heiter	—	7	Daparranda	749.0		3 wollig	—	4
Damburg	770.0		2 heiter	—	4	Veterburg	765.0		1 bedeckt	—	5
Berlin	773.0		— heiter	—	3	Silly	766.0		3 bedeckt	—	3
Kranichau	775.0		2 bedeckt	—	4	Aberdeen	764.0		2 bedeckt	—	3
Kranichau	778.0		2 heiter	—	9	Paris	770.0		2 bedeckt	—	4
Wien	779.0		4 wolllent	—	11						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 25. Januar 1905. Etwas wärmer, vielfach wollig mit geringen Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Eingegangene Druckschriften.

Königsberg. Mit den beiden herausgegebenen Heften 9-11 liegt Nummer der Königsberger Prozedur vollständig vor. Diese Hefte bringen neben dem Abdruck des russischen Urteilsmaterials die Verhandlungen der Staatsanwälte und Verteidiger. Zum erstenmal wird die umfangreiche Urteilsbegündung in ihren rechtlichen Ausführungen der Öffentlichkeit bekannt gegeben...

Achtung, Bombe! bestellt sich ein einseitiger Schwanz von Ludwig Zeppen, der soeben als neues Heft in der Sammlung sozialistischer Theaterstücke im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erschienen ist. Einzelne Exemplare kosten 1 Mark. Das Ausführungsrecht ist an die Abnahme von 11 Kollenskopien geknüpft, die 5,50 Mark kosten. Das Verzeichnis der in der Sammlung erschienenen Theaterstücke wird auf Wunsch gratis versandt.

Der 'Wahre Jakob' hat soeben die zweite Nummer seines 22 Bändrigen Jahrganges erschienen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder 'Neutralität bei Krupp' und 'Das Schiedsgericht'...

über die Wäre von Hüll' sowie die Illustrationen 'Humanität im Ruhrgebiet', 'Vort Arthur', 'Aus Ungarn', 'Garden wird nicht gegeben', 'Kassische Wohlthätigkeit', 'Das neue Militärschulgesetz', 'Ein hohes Amt' mit dem dazu gehörigen Gedicht von Clara Müller, und 'Ein Strohseiler'. Der zentrale Teil der Nummer bringt die Gedichte 'An die deutschen Radfahrer!', 'Die Klaffler', 'Wogenröte' von Erich Mühsam, 'Der treuherdige Reichstangler', 'Der schwarze Tod', 'Winter', sowie außer zahlreichen kleineren Beiträgen in Prosa und Poesie noch die größeren Reizellen 'Der Selbstmörder' von H. Frenn, 'Reliquien-Industrie' sowie 'Diele von Rothild Kauter' und vom 'Keegevwirt Klaus Swartmann auf St. Pauli'. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Preis Reutes sämtliche Werke. Mit Vorwort und biographisch-literarischer Würdigung von Otto Weigelt. 1 Band zu 100 Seiten. Gebunden 4 Mark. Stuttgart. Deutsche Verlagsanstalt. - Nun sind die Werke unseres niederdeutschen Klafflers, Preis Reutes, in die Reihe der einbändigen Klaffler-Ausgaben der Deutschen Verlagsanstalt aufgenommen. Der Reute ist ein so wahrhaft volkstümlicher Dichter, daß er wie kaum ein anderer verdient, gerade den allerweltlichen Kreisen des Volkes zugänglich gemacht zu werden. Und dazu wird diese einbändige Ausgabe, die zu billigen Preisen seine sämtlichen Werke darbietet, im besonderen Maße beitragen.

Niem, Gustav: Die Lage der Glasarbeiter im Lichte des Siemens-Prozesses. Selbstverlag des Verbandes der Glasarbeiter. (G. Wierbig.) Preis 30 Pf.

Hauptmann a. D.: Der neue Militär-Pensionsgesetz-Entwurf für Offiziere und Mannschaften vor dem Richterstuhl des deutschen Volkes. Nationaler Verlag. Stuttgart.

Weber, Hermann, M. D.: Die Verhütung des frühen Alters. Zweite Auflage. Leipzig. Verlag von Krüger u. Ka. 1905.
Fedor, Dr. G.: Fideikommissgesetz in Deutschland versus Landarbeiterbesitz in Dänemark. Zur Agrarpolitik in Deutschland und Dänemark. Leipzig. Felix Dietrich. 150 Pf.
Maurenbrecher, Guido: Gebildete Hebammen? Ein Beitrag zur Frauenberufsprage. Leipzig. Felix Dietrich. 1 M.
Bringmann, August: Geschichte der deutschen Zimmererbewegung. J. S. B. Dieckmann.
Gaaßenstein u. Vogler H. G.: Zeitungskatalog. In dem Kataloge sind alle Zeitungen und Zeitschriften übersichtlich zusammengestellt. Er enthält wertvolle Bestimmungen über Post- und Postwesen, über Telegraphen- und Fernsprecherwesen.
Knoor: Römische Latini. Berlin. G. H. Schwegler u. Sohn.
Gorrius, Hugo: Das Recht der Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge. J. Guttentag. Berlin.
Thurneisen, Dr. Rudolf: Die Etymologie. Eine akademische Rede. Freiburg i. B. 1905. Speyer u. Körner.
Frenn, Dr. Hugo: Das Recht der städtischen Schulverwaltung in Preußen. Berlin. 1905. Verlag von H. L. Prager.
Wisch, Dr. Julius: Zahnärztliche Hülfleistung an den öffentlichen Krankenanstalten. Berlin.
Gegar, Geh. Rat Alfred: Behandlung des Gebärmutterkrebses. Freiburg i. B. und Leipzig. 1905. Speyer u. Körner.
Wandopff, Hermann: Die Beherrschung der fließenden Gewässer. 1. und 2. Teil, mit 42 Figuren (Zeichnungen). Selbstverlag. Breslau. Dohlestraße 33.

Für den Inhalt der Insetate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 25. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Roland von Berlin. Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Faust. I. Teil.
Berliner. Götter von Beilichingen.
Königliche. Die Frau vom Meer.
Westen. Der Prophet.
National. Donna Juanita.
Central. Die Geisha.
Neues. Der Graf von Charolais.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Ballner-Theater.) Die Großstadt.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Die Haubenerle.
Metropol. Die Reuermühlen. Abschließendes.
Residenz. Herkulespfeile.
Lustspielhaus. Der Familienabend.
Trianon. Die glückliche Gilberte. (Honorarlos.)
Deutsch-Amerikanisches. New York.
Luisenpark. Die tolle Kasse.
Kasino. In Vertiefung.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Welle-Milano. Lumpacivagabundus.
Carl Deihl. Geld und Name.
Hypoko. Berliner Luft. Spezialitäten.
Vossische. Theater. Bernardi.
Herrnfeld-Theater. Prinz Levy in Ahlbeck.
Palast. Ein Allerweltmädel. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tautenstraße 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr: Im Banckreis der Jungfrau.
Invalidentheater. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Im Theater abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

Kleines Theater

Abends 8 Uhr:
Die Neuvermählten
Hierauf: Abschiedssouper.
Donnerstag: Salome.
Freitag, Sonnabend, Sonntag: Die Neuvermählten. Hierauf: Abschiedssouper.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr:
Der Graf von Charolais.
Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Freitag, Sonnabend, Sonntag: Der Graf von Charolais.

National-Theater

Heinbergstraße 19.
Mittwoch, den 25. Januar:
Donna Juanita.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag, 26., 3. 1. M.: Die Jüdin.
Freitag, 27., 3. 1. M.: Gute Nacht, Herr Pantalon. Die Hand. Die schöne Galathée.

Zentral-Theater

Anfang 7 1/2 Uhr, zum 104. Male:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones. (Mimosa: Mia Werber.)
Morgen u. folgende Tage: Die Geisha.
Sonnabend: Die Jurheirat.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Benefiz. Zum 1. Male:
Die wilde Kasse.
Morgen, Galtip. d. Schauspielhaus-Ensembles: Mutter Thiele.
Freitag: Die wilde Kasse.
Sonnabend: Dalemanns Töchter.

Residenz-Theater.

Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Herkulespfeile.
Schwanz in 3 Akten von Paul Wilbrand und M. Hennequin. Deutsch von W. Schönan.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Götterbesitzer.

Urania, Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:
Im Banckreis der Jungfrau.
Sternwarte
Invalidentheater.
Tierleben in der Wildnis.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.
Der geheimnisvolle Hexentisch!!
das Mirakel des 20. Jahrhunderts.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das elfte Gebot.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Geld und Name.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Dorwürdchen.
Sonntag nachm. 3 Uhr (Barkett 60 Pf.): Maria Stuart.

Kasino-Theater

Löfflingerstraße 37 (Rosenthaler Tor.)
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 - 8 Konz.
Nur noch bis Montag:
In Vertiefung.
Dienstag: Premieren-Abend.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Grabert.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Mein Heidelberg.
Vollständ. mit Gesang in 6 Bildern von Wilfen.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: H. Klassiker-Abend.
Zum 1. Male: Emilia Galotti.

Lustspielhaus

Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Abendliche: Der Familientag.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Das böse Prinzchen.

Bernhard Rose-Theater

Geländeburgen, Badstraße 58.
Grosso Benefiz-Extra-Vorstellung i. d. Oberregisseur Heinrich Richter.
Der Kaufmann von Venedig.
Schauspiel i. 5 Akten v. Dandolo.
Anf. 8 Uhr. Nach d. Vorst.: Gr. Ball.
Sonntag nachm. zu halben Kassapreisen: Jägerlieben.
Abends: Der Kaufmann von Venedig.

Apollo-Theater.

218 Friedrichstr. 218.
Täglich:
Berliner Luft
von Paul Lincke
und das hochinteressante Januar-Spezialitäten-Programm
mit Golemanns Hundemeute.
! Unerreichter Dressur-Akt !
Sonntag, 29. Jan., nachm. 3 Uhr, ermäßigte Preise:

Venus auf Erden

und Spezialitäten.
Metropol-Theater
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssoppe mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom
Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Ciampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballade.)
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Grossstadt.
Schwanz in 4 Akten v. Oskar Humenholdt und Gustav Kadelburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Familie Schierke.
Freitag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Haubenerle.
Schausp. i. 4 Akten v. O. v. Widenbruch.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.

Deutsche Konzert-Hallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. internationale Künstlerkonzerte. x Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Zirkus Schumann.

Heute Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr:
Grande soirée equestre.
Elite-Programm und zum 34. Male:
Sensationeller Erfolg!
Die große Schumannsche Kunstleistungs-Pantomime

Eine Nordlandreise.

Im Strahl der Wintermagnetonne.
Romisch-phantastische Pantomime in 7 Akten.
Entworfen und auf das glänzendste inszeniert vom Dir. Alb. Schumann.
Vorher: Sämtliche Spezialitäten.
Der urkomische Original-Clown Jan Clermont mit seinem Parodie-Vietas und Direktor Albert Schumanns
Monstredressuren.

Passage-Theater.

Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Wochenltg. 5, Sonnt. 11 Uhr.
Arturo Bernardi,
der berühmte italienische Verwundungskünstler.
Littke Carlsen
Willy Prager
14 erstklassige Nummern.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.

Frankfurter-Allee 85.
Der neue Januar-Spielplan.
Anny Raaly, vorzügl. deutsch-franz. Konzertsängerin.
Angezeichnetes Lyrika-Duett.
Fatme, Indische Sängerin, sowie alle übrigen erstklass. Spezialit.
Anf. wochent. 7 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater

Burgstr. 22, früher Geen-Palast.
Das epochenmachende Januar-Programm.
! 14 Schaunummern I. Ranges !
9 Uhr. Ein Alles-Kaherfolg!
Ein Allerweltmädel.
Darsteller m. Gesang u. Tanz v. Braune.
Freitag, d. 27., Elite-Vorstellung:
Leonore.
Baterländisches Schauspiel in 4 Akten von Karl v. Heltel.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassapreise.
Anfang 8 Uhr. Eröffnung 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.

Skala-Theater.

Vinienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Die Dame von Maxim.
Bosse mit Gesang in einem Akt, sowie
30 internation. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Zirkus Busch.

Katharina II.
Die Löwenbraut.
Miss Claire Heliot.
Die beiden Phänomene
Sisters Amalia-Léonora
und die vorzügl. Programmnummern.
Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel Ad. Philipp:
NEW-YORK
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n grossen Teich.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Der bisher unübertroffene schlaueste Herrnfeld-Schlager mit seinen kühnsten bejauhten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwanz in 3 Akten mit den Autoren in den Hauptrollen.
Magnus Prinz Levy:
Donat Herrnfeld.
Präsident, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrnfeld.
Anf. 8 Uhr. Billetvorverk. 11-2 Uhr.

Wirtshaus 17502*

Neues Konzerthaus
Grand Hotel Alexanderplatz.
Heute
Gr. Extra-Carl Goldmann-Konzert zum Benefiz
für den Salon-Komiker
Oskar Saldow
unter Mitwirkung d. Operetten-Sängerin Fri. Detsch Waidau, des Opersängers Herrn Nawa u. des Herrn Franz Hahn (Walter).
Anf. 8 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Berliner Bock-Brauerei

Actien-Gesellschaft.
Tempelhofer Berg u. Chausseestrasse.
Eröffnung der
67ten Bockbier-Saison 1905
am Freitag, den 27. Januar
Täglich grosser Bock-Jubel!
Original-Bockbier in Flaschen u. Gebinden.
20 Flaschen für 3 Mark an Private.
Wiederverkäufern entsprechender Rabatt.
Nur echt in Flaschen mit zwei eingelassenen Böden.

Aleinverkauf für Kannen und Siphons:
Kannbier-Versand-Gesellschaft m. b. H.
BERLIN NW., 19162*
Lüneburger Strasse 17/18.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang:
Börsentag 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Sanssouel.

Kollidier Lor - Stat. der Hochbahn.
Heute Mittwoch 3. 1. Male:
Kean oder Geute und Leidenschaft.
Schauspiel in 5 Akten.
Sonnt. nachm. Donnerst.
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
u. Tanzkränzchen.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Max u. der kluge Hans.
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiserpaal:
Tanz.

Otto Pritzkowski

Abnormitäten - Ausstellung
Wriezenerstr. 16.
Täglich Vorstellungen

Die Riesin Jiona

485 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.

Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.

Riesen! Zwerge!

Buchhandlung Vorwärts,

Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.
Wir empfehlen folgende Schriften:
Karl Kautsky:
Die soziale Revolution. I. Sozialreform und soziale Revolution.
II. Am Tage nach der sozialen Revolution. 1,50 M.
Die katholische Kirche und die Sozialdemokratie. 75 Pf.
Karl Marx' ökonomische Lehren.
Geb. 2 M.
Die Agrarfrage. Eine Uebersicht der Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie. Prof. 5 M., geb. 6,50 M.
Das Arbeiterprogramm in seinem Grundriss. 2. Teil. Geb. 2 M.
Konsumvereine und Arbeiterbewegung. 15 Pf.
Die Klassenkämpfe von 1789. 50 Pf.
Verstehen und das sozialdemokratische Programm. Eine Kritik. 2 M.
Volksausgabe 1 M. 233/6*
Kautsky-Zöcquant:
Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie. Erklärungen zum Erfurter Programm. 10 Pf.

Blank's Schnittmuster

einzig und allein zuverlässig, machen Selbstgestaltung aller Kleider spielend leicht. Tausende Frauen haben sie! - Viele 100 neue Modelle zeigt Blank's Modemagazin, die M. 1,50 (Einfachmarken) Franko-Zusendung durch R. BLANK, Abth. 2, Berlin SW., Kottbusstr. 94.

Für die ausständigen Bergarbeiter

gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:
Liste 2559 5.—, Buchdruckerei Chemnitz, Rixdorf 17.—, R. d. H. C. Kühne u. Sohn, 1. Rate 35,50, Maler d. R. Gebr. Drabig 14,25, B. u. H. 2.—, Buchdr. Denter u. Nicolai 17,85, Tischlerei Spanier 12,75, Klempner d. R. F. Dietrich, Mariannenstr. 20 5,50, R. d. Buchdr. S. S. Demmann 185,70, darunter R. F. J. 5.—, R. N. 3.—, Dr. J. 3.—, R. J. 3.—, R. 3.—, Tischlerei v. Bröler, Kammstr. 68 8,75, Verband der Schuhmacher 300.—, Gebr. Goldmann, Stodtstr. 13,20, C. Müller, Arb. d. Sig.-Fabr. J. Neumann 20,20, Liste 2382 25,05, Stützungsliste, Spardverein Neuglück Schweiz 12,80, Jubiläum z. Liste 2383, Werkstoff Weber —, 70, Liste 2774 durch H. H. 16.—, Töpfer, Bau Müller, Bergstr. 12.—, Organist bei Fest u. Co. 3,10, Schulz 1.—, Ortsverein Berlin d. Handlungsmacher 30.—, Gesammelt bei Seppels Geburtstags 1,50, Personal der Buchdruckerei Moriz u. Kummer, Landbergstr. 22,25, Buchdruckerei Voul u. Neumann, Liste 2568 17,50, Berliner Kartonfabrik 5,05, Personal der Buchdruckerei Louis Vorhardt, Liste 2431 17,10, Gesammelt Rest Kurtr. 25 3.—, Fidelitas d. Weidenfelds 5.—, Vertrauensleute d. Jungbierbrauer 7,50, Drechlerei Bümannthal, Schöneberg 6,05, Personal der Firma Huth u. Co., Hofmeister Ufer, außer einem 20,25, Liste 2403, Buchdruckerei Unger 12,25, R. d. Oranienhofen - Allmengl. 31,20, Berliner Männerchor 1905 20.—, Buchdruckerei Wittenberg u. Co. 106.—, Liste 2308 R. König, 19. Januar 11,55, Hofnung, Pallasstr. 56 3.—, Technisches u. Kaffeehändler der Firma R. Köhler 61,50, Maler Bau Karlsruhendam 102 6.—, Arch.-Bildungs-Schule gefunden 9,50, Liste 780, Tapet- u. Röhrenm. d. R. G. Lehmann 26.—, Tischler, Berger, Blenert, 12 6.—, Arb. d. R. G. Bernert, Charlottenburg, Wielandstr. 30,50, Lokalfälle d. Verband. d. Maurer, Charlottenburg 150.—, Tischler, R. Müller, Pallasstr. 6,05, Liste 2438, Siemens u. Halske, Saal 27 u. 80 15,50, Org. Kaffeehändler u. Fellenhauer, b. Groß 5.—, Drecherei f. Spiraltreter, Adonisstr. 48, 1. Rate 12,75, Liste 2442, Antin - Fabrik, Treptow 14.—, Liste 3220 21,10, Liste 3283, R. Otto Kuchling, Medowstr. 23.—, Liste 3257, Sig. u. Oestel, Saal 117 35.—, Buchdr. N. Böhmer, Oranienburgerstr. 5.—, Firmen-Schlichter-Jahr, Schmelde 11,70, R. d. Buchdr. Janigowski 8.—, Arb. d. Offiz. u. Kuchling-Jahr, Nr. Blum 8.—, Liste 1924, Siemens-Schuckert, Abt. 20 14,25, Liste 1921, Siemens-Schuckert, Abt. 85 31,95, Liste 1922, Siemens-Schuckert, Abt. 78 14,85, Siemens-Schuckert, Abt. 81 35,20, Tischler u. Jamons 2.—, Gef.-Verein „Rote Rote II“, 1. Rate 10.—, Karbe, Galtm., Galenbeide 10,11 5.—, Liste 707 9,20, Arb. u. Arbeiterinn. Zuzus-Papier-Fabr. Lange u. Wunig, 1. Rate 44,25, J. nicht Frau 2.—, Liste 3268 7,45, Liste 3270 13,20, Lehmanns Geburtstagsfeier 1,40, Firma Gehlin, Neue Köpenickerstr., 1. Rate 12,20, Zentralverband deutscher Eisenarbeiter, Sektion I, Brauer: Liste 803, Kronenbrauerei 10,05, Liste 804, Röhrener Brauhaus, Oranienburg 10,70, Liste 1283, Schloßbrauerei Schöneberg 31,95, Liste 1285, Bergschloß 22,10, Liste 1286, Union 10,70, Liste 1287, Böhmisches Brauhaus 20,20, Liste 1289, Schultze IV 12,80, Liste 1290, Pagenhofer I 29,10, Liste 1292, Gregorius 10,70, Liste 1295, Doppelst. 12,80, Liste 1299, Victoria II 12,70, Liste 1271, Gabriel u. Richter 19,25, Liste 1272, D. Berliner 11,90, Liste 1276, Habel 10,20, Liste 1277, Sod II —, 50, Liste 1278, Spandauer Berg 18,10, Liste 1281, Weichler, Rems 9,05, Liste 1282, Norddeutsches Brauhaus, Grünau 8.—, Liste 1283, Malzfabr. König, Spandau 6,50, Liste 1287, Genossenschafts-Brauerei, Friedrichshagen 5.—, Liste 1289, Kaiserbrauerei 4,40, Liste 1290, Stadtbrauerei 4.—, Liste 1294, Kranzengasse 6.—, Freie Spende des Kol. Uchlein, Weichlerbrauerei Hülben 10.—, Tierfammlung in der Verlammt am 21. 1. 3.—, 9. Abt. Straßenreinigung 10.—, Bessel u. Bralle, der Freiheit eine Gasse 5.—, J.-R.-R. der Tischler (D) 7,80, Holzarbeiter-Verband, Bez. W. u. SW. d. R. 3,50, Reichsbürgerliste 174 5,50, Liste 2385, Deutsche Telefonwerke, Saal III, 1. Rate 29,25, Sandagen-Fabrik, Spandauer Brücke 12,05, Gefangenenvereine Sangerh., Raabst., 1. Rate 30.—, Liste 2793/4, Deutsche Telefon-Werke, Abt. Buch u. Tischlerei 20,75, Rüstungssachen in Dienstadt 2.—, Liste 2402, Bohrer, Vannomannfabrik Jakob 14,65, Holzbearbeitungs-Fabrik von Wälsch 5,25, Maurer, Hoffmeister Wilhelmstr. 60.—, Liste 2386 d. Arb. d. R. G. Buche, Ritterstr. 12 31,20, Karl Delbing, Liste 2384 21,50, Liste 2790 4,70, Liste 2966 20,95, Liste 2948, Buchdruckerei Dehler u. Wagner 41,05, G. B. 1.—, Verb. d. Bauarbeiter, Bez. Friedrichshagen 30.—, Firma Rammle 4.—, Liste 2377 Tischlerei Siemens u. Halske 37,10, Metallfabrik Szymanski 7,10, Lederfabrik Salomon, Rixdorf 15,75, Werkstatt Hansmann, Grünauerstr. 21 1. Rate 15.—, Liste 2388 Buchdruckerei R. Schirmer 29,20, Tischlerei Hoffmann 3,50, Vereinte Sangerh., Raabst., II. Tenor 12.—, Die Kuchler d. R. H. Schirmer 6,15, Kolb. d. Firma Saalfeld 8.—, Liste 2390 Buchdruckerei Gbr. Wolfsohn 10,90, Liste 2391 Firma Rosland 12,25, Lederarbeiter-Verband Deutschlands, Berlin II, Lederherber und Zurechter 50.—, Rarmor- und Granitarbeiter, Berlin II, 117,05, Babenmannsabrik Reuburgerstr. 11,50, Liste 2391, Tischlerei Brandner 2,50, Nauchklub „Fidele Raucher I u. II“, 10,40, Liste 2001 d. Riebig 9,95, Gefangenen-Verband 20.—, Liste 2399, Sadert u. Weichler 19,20, Tischl. Schula, Remelerstr. 6.—, Ueberstr. d. R. Kranzengasse, Dämmers Rotomerte 19,15, Liste 3892, R. d. Dopp. u. Kurweg 3.—, Verband der Sattler, a. Konto auf Litten 100.—, Deutsch. Fotograf. Gef. Berl. Abt. Berl. 8,35, Reich. gel. Ver. Buchdr. Kronprinz 30,35, Weimer, Schäferstr. 1,50, Arbeiterverein „Jungfernglück“ 5.—, Roman, 3. gen. Agitation u. d. Arbeiterinnern 500.—, Betrag Dehmel 2,65, Pers. Adam Schneider, Litten 2440/50 144,20, Zimmerer Ernst Meyer, Dachstraße 19.—, Lokal von Gen. Reichsbürgerliste 12, 6,50, Liste 3940 Metallwarenfabrik Hartmann 17,90, Liste 2411 Curt Köpfer 25,50, Liste 3921 Arb. d. Firma S. Frieze 15,45, Regelfab. „Dopp. H.“ 5,20, Liste 3920 Fabrik Schmetsch 15.—, Litten 1961, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 61, 62, 70 durch Dobmann 268,10, Maler Bau Techn. Hochschule 5,10, Tischl. von R. Kraft 11,20, Liste 2410 Keller Wagner 6.—, Liste 2408 Firma Hugelberg, Photograph. 21,35, Maler Jähnke 6.—, Liste 3979 R. Helmig 21,70, Liste 3984 9.—, Kollegen der Tapetleger-Werkstatt Treichl 5,50, Liste 3982 9,05, Liste 1406, Auto Reparatur R. H. G. 7,20, Liste 1407, Auto Rotor R. H. G. 23,95, Liste 1415, Reparatur R. H. G. 9,75, Liste 1402, Auto Dreher R. H. G. 12.—, Liste 1417, Heisenbau R. H. G. 18,50, Liste 1428, Stangenzeug Bedenof R. H. G. 19,85, Liste 1434, Wilf. Jorner 18,70, R. H. D., Liste 1440, Kupferwalzwerk 43,80, Liste 1467, Gummi-Fabrik 18,90, Liste 1468, Gummi-Fabrik 18,70, Liste 1469, Gummi-Fabrik 3,80, Liste 1470, Gummi-Fabrik 9,55, Liste 1471, Gummi-Fabrik 14,80, Liste 1474, Gummi-Fabrik 6,40, Liste 1484, Druckfabrik R. D., S. 9 u. 10, 1. Rate 21,40, Personal der Lederwarenfabrik R. Gutmann, 10.—, Liste 2578, Einjand. der Beamtenhändler Kummelsburg, 1. Rate 20,05, Zentralverband der Stukkateure, a. Konto auf Litten 500.—, Töpfer Karl Hesse d. Pfufe 6.—, Nauchklub „Fideler“, Ritzlied d. R.-H. 10.—, Liste 2661 12,75, Kauton am Unterhaltungsabend der Abenteurer, Berlin 15.—, Verb. d. Sattler, Oranienburg, Berlin, auf Litten gesammelt 297,25, Zentralverband der Handels- u. Transport-Arbd., Oranienburg, Berlin 50.—, Gewerkschaftsliste Kummelsburg, darunter auf Liste 827 Aminalstr. 50.—, Liste 2779 und 2784 27,40, Eisenmöbel durch Scheel 2,50, Zentralverband der deutschen Putzwerker, Filiale Berlin, durch Streich 150.—, D. Legion 6,50, Zentralorganisierte Bauarbeiter Charlottenburg 79.—, Textilarb.-Verb., Filiale Kummelsburg 50.—, Personal J. A. Schmidtstraße 11,10, Liste 4270 8,40, Liste 701 37.—, Liste 704 4,85, Verband der Schneider, Filiale Berlin, Konto auf Litten 300.—, Liste 3894 13,55, Professor D. 100.—, Frau Dr. R. 30.—, Liste 4276/7 Bogenfabr. Wittmann, Nachstr. 65,20, Liste 2492 Rest d. Buchhändler 52,45, Gef.-Verein „Rote“, R. d. L.-Z., erste Rate 10.—, R. d. d. Sassenbad 10.—, Liste 4300 Arb. u. Arbeiterinnern d. R. Michaels 11.—, Drei a. d. Feinzenstr. 50 2.—, Von einer Tafelrunde 35.—, Summa 5660,75, Vereins quittiert 10 367,12, Am gangen 16 027,87, Weitere Beiträge werden entgegengenommen im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission Engel-Ufer 15, vorm. 9—1 und nachm. 4—5 Uhr.

Bei größerem Andrang der Personen erfolgt die Abnahme der Gelder und Ausgabe der Listen im Saal 3 des Gewerkschaftshauses. Für Berlin sind die Gelder, welche mittels der Post eingehen, an A. Rörten, Engel-Ufer 15, zu richten.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Gewerkschaftliches.

Ein deutliches Wort.

Wir haben unseren Lesern wiederholt Beispiele dafür gegeben, in welcher Weise christliche Unternehmer gegen christlich organisierte Arbeiter vorgehen. Rechtlich teilen wir einen solchen Fall aus Worringen bei Köln mit und knüpfen daran die Bemerkung, daß die Kaplanspresse, welche sonst jedes unparlamentarische Wort von Arbeitern gegen Andersorganisierte als „Terrorismus“ auslegt, gegen diesen wirklichen Terrorismus der Unternehmer nicht die rechte Ent-

rüstung finde, dieselben vielmehr mit Stillschweigen zu übergehen pflege.

Die „Kölnische Volkszeitung“ stellt nun fest, daß sie und der „Kölnische Lokal-Anzeiger“ zuerst von dem von uns veröffentlichten Schriftstück Kenntnis gegeben hätten und knüpfen daran die „bestimmte Erwartung“, daß der „Vorwärts“ den Sachverhalt alsbald zur Kenntnis seiner Leser bringe. „Sonst“, fügt das Blatt hinzu, „würden wir ein deutliches Wort reden müssen!“

Nun, wir konstatieren also noch einmal, daß die „Kölnische Volkszeitung“ die betreffende Veröffentlichung zuerst brachte, was wir gern und anerkennend konstatiert hätten, wenn es uns nicht entgangen wäre. Aber das ändert an unseren allgemeinen Betrachtungen über den doppelten Maßstab, den die Zentrums- und Terroristenspresse aus dem Lager der freien Gewerkschaften und dem der christlichen Unternehmer legt, kein Jota. Es bleibt bei dem, was wir schrieben:

„Im Zentrum besteht eine förmliche Arbeitsleitung im Kampfe gegen die organisierte Arbeiterschaft. Die Preßpläne werfen mit Notfällen nach den freien und kirchlich-wunderlichen Gewerkschaften und derteilten knüpfeln die christlichen Unternehmer die Organisationen der christlichen Arbeiter nieder!“

Die „bestimmte Erwartung“ und die Drohung mit dem „Deutlichwerden“ soll den Anschein erwecken, als vermeide der „Vorwärts“ für gewöhnlich geflissentlich, von Nichtigstellungen Notiz zu nehmen. Unsere Leser wissen, daß wir darin so hyperbolisch sind, daß Unverschämte schon verschiedentlich unser Entgegenkommen in dieser Beziehung mißbrauchten. Ganz anders die Zentrums- und Terroristenspresse, die unsere Nichtigstellungen ihrer Terroristenausübungen kaltblütig zu übersehen pflegt. Ist die „Kölnische Volkszeitung“ geladen, einen Zeilzug gegen das verleumdende Schweigen zu unternehmen, gut, so mag sie ein deutliches Wort — mit der Zentrums- und Terroristenspresse reden!

Berlin und Umgegend.

Ueber die Lohnbewegung der Klavierarbeiter erstattete die Zeitung Bericht in einer öffentlichen Versammlung, welche die drei an der Bewegung beteiligten Organisationen am Montag nach Kellers Saal berufen hatten. Der Redner schilderte den bekannten Verlauf der Lohnbewegung und führte dann aus, die Arbeiter hätten wohl gewußt, daß nicht alle Verhältnisse für sie günstig waren. Sie konnten zwar mit einer guten Konjunktur rechnen, aber die Organisationsverhältnisse lagen infolgedessen ungünstig, als ein erheblicher Teil der Klavierarbeiter nicht organisiert war. Das mußte die Wirkung des Streiks natürlich beeinflussen. Ein Teil der nichtorganisierten habe ja im Streit weder ausgehalten, andere dagegen wären zwar in den Streit mit eingetreten, hätten sich aber wieder Arbeit gesucht und dadurch den Kampf für die Gesamtheit der Kollegen erschwert. Für die nichtorganisierten und nicht unterstützungsberechtigten Streikenden seien durch die organisierten Kollegen etwa 8000 M. an Unterstützungsgeldern aufgebracht worden. — Ein weiterer Umstand, der die Bewegung ungünstig beeinflusste, sei der teilweise Mangel an Disziplin, der sich infolgedessen bemerkbar gemacht habe, als ein Teil der Streikenden die Pflicht des Kostenstehens vernachlässigten. Es könne festgestellt werden, daß die Fabriken, welche von Anfang an nicht durch Streikposten beobachtet wurden, von Arbeitswilligen besetzt worden seien, während die von den Streikenden gewissenhaft überwachten Betriebe keine Streikbrecher bekommen haben. — Was den Erfolg des Streiks betreffe, so sei ja bekannt, daß die Arbeiter nicht alles erreicht haben, was sie erreichen wollten. Man könne deshalb mit dem Ergebnis der Bewegung nicht ganz zufrieden sein. Immerhin müsse anerkannt werden, daß ein großer Teil der Kollegen eine anerkannterwertige Verbesserung ihrer Lage erreicht haben. In einigen sechzig Betrieben seien die 5stündige Arbeitszeit und die hauptsächlichsten von den aufgestellten Forderungen durchgesetzt worden. In etwa 30 Betrieben habe man sich auf ein etwas geringeres Maß von Zugeständnissen geeinigt. Es sind dies hauptsächlich diejenigen Betriebe, in denen noch nach der Aufhebung des allgemeinen Streiks weiter gestreift wurde. Jetzt bleibe als einzige Fabrik, wo der Streik noch fortgesetzt wird, der Betrieb von Möbiener übrig. Hier bestand vor dem Streik noch eine Arbeitszeit von 57 1/2 Stunden, die längste von allen Berliner Klavierfabriken, außerdem wurden bei Möbiener auch schlechte Löhne bezahlt. Die Arbeiter dieses Betriebes seien fest entschlossen, so lange im Streik zu verharren, bis sie eine nennenswerte Verbesserung erzielen. Das liege nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse des ganzen Gewerbes. — Nachdem der Streik nun — bis auf die Fabrik von Möbiener — beendet ist, sei es die vornehmste Aufgabe der Kollegen, für die Stärkung und Kräftigung der Organisationen zu sorgen, damit sie weiter bauen können auf der Grundlage der jetzigen Ertragsverhältnisse und damit sie in der Zukunft das nachholen können, was zu erreichen ihnen diesmal noch nicht gelungen ist.

In demselben Sinne sprachen auch die Diskussionsredner. Sie betonten, daß diese Bewegung einen so festen Zusammenhalt der Kollegen gezeigt habe, wie es bisher noch nicht zu verzeichnen war. Der so lange und so einmütig geführte Kampf werde auch den Unternehmern im Gedächtnis bleiben, sie würden es in Zukunft nicht wieder auf einen solchen Kampf ankommen lassen. — Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche besagt: Die Verlammtung spricht den Kollegen der Möbienerischen Fabrik für ihr mutiges und loyales Verhalten in dem 16 Wochen währenden Kampfe volle Anerkennung aus. Es liegt im Interesse des ganzen Gewerbes, daß die außerordentlich schlechten Verhältnisse in diesem Betriebe aufgehoben werden. Die Verlammtung hofft, daß die Kollegen von Möbiener weiter im Streik aushalten, sie verpflichtet sich, durch Vornahme von Sammlungen die Unterstützung der Streikenden zu erhöhen.

Die Fliesenleger-Glaserarbeiter nahmen in einer Versammlung am 23. Januar einen Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern entgegen. Die Versammlung war vom Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Glaserarbeiter (Sektion der Fliesenleger-Glaserarbeiter) einberufen. Heide mann teilte mit, daß die Unternehmung nach längerer Verhandlung mit der Kommission die Verrückung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden zu gestanden hätten. Der Stundenlohn soll statt 50 Pfennig, wie unter dem jetzigen, am 1. Februar ablaufenden Vertrag, vom 1. Februar ab bis zum 1. August 54 Pfennig und dann 55 Pf. betragen. Die Befreiung der Karenzzeit für ungeliebte Glaserarbeiter konnte nicht erzielt werden. Für solche Glaserarbeiter, die im Fröhe noch nicht gearbeitet haben, soll die Karenzzeit von drei Monaten weiter bestehen. Die genannten Arbeiter sollen in den ersten sieben Wochen 52 Pf. Stundenlohn (bisher 45 Pf.), in den anderen sechs Wochen 52 Pf. (bisher 47 1/2 Pf.) erhalten. Nach einer lebhaften Debatte beschloß die Versammlung gegen zwei Stimmen, der Verlängerung des Vertrags mit den Änderungen, die sich aus obigen Zugeständnissen ergeben, zuzustimmen. Die Vertragszeit dauert vom 1. Februar 1905 bis 1. Februar 1906. — Nach Erledigung dieser Angelegenheit diskutierte man über die Errichtung eines Arbeitsnachweises. Nach Vorkerungen bei den Verhandlungen über den Tarif ist anzunehmen, daß ein Arbeitsnachweis des Bauarbeiter-Verbandes von den Vertragsfirmen anerkannt und benutzt werden wird. Durch einstimmigen Beschluß beauftragte die Versammlung die Leiterverwaltung, einen Arbeitsnachweis der Fliesenleger-Glaserarbeiter einzurichten und genügend bekannt zu geben, wenn er in Kraft treten soll. Unter-

den Arbeitern der drei großen, vertragsfremden Firmen (Ende, Willekoh u. Vogt, Rosenfeld) wird eine rege Agitation entfaltet werden mit dem Ziel, auch dort Verbesserungen herbeizuführen.

Herr Hofstaatskammerer Großhans forderte uns am Freitag unter Hinweis auf den § 11 des Preßgesetzes auf, eine Verichtigung dahingehend zu bringen, daß er nach Abschluß des Vertrages keine neuen Arbeiter eingestellt habe. Wir waren darüber anders unterrichtet, nehmen aber loyalerweise an, daß es sich um eine Versehenheit in der Auffassung darüber handele, was unter Reueinstellung zu verstehen sei. Jetzt werden uns Verweise dafür vorgelegt, daß Herr Großhans sogar nach Einsetzung seiner „Verichtigung“ an uns (!) immer noch tätig ist, neue Arbeiter für seinen Betrieb zu gewinnen. Wir überlassen es unseren Lesern, dies Verfahren nach Gebühr zu würdigen, da uns die deutsche Preßfreiheit nicht erlaubt, ohne Konflikte mit dem § 185 des Strafgesetzbuches dafür die richtigen Ausdrücke zu finden.

Deutsches Reich.

Vom Arbeitswilligen-Schug. Aus Halle berichtet man uns unterm 23. Januar: Die Arbeiter Otto Kirchhof und Karl Klinge hatten am 30. September v. J. gemeinschaftlich mit dem Arbeiter Schleicher auf der Malzfabrik nach stattgehabtem Lohnstreit mittags die Arbeit niedergelegt. Schleicher brach sein Versprechen, fng nachmittags 4 Uhr wieder an zu arbeiten, und erhielt deshalb abends auf dem Nachhausewege von zwei Personen eine Kracht Prügel. Auf Grund der eiblichen Anklage Schleichers wurden K. und M. vom Schöffengericht als Täter angesehen und zu vier und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten Kirchhof und Klinge und auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Vor der Strafkammer stellte sich nun heraus, daß sich Schleicher bezüglich Kirchhof „getrirt“ hatte. Nicht Kirchhof, sondern ein Arbeiter Gebhardt und Klinge hatten Schleicher geschlagen. Das Gericht mußte nun Kirchhof freisprechen; es erhöhte aber Klinges Strafe von drei Monaten auf acht Monate Gefängnis und gegen Gebhardt wurde auf Grund der Selbstbezüglichung ein neues Verfahren angekündigt.

Vom Bergarbeiterstreit in Neurode meldet uns ein Privattelegramm, daß gestern abends Verhandlungen zwischen Revierbeamten aus Waldenburg und dem Ausschuss der Bergarbeiter stattfanden. Die Bergleute beharren auf ihre Forderungen. Da die Verwaltung des Herrn Zentrumsgrafen Magnis es nicht ablehnte, auf diese Forderungen einzugehen, zerlegten sich die Verhandlungen abends.

Ausland.

Die Niederländische Vereinigung von Eisenbahn- und Straßenbahnpersonal hielt am 22. Januar im Volkshause „De Gendracht“ zu Utrecht eine allgemeine Delegiertenversammlung ab, auf der vier Abteilungen: Antwerpen, Tilburg, Zevenaar und Utrecht vertreten und außerdem eine große Anzahl Einzelmitglieder anwesend waren. Die Organisation ist bekanntlich bei dem Generalfreil im April 1903 gewissermaßen vernichtet worden, entwickelt sich aber nun von neuem. Viele der Männer, die vordem an der Bewegung eifrig teilnahmen, sind nun wiederum für die Organisation tätig, wenn auch, um sie vor Maßregelungen zu bewahren, ihre Namen nicht öffentlich genannt werden. Uebbrigens sorgen die Regierung und die Eisenbahn-Gesellschaften, indem sie das bei Durchsetzung der Zwangsgeetze gegebene Versprechen von Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht erfüllen, dafür, daß den Angestellten das Bewußtsein von der Unentbehrlichkeit einer starken Organisation nicht verloren geht. — Die finanziellen Verhältnisse der Vereinigung sind selbstverständlich noch nicht besonders günstig. Das Defizit vom Jahre 1904 ist, wie der Vorsitzende Dubegest bemerkte, von einigen Freunden gedeckt worden. „Ob dies im Jahre 1905 auch geschehen wird“, sagte der Redner, „weiß ich nicht, denn dieses Jahr kostet den Leuten, die uns gut gefimmt sind, viel Geld.“

Die Versammlung überwies dem Hauptvorstand 200 Gulden für schriftliche Propaganda durch Flugblätter und Manifeste. Ferner wurde der Anschluß an die Internationale Föderation der Transportarbeiter einstimmig beschlossen. Sodann wurde beschlossen, an den Abgeordneten Reijnders (Sozialdemokrat) ein Dankschreiben für seine Tätigkeit im Interesse der Eisenbahnangestellten zu richten, und eine Resolution angenommen zur moralischen und wenn möglich auch finanziellen Unterstützung der Kandidatur des Vorsitzenden Dubegest zu den bevorstehenden Kammerwahlen. Außerdem beschloß die Versammlung, an die Zweite Kammer eine Petition über die Ausföhrung derjenigen Bestimmungen des Eisenbahn-Reglements zu richten, die sich auf die Einsetzung von Schiedsgerichten und auf die Gruppenvertretungen beziehen. — Ueber eine neue Regelung der Beiträge zur Organisation wird die im Mai stattfindende Jahresversammlung beraten.

Aus Industrie und Handel.

Die Wirkung der Petersburger Rezession auf die Börse, die wir gestern im politischen Teil unseres Blattes schilderten, ist recht schnell besungen. Die geschickte Intervention der an der Hochhaltung der kurze russische Anleihenwerte interessierten Bankliken behauptet das Feld. Nachdem die Pariser Börse gestern in ziemlich befestigter Stimmung geschlossen hatte, setzten auch hier heute die russischen Anleihen und Eisenbahnprioritäten mit erhöhten Kursen ein. Besonders bei trug zu dieser Reprise eine Zirkulardepeche der Petersburger Internationalen Handelsbank an die hiesige Bankwelt, in der die Lage in Petersburg als recht befriedigend und die Meldungen der russischen Zeitungskorrespondenten an die deutschen, englischen und französischen Wäppter als maßlos übertrieben hingestellt werden. Später trat im Verlauf der Börse zwar nochmals eine geringe Abschwächung einiger russischer Werte ein, durch geschicktes Eingreifen wachte die Interventionsgruppe aber alsbald wieder der optimistischen Stimmung zum Durchbruch zu verhelfen, so daß sich die Anleihen durchschnittlich um circa 1/2 Proz. höher stellten als gestern, nur die russischen Eisenbahnprioritäten schlossen meist mit geringen Kursabschlüssen.

Die mit der Bankfinanz liierte Börsenpresse ist natürlich über diesen Erfolg der Interventionenaktion höchst befriedigt. So schreibt z. B. der „Börsen-Courier“, nachdem er die amtlichen russischen Berichte und ihre Angaben über die Zahl der Toten und Verwundeten ohne weiteres als durchaus zuverlässig angenommen hat: „Aber es muß doch im höchsten Grade gemäßigilligt werden, daß die Korrespondenten einer Reihe von Wäpptern sich an der traurigen Wahrheit noch nicht genug sein lassen und über die Vorgänge Berichte ins Ausland geschickt haben, die noch über das gebotene Maß hinaus Entsetzen und Erregung verbreiten müssen. Als ein sehr bedenkliches und folgenschweres Beginnen ist es auch zu bezeichnen, wenn versucht wird, die deutschen Wäppter russischer Fonds mit Hilfe solcher aufgeschauelter Berichte zu einem Verkauf ihres Besitzes zu veranlassen. Diesem Vorgehen mag vielleicht die Absicht zugrunde liegen, die Zahl der PreSSIONsmittel, die bestimmt sind, die russische Regierung zur Gewährung einer Konstitution zu veranlassen, noch zu erhöhen. Dabei wird aber ganz außer acht gelassen, daß der Besitz Deutschlands an russischen Werten sich noch immer auf mehrere Milliarden berechnet und deshalb eine Entwertung der russischen Papiere, vor allem dem deutschen Kapital empfindliche Wunden schlagen muß. Es ist überraschend, daß trotz der Erbitterung und Entzöpfung über das Wäppterziehen in den

